# WIR WOLLEN ALLES

NR. 23 (Dezember 1974) J 7581 EX 1,–DM



Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

*Bochum:* Proletarische Front, c/o Politische Buchhandlung 463 Bochum, Postfach 1942
*Frankfurt:* Revolutionärer Kampf und Häuserrat c/o SC,6 Frankfurt1, Postfach 4202
*Hamburg:* WWA c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79
*Kassel:* Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der 'Auseinandersetzung', 35 Kassel, Hirtenweg 26
*Köln:* Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, 5 Köln 1, Moltkestr. 27
*München:* Arbeitersache c/o Basisbuchladen, 8 München, Adalbertstr. 41b
*Nürnberg/Erl.:* Gruppe 'Solidarität' c/o Politladen, 852 Erlangen, Postf. 2849
*Saarbrücken:* Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, PF 176
*Zürich/Schweiz:* Klassenkampf, CH-8025 Zürich, Postfach 108

*Redaktionsanschrift und Bestellungen:*
Wir Wollen Alles c/0 SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

*WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Aboliefererung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.*

Ab 15 Exempl. Lieferung per Rechnung mit 30 % Rabatt



MEIN BRUDER LEBT IN DER TÜRKEI
ER BRAUCHT AUCH IN DIE SCHULE GEHEN
ER BRAUCHT AUCH FLEISCH ESSEN
ER SOLL AUCH GESUND WACHSEN
DARF ER DENN NICHT

# DIE MULTI-NATIONALE BEWEGUNG LEBT!




Frankfurt, 17.11.74: Zur multinationalen Kindergelddemonstration haben sich über 5.000 ausländische Frauen, Männer und Kinder am Opernplatz getroffen ... und während der Demonstration wurden es tatsächlich immer mehr!

Vom nächsten Jahr an kriegen die Deutschen mehr Kindergeld, tausende von Ausländern kriegen aber weniger. Am 17. November war in Frankfurt eine nationale Protestdemonstration gegen diese Diskriminierung. Die Gewerkschaften unterstützten sie nicht, organisiert wurde sie von linken Gruppen und karitativen Organisationen, vor allem innerhalb der spanischen Emigration. Es kamen tausende von Emigranten, elf Busse allein aus dem Ruhrgebiet. Spanier waren da, Türken und auch deutsche Genossen. Sonntag mittag setzte sich der Zug am Opernplatz in Bewegung, voller roter Fahnen und Transparente in allen Sprachen. „A igual impuesto – igual Kindergeld!" – gleiche Pflichten, gleiche Rechte wurde über die Megaphone gerufen. Aber bald hieß es: „Menos impuestos – mas Kindergeld!" – weniger Steuern, mehr Kindergeld; und dann: „No a los despidos – mas Kindergeld!" – Nein zu den Entlassungen, mehr Kindergeld. Aber auch: „Primero ha sido Carrero Blanco, segunda será Francisco Franco!" – Die deutschen Genossen lernten Türkisch: „Ecit vergi, ecit hak. – Helmut Schmidt kommt in den Sack!" Es wurde gesungen auf italienisch, deutsch – das war kein Trauermarsch, der da ins Nuttenviertel einbrach, wo die Emigranten am Abend ihre Entwürdigung hinnehmen müssen. Es waren tausende, die der Vereinzelung, der Angst, trotzten und gemeinsam schrien: „Unsere Kinder wollen leben!"

Im Anschluß an die Demo haben wir ein Fest angesagt, es gab Würstchen, Bier und so. Zwei-, dreihundert Leute waren da, der Saal war übervoll von erschöpften, lachenden Genossen, Arbeitern und Studenten. Griechen waren auch da; in Griechenland war Wahltag, es wurde ein Film gezeigt über den Aufstand in Athen vor einem Jahr. Danach gingen die Leute heim.

Warum sah man so viele fröhliche Gesichter? Die Demo hat doch gar nichts durchgesetzt. Oder doch?

Krise heißt nicht einfach weniger Geld, Krise heißt Angst, Spaltung, Vereinzelung. In die Offensive gehen heißt dann, sich holen, was sie uns nicht geben wollen; aber das ist im Augenblick scheinbar noch keine Massenperspektive in der BRD. Aber die Kindergelddemo hat irgendwie gezeigt, daß es möglich ist, sich nicht zerschlagen zu lassen, die Kräfte zu sammeln – da waren tausende von Leuten, die nicht miteinander reden konnten und sich doch verstanden. Da waren massenhaft deutsche Genossen und massenhaft Emigranten gemeinsam auf die Straße gegangen, ein Stück multinationale Solidarität war hergestellt.

Einen Monat vorher hatte es in Frankfurt schon eine lokale Demonstration wegen des Kindergelds gegeben. Kurz davor trafen sich einige Emigranten – vor allem Italiener, die schon länger hier sind, einigermaßen deutsch können z. T. Betriebsräte und Vertrauensleute und Spontis, die teilweise in der Fabrik arbeiten. Man wollte versuchen, nach der Demo eine Versammlung zu machen. Diese kam auch zustande, vor allem Spanier waren da. Es war ein Riesenchaos! Der eine erzählte aus seinem Betrieb, der andere von der Demo, dazwischen einer von Entlassungen oder von Spanien. Einige Spanier sammelten für einen Kollegen, der nach seiner Entlassung im Wohnheim gestorben war. Man beschloß, sich wiederzutreffen. Deutsche Genossen, Spanier und Italiener organisieren die Überführung; das Geld wird zusammengebracht und es entsteht ein Flugblatt zu diesem Fall. Wichtig ist jedoch, daß dieses Flugblatt nicht nur gemeinsam entsteht, sondern auch in den Wohnheimen, in den Fabriken, von den deutschen Genossen zusammen mit den Spaniern verteilt wird.

Auf die nächste Versammlung kamen dann einige Marxisten-Leninisten, denen auf späteren Versammlungen noch manche Gruppen folgen sollten. Einmal war Lotta Continua massiv vertreten, ein andermal Lucha Obrera, dann wurden wir wieder mit dem offiziellen Kindergeld-Komitee konfrontiert. Natürlich kamen die Gruppen, weil Emigranten da waren.

Aber warum kamen Emigranten? Einer sagte: „Mir gefällt eure Art, Versammlungen zu machen. Jeder kann sagen, was er denkt, es gibt keinen Chef. Mir gefällt die Einheit, die Freundschaft – la unidad y el socialismo – die ihr habt." Oder: „Ich habe keine Partei. Die Parteien können kommen, Vorschläge machen, erzählen, was sie tun, das ist interessant. Aber wir sind hier Leute, die zusammen beschließen, was sie machen."

Vielleicht nützt eine ziemlich spekulative Formulierung etwas: daß wir nämlich auf eine Art Politik machten, die nicht mehr Arbeit war. Das heißt nicht, daß man nur noch das macht, wozu man Lust hat; auch aus Wut wird gekämpft. Aber die Politik hörte auf, ein Abklatsch der Fabrikrealität zu sein, wo sich die Leute nach Abteilungen organisieren, um durch eine Schicht von Vorgesetzten koordiniert zu werden. Und es ist noch wichtig, zu erklären, daß immer ein praktischer Schritt aus der Versammlung beschlossen und gemeinsam gemacht wurde (Flugblätter, Wohnheim-Agitation oder etwa die Organisierung des Fests). D. h., nach der Sonntagsversammlung trifft man sich weiter, vor allem in einem kleinen Zentrum, das inzwischen wohl ziemlich viel mit der Stabilität der Versammlung zu tun hat.

Vor einiger Zeit wurde an einer Frankfurter Schule ein Tagesheim erkämpft. Eine Zeitlang diente es unter anderem einer Stadtteilgruppe, Schülern, Studenten u. ä., als materielle Basis. Von daher wagte man den Sprung, eigene Räume zu mieten, in denen man sich dann auch mit Ausländern traf – man ging auch zusammen ins Kino oder spielte zusammen Fußball, diskutierte über Chile und ging auch gemeinsam auf die Demos. Dadurch wurde eine viel verbindlichere Beziehung möglich als durch bloßes Flugblattverteilen. Der Vorschlag, auf eine Demo zu gehen, für die Versammlung in anderen Wohnheimen zu agitieren, wird eine Herausforderung: manche lehnen sie ab, einige nehmen sie an. Einerseits kamen auf Demos und Versammlungen Arbeiter, die schon an irgendwelchen Organisationen waren, Vertrauensleute, KP, ML etc., andererseits Emigranten, die behaupten, von „Politik" nichts zu verstehen – die aber schon einen spontanen Streik mittrugen oder einen Mietstreik, die beim FVV auf der Zeil waren oder in Rüsselsheim auf der 1.-Mai-Demo.

Auf den Versammlungen war ziemlich viel Erfahrung präsent. Einerseits aus der Jugendrevolte, andererseits aus der Emigration. Also Typen, die kämpfen wollen und nicht nur zusammen Bier trinken, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Darum waren wir vielleicht auch fähig, Entscheidungen zu treffen. Zwar wurden die Versammlungen in Kneipen, Wohnheimen, Wohngemeinschaften und Terminen ziemlich intensiv vordiskutiert, aber die Spontis räumten eventuelle Widersprüche untereinander nicht alle vor der Versammlung beiseite, die Emigranten auch nicht.

Damit war natürlich überhaupt nicht gewährleistet, daß wir mit den Problemen auch fertig würden. Zum Beispiel haben wir bis jetzt praktisch keinen Bezug zu den Türken; ebensowenig hat sich bisher eine Beziehung zu Emigrantinnen entwickelt. Und doch wird nichts daran vorbeiführen. Einmal, weil einige der wichtigsten Frankfurter Betriebe Frauenbetriebe sind, zum anderen, weil sich ziemlich niederschmetternde Probleme ergeben, wenn in so einem multinationalen Zusammenhang nur Genossinnen aus den Spontigruppen sind.

Wir haben es an ein paar Punkten geschafft, auf eine andere, wirksamere Art Politik zu machen als in den linken Gruppen so üblich, aber für das Verhalten der Genossen im Betrieb haben sich daraus bisher nur wenige Veränderungen ergeben. Wir waren auch ziemlich ratlos, wie es nach der Kindergeldsache weitergehen sollte. Da haben einige griechische Kollegen in einer Versammlung einen Vorschlag gemacht. Sie insistierten auf dem Problem der Entlassungen, den Wohnheimen und der Arbeitslosigkeit, wir werden nun versuchen, als erstes eine Agitationsbroschüre dazu zu machen.

Dann kam die große Kindergelddemo, und wir waren fähig, plötzlich so etwas wie eine multinationale Massenversammlung zu werden. Aber das Potential, das in dem Saal zusammenkam, fand keine Möglichkeit, sich zu organisieren. Vielleicht ist das nicht so schlimm. Dann wenigstens nicht, wenn wir nicht die Fähigkeit wieder verloren haben, sprunghaft so zu wachsen.

Das heißt aktuell: Nach der Kindergeld-Demonstration ist unklar, wie die Sonntags-Versammlung sich entwickelt. Sie ist entstanden auf dem Hintergrund der autonomen Kindergeld-Bewegung, bezieht ihre Stärke wohl aus den stabilen Beziehungen, die im Heddernheimer Zentrum entstanden sind und durch die praktischen Resultate, d. h. die Fähigkeit, Ansprüche, die von Emigranten artikuliert werden, praktisch aufzunehmen. Doch können auf Krise und Entlassungen nicht spontane Antworten gefunden werden. Gelingt uns eine minimale praktische Antwort mit der Broschüre über Arbeitslosengeld und Kündigungen, kann's weitergehen. Und gelingt es, nicht nur in Heddernheim Zugang zum Emigrationsmilieu zu finden, dann könnte vielleicht ein Stück Arbeiterversammlung und kein Komitee oder nur eine Interventionsgruppe bleiben. Das mag die Fähigkeit schaffen, zu wachsen.

**Genossen der multinationalen Arbeiterversammlung**

# DEN MÄCHTIGEN AUF'S MAUL GESCHAUT!



















## Anmerkungen zu den Kindergeldartikeln

Die beiden folgenden Artikeln handeln von der nationalen Kindergeld-Demonstration in Frankfurt am 17. November, einer der schönsten Demonstrationen, die es hier je gab; und sie handeln darüber hinaus von Art und Weise der Vorbereitung der Demonstration, von der multinationalen Bewegung in der BRD und von ersten Ansätzen autonomer Organisierung.

Äußerer Anlaß der Kindergeld-Demonstration und der damit verbundenen Mobilisierung der ausländischen Arbeiter war die neue Kindergeldregelung. Nicht, daß das Kindergeld ein gleichgültiger, nur äußerlicher Aufhänger der Kampagne gewesen wäre: es ging – und geht – sehr wohl um eine ganz materielle Verschlechterung und den Kampf dagegen. Der politische Hintergrund und Zusammenhang aber, in dem diese Bewegung verstanden werden muß, ist ein weitergehender: es geht um die Frage, ob es in der BRD eine **Kontinuität** des multinationalen Kampfs gibt, und darum, wie die multinationale Bewegung auf die im Vergleich zu 1973 ungeheuer erschwerten Bedingungen der Krise reagiert hat und reagiert. Man hört bei Genossen heute oft die Meinung, die Streikbewegung 1973 sei ein Aufflackern gewesen, mit der Krise sei sie ganz materiell und restlos zerschlagen. Und solche Meinung prägt oft das Handeln der Genossen und Gruppen im Betrieb: zu machen, zu handeln sei jetzt gar nichts mehr – was bleibt: die Propaganda, die Aufklärung über die Zusammenhänge, über die Gründe von Angst und Apathie, die kluge und resignative Erklärung der Bewegungslosigkeit.

Die Klassenwirklichkeit ist um eine entscheidende Winzigkeit anders; die Kindergeld-Demonstration hat sinnlich wahrnehmbar gezeigt, daß es die Kontinuität der multinationalen Bewegung gibt. Und sie hat weiter gezeigt, worin heute der veränderte Charakter der Bewegung besteht. 1973: das war die Phase des offenen Ausbruchs, des offensiven Kampfs mit Fabrikbesetzungen, Festen in den Fabriken, Schlägereien mit den Bullen etc. Auch diese Bewegung ist sicher nicht vom Himmel gefallen, jahrelang bereitete sie sich vor, in Desillusionierungen, kleinen Kämpfen, ersten Erfahrungen von Stärke und auch ersten Ansätzen von Organisierung: linken Gewerkschaftsorganen, Komitees und ähnliches. Die Kämpfe 1973 aber gingen über all das hinweg, fegten das bisherige weg; die organisatorischen Ansätze, die in bescheidenem Ausmaß halfen, den offenen Ausbruch vorzubereiten, waren fast ausnahmslos in der Kampfsituation ohne Bedeutung und danach zerstört. Und das mit gutem Grund: die Kämpfe gingen, verglichen mit dem, was davor war, einen solchen Riesenschritt weiter, erreichten ein solches Maß an Autonomie und auch Unbekümmertheit der Offensive, daß sie alle Hilfsgerüste hinter sich lassen konnten und mußten. Nach dieser ersten großen Erfahrung (und eigentlich schon mit ihr) kam der Gegenzug: die Repression. Nicht nur unmittelbar, sondern bald mit ungleich stärkrer Macht als dem Knüppel: in der Form der Krise, die diese – im Vergleich zu andern Ländern – junge Bewegung empfindlich traf und zurückdrängte. In offensiver Form gibt es diese Bewegung heute nicht mehr, sie ist kaum sichtbar.

Wie diese geschlagene, aber nicht vernichtete Bewegung versucht, sich den neuen Bedingungen anzupassen, das zeigt der Verlauf der Kindergeld-Kampagne. Möglich war sie nur aufgrund der Kampferfahrung des letzten Jahrs, der gebliebenen und nicht auslöschbaren Momente von proletarischer Einheit und Subjektivität der Kämpfenden: an diese Erfahrungen konnte angeknüpft werden, das war die Basis. Sie war die Voraussetzung für die neue Bewegung: die konnte sich nicht mehr spontan herausbilden, die hatte von Anfang an mit der Repression, der Angst und der Vereinzelung in den eigenen Reihen zu rechnen. Das heißt: sie konnte nicht einfach entstehen, es mußte Voraussetzungen dafür geben, **organisatorische** Voraussetzungen. Es waren dies die vielen Komitees, karitative, kulturelle, politische (im Artikel von „Lucha Obrera" ist davon die Rede), die das Rückgrat der Kampagne waren – wenn auch sicher nicht ihr fortgeschrittenstes Moment, Komitee – damit verbinden wir demokratischen Kampf, Grüppchenstreit, Langeweile, Unergiebigkeit, notwendiges Übel. Das ist sicher oft richtig – und auch hier waren diese Komitees meist nichts weniger als autonome Gebilde, authentischer Ausdruck von Arbeiterorganisierung gegen das Kapital. Dennoch waren und sind sie weit mehr als notwendiges Übel: ihre „offene" Form bietet die Möglichkeit der ersten Organisierung, bietet an einem konkreten Punkt des Angriffs der Unternehmer die Möglichkeit, mitzumachen. Sie waren das organisatorische Rückgrat der Kindergeld-Demonstration, sie ermöglichten ihre Massenhaftigkeit, sie boten die Basis, auf der es möglich war, sie partiell zu überwinden: in den weiterreichenden Parolen und Sprüchen, in den Versuchen von autonomer Organisierung. So zeigte die Kindergeld-Demonstration nach außen, aber wesentlicher noch: nach innen, den Betroffenen, denen, die in der Bewegung drin stecken, daß es die Bewegung noch gibt, daß Angst und Vereinzelung nicht vollkommen gesiegt haben, daß es eine kollektive Basis noch gibt, die hoffen läßt. Wir sprechen immer von der Notwendigkeit materieller Erfolge von Kämpfen: in gewisser Weise war genau das ein materieller Erfolg: die Erfahrung der Kollektivität, des gemeinsamen Willens, die Basis für einen zukünftigen Schritt weiter. In der Krise haben Staat und Unternehmer das Heft ziemlich fest in der Hand, sicher. Die Demonstration aber hat gezeigt; es ist zumindest vorstellbar, daß die Unternehmer nicht allein und überall Subjekt dieses Prozesses sein müssen, daß es Punkte geben kann, an denen sie auf Widerstand stoßen und zurückweichen müssen: bei Entlassungen, dem neuen Fabrikterror, dem verschärften Wohnheimterror, auf dem Arbeitsamt . . .

An diesem Punkt finden wir die Aussage des Artikels der Genossen von „Lucha Obrera" falsch: sicher gibt es heute die Perspektive von Erfolgen des Arbeiterkampfs – am Ende des „Lucha Obrera"-Artikels aber sieht es so auch, als seien jetzt schon die Voraussetzungen für eine unmittelbar bevorstehende Phase des offenen Arbeiterkampfs gegeben, die von einem hohen Maß von Klasseneinheit (ganz emphatisch ist auch von den deutschen Arbeitern die Rede!) gekennzeichnet ist. Das glauben wir nicht. Wir meinen, es wird eine Phase vieler kleiner Einzelkämpfe sein, eine Phase der Herausbildung und Stabilisierung von organisatorischen Ansätzen, eine Phase des Kräftesammelns – aber all das kann nicht mit Siebenmeilenstiefeln über die objektive Scheiße hinwegspringen: **daß** die Angst ein Massenphänomen ist, **daß** die Spaltung heute in vielfältiger Weise funktioniert, **daß** gerade heute die Klassensolidarität der deutschen mit den ausländischen Arbeitern noch eine recht entfernte Perspektive. Was vielmehr beharrlich zu machen ist: die Basis von Angst, Vereinzelung, Spaltung und Rassismus unterhöhlen!

In welcher Weise Revolutionäre zu diesem Prozeß beitragen können, dazu sagt der erste vorläufige Bericht der Genossen der multinationalen Arbeiterversammlung einiges. Seine erste Aussage ist sehr einfach, aber bedeutsam: daß es nicht eine Frage der Analyse allein ist, sondern eine praktische Frage. Also: organisatorische Ansätze und Bezugspunkte schaffen, die der Artikulation der Emigranten dienen können, der Konfrontation der verschiedenen Interessen der verschiedenen Nationalitäten der Ausländer, aber auch der Deutschen. Eine praktische Frage: Kontakte suchen, in die Wohnheime gehen, Versammlungen machen – wenn man klar sagt, was man will, und auch will, daß die Ausländer autonom was wollen, dann kann man gebraucht werden, dann kann aus dem Missionartum Gemeinsamkeit werden, schrittweise und schwierig. Und dann sagt der Bericht (implizit: das liegt an der Schwierigkeit des Unternehmens) etwas über eine neue Art, Politik zu machen. Nicht die alte, tausendfach gescheiterte und immer wieder auferstandene: wo die Linie (die sicher auch notwendig ist) hineingetragen wird, wo sie nicht das Produkt der Betroffenen selbst ist. Es ist ein Bericht über die Schwierigkeiten von Revolutionären, Initiativen zu ergreifen, ohne andere Initiativen zu ersticken, über die Schwierigkeiten, einem organisatorischen Ansatz eine Stabilität zu geben, die allein und authentisch aus ihm selber kommt. Man muß den Bericht genau lesen: in den Details liegen die politischen Probleme dieser Genossen. Und daß er so wenig „Greifbares" enthält, liegt daran, daß es so ungeheuer wenig solcher Erfahrungen und solcher Arbeit gibt: **schaffen wir zwei, drei, viele Heddernheims!!**

Ein Genosse des RK

# Der Kampf um das Kindergeld

Am vergangenen 17. November fand in Frankfurt eine große Demonstration gegen die Reduzierung des Kindergeldes statt, die von der Regierung in ihrer Steuerreform für die deutschen Kapitalisten seit dem letzten Jahr vorgesehen ist. Fast 5 000 Demonstranten, Spanier, Türken, Italiener, Griechen, Portugiesen und Deutsche (die meisten waren allerdings Spanier), demonstrierten durch die Straßen der Stadt und empörten sich lautstark über diese neue Diskriminierung, der man uns unterwerfen will.

Am Schluß der Demonstration sprachen Redner in deutsch, spanisch, italienisch, türkisch, griechisch und portugiesisch zu den Demonstrationsteilnehmern. Bis zum Beginn dieser Versammlung war der Eindruck über die Einheit großartig. Als man jedoch den deutschen und den spanischen Beitrag hörte, konnte man klar die beiden Linien sehen, die innerhalb der Komitees zur Vorbereitung der Demonstration vertreten waren. Denn im deutschen Beitrag war die Problematik des Kindergeldes in ihren vollen politischen Zusammenhang gestellt; der spanische Text beschränkte sich jedoch darauf, alles zu moralisieren; es fehlte die Kampfbereitschaft.

Der deutsche Beitrag richtete sich nach der Plattform, die von der Mehrheit der Komitees akzeptiert wurde. Akzeptiert, weil sie die Verbindung zwischen dem diskriminierenden Mittel Kindergeld und den anderen Mitteln hervorhob: nämlich Ausländergesetz, Diskriminierung bei der Arbeit, Wohnsitutation, Erziehung etc., Ablehnung der Arbeitserlaubnis für die, die sich nicht mehr als fünf Jahre in der Bundesrepublik aufhielten, Schließen der Grenzen etc. Wenn man das Kindergeld da einordnet, wo es hingehört, dann ist es uns möglich, die kapitalistische Strategie aufzudecken, die darin besteht, uns einerseits abzustoßen, wenn es den Kapitalisten paßt, und uns andererseits zu spalten, nicht nur von den Deutschen, sondern auch unter uns selbst.

Ebenfalls wurde die Bedeutung hervorgehoben, die der Kampf um die gleichen Rechte für alle Arbeiter hat: als unerläßliche Bedingung, um die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiterklasse zu erreichen. Der Beitrag zeigte, daß in Zukunft der multinationale Kampf der einzige Weg sein wird, unsere Probleme zu lösen: indem wir geeint der Raffgier der deutschen Kapitalisten die Stirn bieten.

Der spanische Beitrag dagegen beschränkte sich aufs Jammern: über die Billigung des Kindergeldgesetzes, über die spanische Regierung, die deutsche Regierung, die SPD, die Gewerkschaften, den Arbeitsminister Arendt, die Parlamentarier etc. etc. – als hätten diese Leute oder Institutionen jemals die Rechte der Arbeiter verteidigt. Am Ende der Rede wurde gerade noch zugestanden, daß die Demonstration gezeigt hat, daß es Bedingungen für den Kampf gibt. Trotzdem herrschte insgesamt die Tendenz vor, statt zu kämpfen sei es besser, an das „gute" Gewissen der oben erwähnten Leute und Institutionen zu appellieren.

Wir meinen, der spanische Beitrag hat die Kampfplattform verlassen, die von den Komitees akzeptiert wurde und die sich auf die folgenden drei Punkte zentriert:

- Gegen das Kindergeldgesetz
- Gegen die Diskriminierung
- Für gleiches Recht

Der fragliche Beitrag berührte bloß den ersten Punkt und entpolitisierte ihn; die übrigen wurden nicht berührt oder nur sehr oberflächlich.

Diese Haltung entspricht genau der Taktik einiger politischer Organisationen und anderer, die es nicht sind, die nämlich das Selbstverständnis haben, daß wir Arbeiter in der Emigration „Idioten" sind und daß wir nicht wissen, wo uns der Schuh drückt, daß wir uns folglich vor allem fürchten, was mit Politik zu tun hat. Diese Leute haben sehr schnell die Kämpfe des vergangenen Frühjahres vergessen: bei Hella/Lippstadt, bei Pierburg/Neuß, bei Ford/Köln etc. etc.; sie haben vergessen, daß diese Kämpfe gerade von den Arbeitern organisiert und durchgehalten wurden, die sie für „dumm" und unpolitisch erklären. Wieder einmal machten die Organisationen, die sich selbst kommunistisch nennen und die die Arbeiterbewegung für sich pachten, ihre missionarische Politik: jeder Kampf um Forderungen muß von seinem materiellen Gehalt weg in einen politischen Zusammenhang gestellt werden; erst dann – so die Missionare – hören die Massen auf, „dumm" zu sein.

Glücklicherweise ist dies aber nicht der Fall; denn die Massen riefen während der Demonstration Parolen, die beträchtlich über die Plattform des Komitees hinausgingen. Es wurde gerufen: „La solución, la revolucion" (Die Lösung ist die Revolution) oder „menos impuesto mas Kindergeld" (Weniger Steuern, mehr Kindergeld), es gab Türken, die riefen: „Die Arbeiter haben immer recht" und Transparente waren zu sehen, die auf die politischy Repression anspielten, auf den Sklavenhandel im 20. Jahrhundert, auf das Ausländergesetz etc. etc. Ein Gutteil dieser Parolen wurde von Leuten gerufen, die von Komitees kamen, in denen es keine politischen Organisationen gab, wie z. B. von Gelsenkirchen.

Wer diese Realität nicht wahrgenommen hat, versteht entweder nicht die Psychologie der Massen oder ist so dogmatisch, daß er seine Volksfrontkonzepte in unbegreiflicher Weise verabsolutiert und sie selbst bei Aktionen durchsetzen will, die ausdrücklich nur die Arbeiterklasse und ihre Interessen betreffen.

Sicherlich bringen nicht alle Probleme die Massen in Bewegung, besonders in der Emigration nicht, aber genauso sicher ist, daß – wenn sich die Arbeiter in Bewegung setzen – es ihnen nicht nur unmittelbar um die konkrete einzelne Forderung geht, sondern, daß ihre Geduld am Ende ist. Anders gesagt: die 5 000 Arbeiter haben in Frankfurt nicht nur gegen das Kindergeld demonstriert, sondern in ihrer Aktion wurde das System insgesamt, das sie unterdrückt und ausbeutet, abgelehnt. Es ist möglich, daß sich eine große Mehrheit dessen nicht bewußt war, aber dies bestärkt uns noch mehr in der Einsicht, daß es notwendig ist, jeden Kampf in seiner politischen Dimension zu erklären. Denn das ist die einzige Garantie dafür, daß die Arbeiter allmählich die Fähigkeit ausbilden, eine Analyse zu machen, d. h. daß die Einsicht in Zusammenhänge und ihr eigener kämpferischer Zusammenhang wechselseitig vorankommen. Das ist das Einzige, was ihnen ermöglicht, sich später selbst zu organisieren und was erschwert, daß sie weiterhin durch die bürokratischen Apparate manipuliert werden, von Leuten, die glauben, sie seien die einzigen, die das Recht haben, politisch zu denken. Alles andere ist unserer Meinung nach politischer Opportunismus, im Grunde genommen rechts; er muß mit ganzer Kraft bekämpft werden.



**Die Perspektiven für die Kindergeldkomitees**

Wir glauben, es war notwendig, all das so ausführlich zu sagen, damit die Positionen klar werden und damit wir wissen, wohin wir gehen. Man muß jedoch anerkennen, daß das Bestehen der Komitees und des Koordinierungsausschusses wichtige Erfolge in Richtung auf Einheit darstellen. Erfolge, die man so schnell wie möglich verteidigen und weiterentwickeln muß, weil uns wenig Zeit bleibt, um die gemeinsame Verteidigung zu organisieren angesichts des massiven Angriffs, dem wir von Seiten des deutschen Kapitalismus ausgesetzt sind.

Die Situation, die sie uns präsentieren, ist nicht verheißungsvoll: dem Ausländergesetz, der allgemeinen Diskriminierung, der Ablehnung der Arbeitserlaubnis, dem Schließen der Grenzen und dem Kindergeldgesetz schließt sich jetzt das Inkrafttreten des Artikels 9 des deutschen Arbeitsgesetzes an. Der Artikel sieht vor, daß keinem ausländischen Arbeiter Arbeit beschafft wird, solange es noch einen einzigen deutschen Arbeiter mit Kurzarbeit gibt, oder anders gesagt, mit dem Inkrafttreten des besagten Gesetzes können sie nicht nur jedem Ausländer Arbeit verweigern, auch, wenn seine ganzen Papiere in Ordnung sind, sondern die Ausländer können auch entlassen werden, um ihre Arbeitsplätze den deutschen Kollegen zu überlassen. Und das sind keine theoretischen Planspiele – das wird tatsächlich schon praktiziert: in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen machen sie es schon und jeden Augenblick kann es auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt werden. Dieses neue Mittel scheint das einzige zu sein, das ihnen gefehlt hat, um die Einführung des Rotationssystems abzuschließen.

Das Rotationssystem ist nicht mehr und nicht weniger als die Weiterführung einer kapitalistischen Strategie: die industrielle Reservearmee soll in einer rotierenden Bewegung zwischen den Herkunftsländern der ausländischen Arbeiter und der BRD werden.

**Was bezweckt man mit dem Rotationssystem?**

Mit dem Rotationssystem will man politische und wirtschaftliche Ziele erreichen.

**Politische Ziele:**
Verschärfung der Ausbeutungsituation der ausländischen Arbeiter durch ständiges Auswechseln, was bedeutet, daß die Leute sich nicht verteidigen können, weil sie ihre Rechte, die Sprache, etc. nicht kennen. Die Ziele sind klar: die Kämpfe, in denen sich die ausländischen Arbeiter tagtäglich radikalisieren, hemmen; die Arbeiterkader, die sich während der letzten Jahre der Emigration herausgebildet haben, auslöschen; die Versuche der Einigung der Arbeiterklasse im allgemeinen, die es in der letzten Zeit gegeben hat, zerstören; verhindern, daß die Arbeiter, die aus Ländern mit Diktaturen kommen, sich politisch schulen, was ihnen später ermöglichen würde, in ihren jeweiligen Ländern den Posten einzunehmen, der ihnen im Kampf gegen den Faschismus und die kapitalistische Ausbeutung zukommt.

Das erklärt auch, warum die Regierungen der Herkunftsländer der ausländischen Arbeiter ebenfalls an dem Rotationssystem Interesse haben.

**Vom ökonomischen Gesichtspunkt:**
Man versucht so, mit den Problemen fertig zu werden, die auf den Sektoren der Erziehung, des Wohnens, der Dienstleistungen etc. entstanden sind. Andererseits sind die Regierungen der Herkunftsländer der ausländischen Arbeiter daran interessiert, daß unsere Familien zu Hause bleiben: so ist der regelmäßige Strom unserer Devisen garantiert; zusammen mit dem Tourismus ermöglicht er ihnen, ganz besonders im Fall von Spanien und anderen Mittelmerländern, die ungerechten Systeme und die Ausbeutung aufrechtzuerhalten.

**Die Alternative**

Dieser Situation von Ungerechtigkeit und elender Ausbeutung der Arbeiterklasse kann nur eine multinationale Kampfperspektive gegenübergestellt werden. Diese multinationale Perspektive gibt es gerade im Moment, da wir sehen, daß die deutsche Arbeiterklasse anfängt, in den ausländischen Arbeitern Klassenbrüder und nicht Konkurrenten zu erkennen, als die sie uns die herrschende Klasse präsentiert. Sie fängt an zu verstehen, daß alle Arbeiter in den Fabriken und überall, wo wir gemeinsam ausgebeutet werden, Ausländer sind. Kurz, sie fängt an zu verstehen, daß es keine deutschen, griechischen, spanischen, türkischen . . . etc. Arbeiter gibt, sondern vor allem **Arbeiter!** Wenn wir uns befreien wollen, müssen wir zusammen gegen den gemeinsamen Feind marschieren.

Diese multinationale Perspektive, die manchmal als etwas Utopisches erscheinen konnte, haben wir jetzt greifbar nahe, wenn wir von der geleisteten Arbeit in der Kindergeldkampagne ausgehen. Einerseits gibt es auf nationaler Ebene eine organisatorische Kraft, andererseits wurden wichtige Schritte zur multinationalen Koordinierung gemacht, besonders bei den deutschen, türkischen, spanischen, italienischen und portugiesischen Genossen. Deshalb glauben wir, daß sich die Kindergeldkomitees und ihr nationaler Koordinierungsausschuß gegenwärtig zwei grundlegende Aufgaben stellen sollten:

a) Auf der Ebene der multinationalen Koordinierung muß man sich zum Ziel setzen, die Kontakte mit allen ausländischen Organisationen auszuweiten, soweit wie möglich, indem man versucht, zu einer Kampfeinheit zu kommen, vergleichbar mit der der Komitees. Wo dies nicht möglich ist, muß man versuchen, mit diesen Organisationen auf andere Weise und soweit möglich zusammenzuarbeiten.

b) Auf der Aktionsebene muß man eine ausführliche Plattform erarbeiten, die alle Probleme der Emigration umfaßt und es ermöglicht, den Kampf kurz- und langfristig zu planen.

**Kurzfristig** gegen das Kindergeldgesetz und für die unverzügliche Annulierung des Art. 9 des schon erwähnten Arbeitsgesetzes.
- Gleiche Steuern und gleiches Kindergeld!
- Recht auf Arbeit für alle Arbeiter!

Wenn aufgrund der bekloppten kapitalistischen Lenkung die Arbeitsplätze fehlen und Kurzarbeit eingeführt wird, dann sollen sie den vollen Lohn bezahlen. Die gegenwärtige ökonomische Krise haben wir nicht geschaffen, sondern sie! Deshalb sollen sie sie auch bezahlen!

**Langfristig** muß der Kampf auf die Durchsetzung folgender Forderungen gerichtet sein:
- **ELIMINACION DE LA DISCRIMINATION AN EL TRABAJO, EDUCATION Y VICIENDA**
  (Beseitigung der Diskriminierung in Arbeit, Ausbildung und Wohnsituation)
- **STOP A LAS EXPULSIONES Y DESPIDIOS!**
  (Stop mit Ausweisungen und Entlassungen)
- **FUERA LA LEY DE EXTRANJEROS!**
  (Weg mit dem Ausländergesetz)
- **ELIMINACION DEL PERMISO DE TRABAJO Y DE RESIDENCIA, QUEREMOS LIVERDAD PARA TRABAJAR Y PARA VIVIR!**
  (Wir wollen selbst entscheiden, wie und wo wir arbeiten und leben)

Lucha Obrera

## Neue Kampfformen in ITALIEN

„Autoriduzione" heißt sowas wie „Selbstreduzierung" und meint eine eigenmächtige, autonome Reduzierung von bestimmten Tarifen – ähnlich dem Mietstreik. Aber weil das Wort „Tarifstreik" auch nicht so klar ist, übersetzen wir's erst mal nicht und lassen's bei: AUTORIDUZIONE.

Diese Autoriduzione also wurde zuerst im September 74 von Arbeitern in Turin als Kampfform gegen eine Strompreiserhöhung um 50 % genutzt. Es wurde beschlossen, die Zahlung der Erhöhung kollektiv zu verweigern und die Autoriduzione mußte dort auf den großen Druck der Basis hin von den Gewerkschaften akzeptiert werden und mittlerweile läuft auch die Organisierung der reduzierten Zahlungen über die Gewerkschaften, indem von dieser Zahlkarten ausgegeben werden, die mit einem Stempel versehen sind, auf dem steht, daß auf Empfehlung der Gewerkschaft hin jeweils nur die Hälfte des von den Elektrizitätswerken geforderten Betrags bezahlt wird.

Die Pendler in Mailand griffen diese Kampfform auf und verweigerten die Zahlung der Erhöhung der Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel. Hier wurde die Autoriduzione so organisiert, daß in den Bussen jeweils ein von den Arbeitern gewählter Deligierter Fahrkarten zum alten Preis verkauft, während der eigentliche Schaffner nichts kriegt. Das so eingesammelte Geld wird dann entweder an die Transportgesellschaft überwiesen – oder aber auch als „Kriegskasse" einbehalten bis daß die Tariferhöhungen zurückgenommen werden. Dieser Autoriduzione haben sich über 30 000 Pendler angeschlossen.

Nachdem nun also einmal die Höhe des Strompreises in der Diskussion war, gab es bald auch weitergehende Vorschläge zur Autoriduzione: „Bezahlen wir nur 8 Lire pro KW - Genau wie die Bosse!" war eine Forderung, die in vielen Versammlungen und Diskussionen in den Fabriken und Stadtteilen aufkam – besonders in Rom und in Neapel.

Eine breite Verweigerung der Zahlung der Strompreiserhöhungen läuft außer in Turin, Rom und Neapel in der Industriezone von Porto Marghera (rund um Venedig), in Alessandria, Tarent und in Trient. In vielen anderen Städten sind die Arbeiter dabei, diesen Kampf vorzubereiten.

Waren die Gewerkschaften in Turin noch sehr schnell bereit, die Autoriduzione zu unterstützen und zu organisieren, so wurde bei der Ausdehnung des Kampfes immer klarer, daß die Gewerkschaftsführung die Autoriduzione so gut sie konnte zu boykottieren versuchte – sei's dadurch, daß sie diese Kampfform ablehnte oder aber verbal zwar akzeptierte, ohne sich jedoch für die praktische Durchführung einzusetzen. So hängt es jeweils von dem regional unterschiedlichen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterautonomie und Gewerkschaften ab, wie letztere sich verhalten (müssen).





ZEITUNG für eine NEUE LINKE
INHALT: Nr. 14 DEZ. 74

S O N D E R N U M M E R des LANGEN MARSCH in Zusammenarbeit mit Genossen aus der Vorbereitungsgruppe für den Kongreß 'gegen Sonderbehandlung politischer Gefangener' in Bln. am 16.11.74 .

THEMA: Zur Sonderbehandlung politischer Gefangener und zur Situation im Knast, Politik der Linken.

BEITRÄGE: LANGER MARSCH, H.Gollwitzer, P.G.Völker, OSI-Hungerstreikkomitee, W.D.Narr, A.Ströbele, O.Schily, Ärztegruppe, Info-Gruppen, H.Brandt, R.Dutschke, J.Schenk, M.Wolf, VV der Fachschule für Sozialarbeit.

REDAKTION: IM c/o Buchladen 'Commune', 1-B-45, Unter den Eichen 84d. VERTRIEB: an Wiederverkäufer in der BRD = Maulwurf. EINZELBESTELLUNG: über die Redaktion. PREIS: BRD=1,20, Bln=1,00

# DIE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG MIT

Der Wille, eine Solidaritätsbewegung mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen zu organisieren, fehlt uns gewiß nicht, die Fähigkeit dazu sicherlich. Die Widersprüchlichkeit unseres Handelns ist nur der Ausdruck unserer Unfähigkeit, den politischen Rahmen einer solchen Kampagne abzustecken. Spätestens dann aber, wenn wir versuchen, die Solidaritätsbewegung über die organisierte revolutionäre Linke hinaus auszudehnen, merken wir, daß das Rufen nach Solidarität nicht ausreicht.

**Durch den Hungerstreik als Kampfmittel zur Erhaltung ihrer Existenz überhaupt, haben die RAF-Genossen versucht, aus ihrer politischen Niederlage eine Waffe zu machen.** So zynisch es klingt, erst der Tod von Holger hat dieser Waffe das Feuer gegeben. Die Herrschenden mußten sich plötzlich legitimieren. Sie wollten zwar die RAF-Genossen exemplarisch vernichten, der Tod aber eines Gefangenen im Kampf gegen diese Vernichtung entblößte die Vernichtungsmaschine selbst. Dieser Tote wurde eine Anklage gegen die Todesfolter. Der ganze Hungerstreik wurde zur Waffe. Die Legitimationsschwierigkeiten, in die die Bourgeoisie geraten war, sind durch den Tod des Richters überdeckt worden.

Sicher ist es legitim, nicht nur Opfer sein zu wollen. **Der Tod vom Richter verändert erstmal an dieser Opfersituation überhaupt nichts.** Dieser Tod kam einigen Leuten sehr gelegen und vereinigt die Massen mit dem Repressionsapparat, zumindest eine bestimmte kritische Öffentlichkeit. Nach dem Tod von Holger konnte man versuchen, den Vernichtungsapparat bloßzustellen, nach dem Tod von Drenkmann konnte die Linke isoliert werden. Wichtige Fragen verschwinden im Papierkorb.

Die beherrschende Erfahrung ist ja, daß man im Moment nichts durchsetzen kann. Man kann zwar einen Richter umbringen – die Isolationshaft bleibt. Somit wird der Tod von Drenkmann absurd und unnötig.

Gerade in der Krise zeigt der Kapitalismus seine Menschenverachtung. Tagtäglich werden Kranke – psychische und physische – aus den Betrieben entlassen, weil sie nicht produktiv sind. Alle erleben, wie sie kaputt gemacht werden, ohne einen Ausweg zu sehen. **Eine revolutionäre Bewegung muß von Beginn an in ihren Aktionen, ihrer Sprache und ihrem Verhalten immer klar machen, daß der Kampf gegen den Kapitalismus gerade ein Kampf gegen die Menschenverachtung ist.** Im Klassenkampf sollen die Individuen zu ihrer eigenen Subjektivität, ihren eigenen Bedürfnissen finden.

Der Staat hat Holger als Menschen zweiter Klasse, als Jude, als Emigranten behandelt. Jede Aktion, die dem Staat die Möglichkeit gibt, sich als Garant von Menschlichkeit zu zeigen, ist falsch. Die Bourgeoisie konnte so mit einem toten Drenkmann Politik machen. Daß man nicht kommt mit dem Argument, die Revolution sei nun mal eine gewalttätige! Der Tod eines Carrero Blanco vereinigte die spanischen Massen gegen den Faschismus, wie auch der Tod eines Adolf Hitlers vor 1945 die deutschen Massen vereinigt hätte. Denn beide waren von vielen durchschaute Mörder. Drenkmann war nur ein Verwaltungsmann. Überhaupt sind hier Unterschiede zwischen Faschismus und faschistischen Tendenzen zu machen. Diejenigen, die die Erschießung von Drenkmann als richtig ansehen, müßten klarmachen, inwiefern der Staat verunsichert sei oder den Massen und der Linken eine Perspektive eröffnet wurde.

Eine bedingungslose Solidarität bedeutet also keine Identifizierung mit der Politik der Stadtguerilla. Wir müssen klar machen, daß es mit diesem Hungerstreik um die Abschaffung der Isolationshaft geht. In der Geschichte wird die Erschießung von Drenkmann als Episode erscheinen, wenn die Isolation, d. h. die geplante Vernichtung aufgehoben wird. So zynisch es ist: die Gleichsetzung der Genossen mit den anderen Gefangenen wäre ein wichtiger Erfolg. **Solange unsere Politik hilflos und machtlos bleibt, werden sich aus unserer Bewegung immer wieder Ansätze einer sinnlosen Politik entwickeln.** Solidarität mit den Genossen der RAF ist, sich nicht nur von seinen Emotionen leiten zu lassen, sondern eine Politik zu machen, die das Problem der Macht, d. h. der Durchsetzung als zentrales Moment anpackt. Wir müssen nicht den ernsthaften Willen dokumentieren, die Verhältnisse in diesem Land radikal verändern zu wollen, sondern die Fähigkeit entwickeln, nicht Opfer der Verhältnisse zu sein. Die Linke wird als bedeutungsloser Haufen angesehen werden, solange sie nicht fähig sein wird, als reale politische Kraft aufzutreten. Weil gerade die linksradikale revolutionäre Position in der BRD so minoritär ist, darf sie sich nicht reduzieren lassen auf eine oder mehrere Handvoll Stadtguerilleros mit Anhang.

Eins müssen wir aber immer klar machen, nämlich, daß nicht jedes Attentat oder jede Bombe, die gelegt wurde, von den Stadtguerillaansätze stammen. Am Beispiel der Bombe im Bremer Bahnhof wird es deutlich, daß es faschistische Gruppen gibt, die gezielt Steigbügel der Repression sein wollen. Die Bombenanschläge in Italien oder in Birmingham zeigen, daß Fraktionen des Staatsapparates sich des Terrors bedienen, um ihre Repressionspolitik durchzusetzen. In der BRD muß man momentan nur ein wenig nachhelfen.

→

## Winterreise und Wintermärchen

> „Unsichtbar macht sich die Dummheit,
> indem sie sehr große Ausmaße annimmt."
> Bertolt Brecht

### Erstens: Satre – sein Herz ist tiefrot und sein Gott ist das Nichts

Wir wissen dank BILD, wer Sartre ist. Ein Mann mit „zerknittertem Gesicht und ausgebeulten Hosen", der „wenn er nicht gerade radikale Flugblätter auf der Straße verteilt, wenn er nicht gerade zu seinem Gesinnungs-Genossen Baader nach Stuttgart aufbricht – auf einem Holzschemel sitzt, den lieben langen Tag." Er lebt „in wilder Ehe", „schlug den Nobelpreis aus", „kaputt macht er sich selbst", indem er gelegentlich Marihuana raucht. Er ist „schon ein wenig schwerhörig", „soll einen Gehirnschlag hinter sich haben", „reckt oft seine ungeputzten Fingernägel in der geschlossenen Faust zum Sozialistengruß". Nur zu verständlich, daß dieser Mann in seiner Heimat „freilich kaum ein Echo findet". „Baader hatte Besuch von einem, der offenbar selbst psychologisch gestört ist."

Man kann sagen **Stürmer**. Aber aus welchem Grund wird wieder in der Sprache des Hetzblatts geschrieben, daß den Massen die nationalsozialistische Politik der Judenvernichtung und der Vernichtung Andersdenkender politpornografisch zu vermitteln hatte? Hat BiLD mit der gleichen Sprache wie der **Stürmer** auch eine gleiche Aufgabe zu erfüllen?

Zu rechnen ist mit einer Million Arbeitslosen oder mehr, eine weltweite ökonomische Krise ist nicht mehr zu leugnen. In Italien, Frankreich, in England und Dänemark, sogar im faschistischen Spanien begegnen die Betroffenen dieser Situation mit Massenstreiks. In Portugal und Griechenland gibt es Kämpfe um die Demokratisierung vorher faschistisch beherrschter Gesellschaften. Allein in der Bundesrepublik Deutschland steht eine Debatte um Konjunktursteuerung und innere Sicherheit im Vordergrund.

Die BILD-Zeitung und nicht nur sie nutzt die Gunst der Stunde. Da die Krise unter den Betroffenen nicht viel mehr auslöst als Angst und Schwäche, werden Feindbilder angeboten. Das beginnt bei der RAF, das geht weiter mit der Feststellung, daß die Ausländer natürlich den Deutschen nicht die Arbeitsplätze wegnehmen dürfen, das schließt die Ölscheichs und Palestinenser ein, die schließlich an allem Schuld sind.

Die Feindbilder sind notwendig für das Funktionieren der schweigenden Mehrheit. Diese ist im Sprachgebrauch derer, die sie für aktive Politik benutzen, solange notwendig, wie es eine handelnde Arbeiterbewegung nicht gibt. Die schweigende Loyalität der Massen mit dem Staat reicht aus, um die notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit durchzuführen. Wäre der Widerstand dagegen ein anderer, als der politischer isolierter linker Gruppen und vereinzelter liberaler Individuen, diese schweigende Mehrheit müßte ihre Sprache finden, die Sprache von BILD und Löwenthal.

Le Monde verzeichnet, daß die westdeutsche Presse insgesamt bemüht gewesen sei, die intellektuelle Bedeutung Satres herunterzuspielen. Tatsächlich ist BILD nur die Avantgarde einer allgemeinen Stimmung im freien Westen, die sich um Philosophie und Literatur einen Dreck schert, wenn dabei politisch relevante Aussagen herauskommen. Zum konsequenten Sicherheits- und Ordnungsdenken gehört, daß noch eine Menge zivilsatorischer Ballast der bürgerlichen Gesellschaft über Bord zu werfen ist, der die Wahrhaftigkeit der militanten Demokratie gefährdet. Um einen Hungerstreik als Fortsetzung terroristischer Politik erscheinen zu lassen und um zugleich die Forderungen und Ziele, die mit ihm verfolgt werden, als bloßen Propagandafeldzug ohne tatsächlich feststellbare Ursachen in den menschenvernichtenden Haftbedingungen erscheinen zu lassen, müssen alle Skrupel im Zusammenhang mit der unantastbaren Menschenwürde fallen. Das Beispiel Sartre war das vorläufig letzte Indiz, wie weit dieser Prozeß in der Bundesrepublik schon fortgeschritten ist.

## Heute hier im Kasten




### Zweitens: Die Lampenputzer

> „Dann ist er zuhaus geblieben
> und hat dort ein Buch geschrieben:
> Nämlich, wie man revoluzzt
> und dabei noch Lampen putzt."
> Erich Mühsam,
> der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

Es hat nach dem Tode von Holger Meins und der Erschießung von Drenkmann eine Kette öffentlicher Selbstdarstellungen von Politikern und Publizisten gegeben, die in dankenswerter Offenheit gesagt haben, was Sache ist. Sie lieferten die herrschende Begleitmusik, die in seltener Einheitlichkeit zu einer Aktion gespielt wurde, die den schönen Namen Winterreise trägt.

Nach 20 Jahren CDU-Staat war die Studentenrevolte die erste reale Gegenkraft gegen die Restauration nach dem Zweiten Weltkrieg. Immerhin hatte die CDU in diesen zwanzig Jahren erhebliche Leistungen vorzuweisen: Wiedereinführung der Wehrpflicht, Integration der BRD in die NATO, das Verbot und die Verfolgung der KPD. Mittelbares Ergebnis der Studentenbewegung war die Übernahme der Regierung durch die sozialliberale Koalition. Es gehört zu den immer wiederkehrenden anspruchsvollen Irrtümern der Sozialdemokratie, daß angesichts dieser Regierungsübernahme vom Machtwechsel die Rede war. Dabei übernahm die SPD von Anfang an das Erbe des CDU-Staates. Zwar wurde die DKP als politische Partei wieder zugelassen, gleichzeitig wurde ihr Spielraum von vornherein eingeengt, so daß sie sich nur im Rahmen der Reformpolitik als aussichtsloser Bündnispartner der SPD andienen konnte. In dieser eher komischen Rolle vegetiert sie, eingeengt durch Berufsverbote und die selbstgewählte Beschränkung auf die Propagierung der DDR-Leistungen dahin, ohne eine linke Alternative zur SPD zu sein. Die ehemals linksradikalen Studenten selbst gingen überwiegend den Weg einflußlosen Sektierertums.

Was im wesentlichen übrig blieb, waren zaghafte Ansätze radikal-reformistischer Interessenvertretung in den Betrieben und Veränderungen im gesellschaftlichen Überbau.

Es waren noch idyllische Zeiten, als die sozialdemokratischen Wählerinitiativen auf allen öffentlichen Plätzen Blumen streuten und die Stunde der großen inneren Reformen verkündet wurde.

Der Irrtum der Machtübernahme war schon mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition durchsichtig. An der Art der Behandlung der inneren Reformen, etwa in der Mitbestimmung, wurde er immer deutlicher. Die konsequente Opposition der CDU/CSU hinterließ im permanenten Abgrenzungszwang der SPD nach linke und gegenüber den Jungsozialisten, die mittlerweile erfolgreich diszipliniert sind, ihre Spuren. Das Godesberger Programm, wäre es nicht einmal von der SPD verabschiedet worden, die CDU hätte es formulieren müssen. Inzwischen klärt sich alles auf: Alle Illusionen über die SPD und ihre Reformfähigkeit, sowohl seitens der Arbeiter in den Betrieben als auch seitens der Liberalen in Rundfunkhäusern und Redaktionen werden mit großer Deutlichkeit als solche vorgestellt.

Der Föderalismus verkehrt sich heute mittels der „engen Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der inneren Sicherheit" zum strammen Zentralismus. Dabei regiert – zwar spannungsgeladen aber in großen Zügen einig – nicht nur eine große Koalition, sondern eine Allparteienregierung. Da gibt es die Konferenz der Innen- wie der Justizminister von Bund und Ländern. Bei den Innenministern sind meist Herren von FDP und CDU/CSU anwesend, bei den Justizministern meist solche von SPD und CDU/CSU. Und in jener denkwürdigen Fernsehsendung des ZDF „Baader-Meinhof – wie groß ist die Gefahr?" saßen vor den Kameras die Herren Maihofer (FDP), Vogel (SPD), Schwarz (CDU) und Bender (CDU). Diesem Gespräch waren so entscheidende und scharfe Überlegungen wie die des Herrn Bender zu entnehmen, wonach es nicht ausreiche, gegen kriminelle Gewalttäter und deren Sympathisanten vorzugehen, man müsse auch etwas gegen ihre Ideologie tun. Da glänzte auch der Herr Maihofer mit der Bemerkung, es sei zwar unwahrscheinlich, aber doch nicht auszuschließen, daß auch Fahrpreisaktionen, Häuserkampf und wilde Streiks aus den Zellen heraus geleitet würden, bei jeder Beschäftigung mit Haftbedingungen und Gefängnissen ist das ja ohnehin schon klar.

Herrn Gerhard Löwenthal einmal beiseitegelassen, der es immerhin fertiggebracht hat, einen im Hungerstreik gestorbenen Holger Meins von einem hungerstreikenden russischen Schriftsteller anhand der Motive in böse und gut zu unterscheiden, war das ZDF in der Lage, die politische Zielrichtung des staatlichen Angriffs eine Woche später noch zu verdeutlichen. Die ersten, etwas platten starken Töne konnten unter der Regie eines Herrn Johannes Groß differenziert und präzisiert werden. Diesmal fanden sich neben dem Bundesinnenminister die Herren Professoren Scheuch und Sontheimer und der Weltchef Schneider zusammen.

Anders als Löwenthal hatte es Herr Scheuch denn auch überhaupt nicht mehr mit Motivationen, sondern nur noch mit Taten. Strafrechtsreform? Was hier beabsichtigt ist, kann Herr Jäger (CSU) vermutlich drastischer klarmachen, denn eine Justiz, wie sie Herr Scheuch im Sinn hat, kann nur Vergeltungsjustiz sein. Unter dem staunenden Schweigen der bundesdeutschen Öffentlichkeit wurde Sartre „demaskiert". An ihm wurde definiert, was „breites Sympathiefeld" der Baader-Meinhof-Gruppe heißt: dazu gehört, wer von politischen Gefangenen redet, wer gar die Stirn hat, Haftbedingungen Folter zu nennen, wer zum Tod von Holger Meins glaubt, immer noch unbeantwortete Fragen zu haben. Denn selbst die Formulierungen eines Günter Grass, wonach nur eine schonungslose Klärung der Vorgänge in der Haftanstalt Wittlich den wiedereskalierenden Terror in Grenzen halten könne, sind nach der von der FAZ verbreiteten Ansicht des Freien Deutschen Autorenverbandes eine „kaum verhüllte mit den Terroristen sympathisierende Drohung".

Es tauchen alte Kisten wieder auf. Die Liberalen bekommen ihre alten Rechte als Nestbeschmutzer und Pinscher zurück. Denn wie anders ist die Meinung des Herrn Filbinger zu werten, wonach der Besuch Sartres und das, was er zu sagen hatte, nicht etwa dem Ansehen des deutschen Volkes, sondern seinem Ansehen beim deutschen Volk schade? Wer, wenn nicht die agilen Kopfarbeiter im Umkreis der sozialliberalen Koalition sich wohl gemeint, wenn die Professorenrunde im ZDF sich darauf einigt, daß das, was mit der Studentenbewegung an Diskussion aufkam, nun gefälligst zu verstummen habe.

Man hat die Winterreise zu verstehen als Schlag gegen die Gewalt. Es ist geklärt, wie diese Gewalt entsteht und wohin sie führt. Um der Argumentation etwa eines Herrn Schneider von der Welt folgen zu können, ist es ratsam zu vergessen, daß bevor Demonstranten am Springerhochhaus auftauchten, die Schüsse auf Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke fielen und man kann die literarisch geäußerte Meinung eines Heinrich Böll getrost beiseite schieben, eine gewisse Katharina Blum habe nur zurückgeschossen. Das Gewaltmonopol des Staates ist in Zukunft nicht mehr zu bezweifeln. Punkt.

### Drittens: Die Winterreise

Die Winterreise vom 26.11. richtete sich nicht gegen die Liberalen, sondern gegen linksradikale Gruppen. Sie ist nur dann so richtig zu verstehen, wenn man sich noch einmal das Bild des aufgeregten Herrn Weyer (NRW) vor dem deutschen Bundestag vor Augen führt. Fünftausend Demonstranten wegen des Todes von Holger Meins, das verstand der gute Mann nicht mehr. Da mußte doch einfach etwas geschehen.

Die rheinland-pfälzische Dokumentation stellt Verbindungen her zwischen der RAF, dem Revolutionären Kampf und dem Gefangenenrat. Sie stützt sich, auch und vor allem was die konkreten Vorwürfe in Haftbefehlen angeht auf die Zeugenaussage eines Rolf Mauer. Dieser, nach sieben Jahren Jugendstrafe als psychisches Wrack aus der Haft entlassen, fand in der Linken, wo er weit herumkam, auch nicht die Lösung seiner Probleme. Seine Rachebedürfnisse trug er schließlich zur Polizei.



# DER RAF UND IHRE GRENZE

Es kann nicht darum gehen, einen, der im Knast kaputt gemacht wurde, nun für alles verantwortlich zu machen. Aber die Staatsanwälte und Ermittlungsrichter scheren sich einen Dreck um die persönlichen Probleme eines Zeugen, wenn sie die Chance haben, einen zweiten Ruhlandt zu produzieren. Die abenteuerlichen Wunschträume eines Rolf Mauer über den bewaffneten Kampf finden leider ihre Entsprechung in den polizeilichen Vorstellung darüber, wie er vermutlich geführt wird. Und das reicht allemal, um Leute für längere Zeit in U-Haft zu halten. Offiziell ist heute nicht mehr bekannt geworden. Die Berge von Beweismaterial, worin bestehen sie eigentlich? Die unmittelbar zu widerlegenden Behauptungen in einigen Haftbefehlen, was ist damit? Wo sind die Journalisten und Schriftsteller, die einige bescheidene Fragen dazu stellen?

Die Ausgrenzungsmechanismen, die schon bei den vielen Ungereimtheiten in der RAF-Fahndung funktionierten, sind auch jetzt, da nicht mehr die RAF, sondern schon andere linke Gruppen betroffen sind, voll in Kraft.

Kann man da noch etwas ausrichten? Soll man weiterhin mit missionarischem Eifer die Unterschriftenlisten vorlegen und hoffen, daß dieser oder jener doch noch unterschreibt? Muß man denen erst sagen, was sie mit eigenen Augen sehen und mit den eigenen Köpfen sich denken können? Die guten Leute werden eines Tages als Sympathisanten aufwachen ohne zu wissen, wie sie es geworden sind. Dann werden sie sich hilflos ansehen, es sind wieder Dinge geschehen, mit denen einfach nicht zu rechnen war.

## Die revolutionäre Linke in der Krise

Von keiner revolutionären Gruppe wurde der linke Flügel der Linken in der BRD emotional und politisch so stark betroffen und verunsichert wie von der RAF und ihrer Praxis. Das liegt sicher nicht daran, daß die Aktionen der RAF ‚spektakulär' waren, das hat einen anderen Grund: während wir politische Ansätze ausprobierten und nichts weniger als eine Kontinuität unserer Arbeit erkennbar war, hatte die RAF eine bündige Antwort auf die Schwierigkeiten der revolutionären Linken nach dem Ende der Studentenbewegung: die Strategie des direkten, offenen und bewaffneten Angriffs auf diesen kapitalistischen Staat und alle seine Agenturen. In Strategie und Praxis der RAF schienen vielen Genossen die revolutionärsten und bedeutsamsten Momente der Studentenbewegung aufgenommen und fortgeführt: der Geist der Rebellion statt des Geistes der Resolution, der Angriff und die Konfrontation statt der geduldigen und mausgrauen kommunistischen Kleinarbeit, der Versuch, den antiimperialistischen Kampf hier konsequent fortzuführen, statt nur resignativ über die zurückgebliebene Arbeiterklasse der BRD zu jammern, die kollektive Überwindung der Angst statt einer Strategie und Praxis, die nur die Rationalisierung der eigenen Angst ist.

Schon lange freilich sprechen wir davon, daß die Politik der RAF falsch ist, daß wir eine andere Politik machen wollen. Was das heißt, haben wir nie genau gesagt – immer von der Angst getrieben, eine Kritik an der RAF wäre spalterisch, verhindere Solidarität. Umgekehrt ist es richtig: wir kommen aus dieser Klemme erst dann heraus, wenn wir unsere Position nicht defensiv begreifen, sondern offensiv als notwendig definieren. Solange wir das nicht machen, trifft der Vorwurf der RAF-Genossen an uns in der Tat zu: daß wir keine revolutionäre Politik machen, sondern uns hinter den Massen verstecken.

Das Verhältnis, das die revolutionäre Linke heute zu den realen gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen in der BRD hat, erlaubt es uns nicht, die RAF wie einen Fremdkörper innerhalb der revolutionären Linken zu behandeln. Denn wir müssen uns klarmachen: die Stadtguerilla ist dem realen Prozeß in der Bundesrepublik nicht weniger fremd, als die Strategie des KBW oder das, was die Spontis zu sagen haben und machen. Es geht dabei überhaupt nicht darum, ob die revolutionäre Alternative auf gesellschaftlicher Ebene relevant und Avantgarde ist oder nicht. Das Niveau liegt viel viel tiefer: es geht darum, daß die revolutionäre Linke heute in der proletarischen Öffentlichkeit (oder besser: Nicht-Öffentlichkeit) im Grunde genommen keinerlei Resonanz hat, daß niemand von dieser Seite relevante Aussagen und Perspektiven erwartet, daß das Interpretationsmonopol des herrschenden Drecks sehr groß ist.

Gerade jetzt, in der Situation der Krise und ihrer materiellen und ideologischen Zwangsbedingungen, zeigt sich überdeutlich, wie wenig die revolutionäre Linke heute über Initiativfähigkeiten in praktischer Relevanz verfügt. Im Gegensatz zur Zeit der antiautoritären Bewegung, d. h. des SDS, besitzt heute kaum eine Initiative der Revolutionäre eine Masseninitiative. Die Stärke von revolutionären Initiativen müßte in zweierlei liegen: daß sie einerseits das Entstehen und Herausbilden von Masseninitiativen – und seien es auch partielle wie die Jugendzentrumsbewegung und der Kampf der Ausländer gegen die neue Kindergeldregelung – ermöglichen, fördern, stützen, materielle und ideologische Bedingungen dafür schaffen, in diesem Prozeß also drin sein und daß sie andererseits dazu beiträgt, daß materielle Erfolge, Durchsetzung – und sei sie noch so klein – möglich sind.

Daß die revolutionäre Linke heute so erschreckend schwach ist, liegt auch an ihren vielen Fehlern in den vergangenen Jahren. Ihren materiellen Grund hat diese Schwäche aber in der Geschichte des deutschen Proletariats, in der Geschichte der deutschen Geschichte. Die Geschichte des deutschen Proletariats, der deutschen Massen allgemein ist eine Geschichte der Niederlagen. Die Arbeiterklasse versteht sich nicht als Klasse, die die Verhältnisse produziert, d. h. auch verändern kann, sondern sie versteht sich als abhängig von der historischen Realität, immer geführt, betrogen, an der Nase herumgeführt – sich zu ducken, scheint das kleinere Übel. In einem solchen geschichtlichen Bezugsrahmen zählen Niederlagen (und es gibt zahllose) doppelt und Siege (und es gibt einige ganz wenige) unendlich viel. Praktische Erfahrungen, daß man die Geschichte bestimmen kann, sind die materielle Voraussetzung für das Bewußtsein von der notwendigen historischen Aufgabe. Es genügt daher nicht, wenn die Revolutionäre immer und immer wieder das System, seine Widersprüche und Unmenschlichkeit entlarven; sie müssen zur praktischen, wenn auch punktuellen Überwindung der Widersprüche beitragen. Es geht also darum, zu sagen, was wir unter Massenarbeit verstehen: warum sie nicht das halbherzige Ausweichen vor der Konsequenz der militanten Auseinandersetzung, sondern revolutionäre Notwendigkeit ist, die das Konzept der RAF ausschließt. Eine Position dazu kann erst das Ergebnis vieler Diskussionen und der Vereinheitlichung praktischer Ansätze sein.

Revolutionäre Initiativen können sich nie an ihrer militärischen Schlagkraft messen – militärische Schlagkraft für sich genommen ist überhaupt nichts Revolutionäres. Sie können und müssen sich einzig und alleine daran messen, wie sie den Kampf um Interessen und Bedürfnisse vorantreiben und unterstützen. Im Grunde genommen geht die RAF von einem traditionalistischen Konzept aus, das die Bewegung in einzelne Teile zerlegt: es gibt den politischen, den ökonomischen und den militärischen Arm der Bewegung; jeder operiert für sich, jeder verwaltet einen Teil der Bewegung. Die Möglichkeit, daß von der Massenbewegung diese drei Teile als Einheit getragen werden können, wird gar nicht ins Auge gefaßt.



... und morgen ...

Die Frage der Gewalt stellt sich den Massen nie abstrakt oder formal – im Prozeß der Durchsetzung von Interessen taucht sie auf und wird in dem jeweils konkreten Zusammenhang beantwortet werden müssen. Wer sich auf die Frage der Bewaffnung – egal ob auf der Ebene des bewaffneten militärischen Kampfes oder der Ebene der militärischen Kommandoaktion – spezialisiert, trennt sich selbst von der Bewegung: von außen geht er alle Probleme nur unter dem Blickwinkel der Bewaffnung und Militanz an, er denkt nicht aus der Bewegung heraus. Seine revolutionäre Phantasie muß verkümmern.

## Die Macher und die Massen

Es ist dem Kapital mit der Bundesregierung nicht nur gelungen, die Offensive des multinationalen Proletariats zurückzudrängen und zu zerschlagen, sondern selbst in die Offensive zu gehen. Durch die staatliche Benutzung der Krise soll das kapitalistische Leistungsprinzip, die Arbeitsideologie und der soziale Scheinfrieden wieder durchgesetzt werden. Die Macher an der Macht vertrauen nicht nur auf Maßhalteappelle, verweisen nicht nur auf Ölkrise und Rohstoffpreiserhöhungen, sondern benutzen die Krise, d. h. die Arbeitslosigkeit zu Umstrukturierung und Disziplinierung der Gesamtgesellschaft. Die Angst, die ihren ökonomischen Ursprung hat, wird von dem Staat politisch verlängert. Massenentlassungen – politische Entlassungen – Nichtverlängerung der Arbeitsverträge für Emigranten – Kindergeldregelungen – Radikalenerlasse – Disziplinierung von Kindergärten, Schulen und Unis – Zerschlagung jeglicher Selbstorganisation von Jugendlichen – sind die Waffen, die alle in die Knie zwingen sollen, damit mit den eigenen Forderungen und Bedürfnissen zurückgesteckt wird.

Entscheidend ist dabei, daß alle ziemlich hilflos einer solchen Offensive gegenüberstehen. Der Gewerkschaftsapparat ist nicht in der Lage, die ursprünglichsten Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, im Gegenteil: er erweist sich als Instrument kapitalistischer Umstrukturierung.

Diese Angst mobilisiert keine faschistische Massenbewegung, sondern apathisiert. Gleichgültigkeit, Individualisierung, Mißtrauen und Rückzug in die Familie sind die Erscheinungsformen dieser Angst.

Was wir meinen, ist nicht das ideologische Bild von der Unantastbarkeit und völligen Abgeschlossenheit spätkapitalistischer Herrschaftsstrukturen, das selbst völlig im System befangen bleibt. Was wir meinen, ist die spezifisch deutsche historische Hypothek, die wie ein Alp auf den Initiativen und der Handlungsfähigkeit der Massen lastet: das Fehlen der bürgerlichen Revolution, das Fehlen jeder positiven Identifizierung mit dem Kampf um Interessen und der Gewalt dabei, das Fehlen des Geists des Widerstands und des Aufstands, der Obstruktion. Immer noch gibt es – stärker als nirgendwo sonst – den Nährboden für autoritäre und totalitäre Ideologien, die als materielle Gewalt den Massen selbst gegenüberstehen. In Frankreich, in Italien, in Spanien, in Griechenland, in Portugal – überall gibt es die Tradition des offensiven und sozialistischen Kampfs gegen den Faschismus; anders hier: wir haben uns nicht vom Faschismus befreit, wir sind vom Faschismus befreit worden. Es war nicht ein materieller Prozeß auf Massenebene, der dem Faschismus Macht und Legitimation entzogen hätte. Die deutschen Massen waren zuerst mit Träger des Faschismus, seine wehr- und bewußtlosen Opfer und dann waren sie plötzlich, nach unendlich viel Terror und Leid, vom Faschismus befreit. Der faschistische Schweinehund in den Köpfen wie in der Gesellschaft wurde nie geschlagen. Der Bauch ist fruchtbar noch, aus dem das Monstrum kroch. Das heißt sicher nicht, daß der Faschismus heute vor der Tür steht. Das heißt nur, daß der **autoritär-technokratische Sozialstaat** (die reaktionärste Form, die sich der Reformismus je in Europa gegeben hat) sich in den Orgien, die er heute feiert, in die Geschichte der letzten dreißig Jahre nahtlos einordnen läßt. Es gibt kein faschistisches Massenpotential, es gibt aber real die schweigende Mehrheit, die heute noch die Interpretations- und Handlungsherrschaft Staat und Unternehmern überläßt; das zu leugnen, wäre unverantwortlich. Sehr einfache Syndrome haben heute Massenwirkung: die Linken und die Emigranten sind es, die die deutschen Bürger bedrohen. Und die Alternative zum beschissenen Kapitalismus, das reduziert sich hier auf die DDR und da auf die RAF. Die Lösung der Krise, das ist der Rausschmiß der Emigranten. Chaos produziert Angst, Ordnung stabilisiert. Jeder sieht rot. Charles Bronson ist unter uns.

Das alles ist aber nur die eine Seite: die der unmittelbar gegenwärtigen Macht. Es ist falsch, nur sie zu sehen und nicht auch die andere: die der **Kontinuität** der Massenbewegung in der BRD. Es **hat** die Streik- und Kampfbewegung der deutschen und ausländischen Arbeiter der letzten Jahre gegeben – und sie ist (auch ganz materiell) einer der wenigen Siege, die so ungeheuer bedeutsam sind. Sie war ein Stück entstehender Klassenidentität, ein Stück Bewußtsein der eigenen Macht gegen das Kapital. Sicher: mit der Krise ist das Kapital in die Offensive gegangen, hat das Heft jetzt fest in der Hand. Und es gehört zu den historischen Ungleichzeitigkeiten, daß diese weltweite Krise in Italien ein relativ vorbereitetes Proletariat vorfindet, das das sich auch in der Krise die Offensive des Kampfes nicht so leicht wird nehmen lassen, während in der BRD ein Proletariat getroffen wird, das erst die ersten Erfahrungen in Richtung Klassenautonomie und -einheit gemacht hat, Erfahrungen, die nicht vernichtet werden, die aber gefährdet und verdeckt werden können. Eine zentrale Aufgabe für Revolutionäre besteht in dieser Situation darin, die – wenn auch veränderte – **Kontinuität** dieser Bewegung unter den veränderten Bedingungen der Krise zu begreifen und nicht dem Irrtum zu verfallen, diese Bewegung müsse wieder neu am Punkt Null ansetzen. Zu begreifen also, daß der Arbeiterkampf nicht abgebrochen und abgeschnitten ist, sondern daß er unter veränderten Bedingungen weiter besteht, daß er sich in einer Phase des Rückflusses den veränderten Bedingungen anpaßt, daß das Kapital in der Offensive ist und der Arbeiterkampf dennoch weitergeht, daß er sich neue Organisations-, Kommunikations- und Aktionsformen schafft. Ein Beispiel dafür ist der Kampf der Ausländer gegen die neue Kindergeldregelung, es gibt auch Beispiele des Kampfs der deutschen Arbeiter.




Was heißt das, Kontinuität der multinationalen Arbeiterbewegung unter veränderten Bedingungen? Die Streiks und Kämpfe des letzten Jahres, die gewiß nicht allein, aber sicher in ihren Höhepunkten von den Emigranten getragen und geführt waren, waren ein erster Angriff einer sich herausbildenden kämpferischen Arbeiterklasse; ein erster Angriff, der entscheidend mit dazu beitrug, daß endlich auch in der BRD die Konturen einer Klassen**kampf**gesellschaft absehbar sind, daß die BRD nicht mehr länger Europas schreckliche Hochburg des sozialen Friedens bleibt. Aber es war ein Fehler, daran unmittelbar die Erwartung „italienischer Zustände" zu knüpfen; denn erstens wiederholt sich die Geschichte nicht, zweitens gibt es die je spezifischen Bedingungen der verschiedenen nationalen kapitalistischen Einheiten und drittens lernt auch der Klassengegner – alle drei Punkte wirken als Einheit. Das heißt: die erschwerenden und hemmenden Bedingungen für die Entfaltung der Stärke der Arbeiter waren absehbar: da gab es die besondere deutsche Hypothek des sozialen Friedens und der Verschleierung der Klassengegensätze, die in den anwachsenden Kämpfen zwar durchbrochen, aber nicht ein für alle mal weggefegt werden konnte: in vielfältiger versteckter Form wirkt sie auch heute befriedend – Rassismus und Terrorismushysterie sind nur zwei Erscheinungsformen davon. Da gab und gibt es zweitens die ungeheuer komplexe Klassenzusammensetzung der BRD, die der Spaltung durch die Kapitalisten Tür und Tor öffnet: es gibt – anders als z. B. in Italien – nicht die relativ homogene Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten, es gibt eine multinationale Arbeiterklasse, die auf der einen Seite gerade aufgrund ihrer schmelztiegelhaften Zusammensetzung eine explosive, noch verborgene Kraft darstellt – die aber heute noch, auch aufgrund ihrer multinationalen Zusammensetzung, relativ leicht spaltbar und gegeneinander ausspielbar ist: Deutsche gegen Ausländer, aber auch Ausländer untereinander; das Entstehen der Arbeitereinheit wird kein geradliniger Prozeß sein, sondern auch ein Prozeß von Rückschlägen und neuem Ansetzen an anderen Punkten. Und dann gibt es schließlich als Wichtigstes seit einem Jahr die **Krise**; unter ihren materiellen und ideologischen Zwangsbedingungen kommen die beiden eben genannten Punkte noch einmal voll zur Geltung. Und es ist nicht so, wie es sich der marxistisch-leninistische Verschwörungstheoretiker in aller Einfalt vorstellt: daß diese Krise die unmittelbare und bewußte Antwort der Bourgeoisie auf die vergangenen Arbeiterkämpfe ist. Natürlich hat diese Krise sehr viel mit dem weltweiten Kampf des Proletariats zu tun – aber sie trifft den deutschen (das heißt wohlgemerkt: multinationalen!) Teil des Proletariats in einer besonderen Situation: unvorbereitet, unsicher, uneinheitlich, eben erst zu Ansätzen von Stärke und Kampfkraft gekommen. Die italienische Arbeiterklasse hat ein mindestens halbes Jahrzehnt von nicht abreißenden Kämpfen hinter sich, das heißt: sie besitzt – relativ – Klarheit, Erfahrung, Perspektive, die Krise trifft sie nicht unvorbereitet: es ist sicher, daß auch die Zwangsbedingungen der Krise die Kontinuität des **offenen** Arbeiterkampfs nicht werden zerstören können. Ganz anders hier: die Kampfbewegung der Arbeiter, die erst im Entstehen ist, der Geschlossenheit und Klarheit noch fehlt, wird durch die Krise erst einmal gestoppt; sie verliert ihren **offensiven** Charakter; ein Prozeß wird gebrochen – ohne daß er aufhört. Von der Stärke der Arbeiter ist heute in der BRD wenig **sichtbar**.

Aufgabe jeglicher revolutionären Avantgarde ist es, die Ansätze, die es heute gibt, sichtbar zu machen. Sowohl die Gewerkschaftslinke als auch multinationale Arbeiter-Avantgarden versuchen, Ansätze einer Politik unter den Krisenbedingungen zu entwickeln. Gerade in dieser Periode, wo die traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse den kapitalistischen Umstrukturierungsprozeß entschieden mittragen, können sich alternative Interpretations- und Organisationsmomente herausbilden. Was für die Arbeiterbewegung gilt, ist auch für Jugend, Mieter- oder Studentenbewegung zu beziehen. Gerade in einer Phase der Angst und Desorientierung gilt es, minimale Ansätze von antikapitalistischem Widerstand organisatorisch zu stärken. ●

RK

# Solidarität in KÖLN

Nachdem am Samstag der Mord am Genossen Holger Meins bekannt geworden war, fand am Sonntagmorgen ein erstes Treffen statt, unsere Handlungsmöglichkeiten abzuklären. Anwesend waren Vertreter der Gruppen RH/Schwarzkreuz, Anarchosyndikat, Schülerbasisgruppen und Arbeiterkampf. Nach einer zwei Stunden dauernden Diskussion einigten sich die Anwesenden auf folgendes Konzept:

In der Diskussion hatte es sich gezeigt, daß sogar in der Linken der Informationsstand über die Situation im Knast und die Ziele des Hungerstreiks ziemlich gering war. Also sollte die Agitation auch zuerst einmal die Linke mobilisieren und dabei drei Dinge zeigen:

1. betonen der Umstände seiner Ermordung, 2. betonen, daß Holger Meins im Kampf gestorben war und 3. die Verbreitung und Diskussion der 14 Forderungen der Gefangenen.

Neben dieser inhaltlichen Stoßrichtung war es bereits Sonntagmorgen schon klar, das Begräbnis von Holger Meins zu einer nationalen Demonstration zu machen. Bei der Einschätzung unserer Mobilisierungsmöglichkeiten kamen wir überein, die Agitation vor allem auf die Schulen und die Universität zu konzentrieren, da hier die quantitativ stärkste Reaktion zu erreichen ist. Mobilisiert sollte zunächst für ein Teach-In am Mittwoch in der Uni werden. Auf dem Teach-In sollte auch für die nationale Demo agitiert werden. Neben dieser Hauptstoßrichtung sollte weniger vor den Betrieben und in den Stadtteilen agitiert werden. Das aus den Gruppen entstandene Komitee machte eine Rede, die alle Gruppen unterstützten außer KPD, KSV etc., die „eine Großveranstaltung in einem proletarischen Stadtteil nach erfolgter Demo" forderte. Einen Tag vor dem Teach-In wollten wir ein Go-In bei einer als progressiv bekannten irischen Folkgruppe machen: das ging aber ziemlich baden, weil wir 50 Spontis überhaupt nicht wußten, wie man sowas macht. Durch unser dummes Rumstehen davor kamen sogar noch die Bullen und einige durften halt in der Pause dann Flugblätter verteilen. Am nächsten Tag auf dem Teach-In mußten wir uns zuerst den Raum erkämpfen, was aber angesichts der ca. 900 Anwesenden recht risikolos war. Denn Köln ist solche Massen auf Teach-Ins seit Jahren nicht mehr gewöhnt. Nach unserer gemeinsamen Rede und einer Darstellung der Lage im Knast, fing dann nicht etwa die Diskussion über den Kampf gegen Isolationsfolter an, sondern stellten sich mindestens 7 Organisationen vor und gaben ihre todlangweiligen Statements ab. Außerdem hatten die K-Gruppen die Perspektive, langfristig an den Betrieben zu agitieren (was sie in Wahrheit nie taten). Wir versuchten darzustellen, daß den Genossen im Knast am besten dadurch geholfen werden könnte, wenn wir den Staat in Legitimierungsschwierigkeiten bringen, da er ja vor der Öffentlichkeit den Schein der Rechtsstaatlichkeit wahren muß. Dazu muß kurzfristig eine Gegenöffentlichkeit hergestellt werden, bis in das Lager der Linksliberalen und Reformisten. Wichtig war dabei ein Redebeitrag des Genossen Cohn, der vorschlug, durch Umfunktionieren von Veranstaltungen, Aktionen mit Prominenten u. ä. unsere Forderungen so darzustellen, daß die bürgerliche Presse sie nicht verschweigen konnte. Nach einiger Zeit wurde die ständige Hackerei so abstoßend und langweilig, daß wir das Teach-In beendeten und zu einer spontanen Demo aufriefen. Die KPD und der KBW mit ihrem jeweiligen Anhang sagten ausdrücklich, daß sie die Demo für falsch hielten und nicht unterstützen würden. Trotzdem gingen ca. 500 mit. Das hat geheißen, daß die K-Gruppen mit ihren Organisierten allein in der Uni geblieben sind, denn von den ursprünglich 900 waren viele schon frustriert nach Hause gegangen.

Auf der Demo zündeten wir Fackeln an und nach 100 Metern waren auch schon die ersten Bullen da und fingen ziemlich nervös an, den Verkehr zu regeln, an Stellen, wo wir überhaupt nicht hinwollten. Nach 500 Metern hatten sie sich schon auf drei Mannschaftswagen, einige Streifenwagen und Kradmelder vermehrt. Vorbei an den Studentenkneipen an der Zülpicherstraße, weiter über den Ring ging es in die Innenstadt. Dabei wurden die üblichen Parolen gegen Isolationsfolter gerufen. Das genaue Ziel war spontiüblich nicht klar, und so trabten wir alle hinter den Aktionisten in der ersten Reihe hinterher, die mit Hakenschlagen und plötzlichem Abbiegen die Bullen immer mehr verwirrten. Der Weg, der dabei eingeschlagen wurde, wurde aber immer undurchsichtiger. Als man dann noch über die um diese Zeit, 0.30 Uhr, tote Hauptgeschäftsstraßen, Schildergasse und Hohestraße marschierte, schlaffte die Aktion immer mehr ab. Vor dem Hauptbahnhof bildeten wir noch einen großen Kreis, riefen noch einige Parolen und gingen in die U-Bahnschächte. Darauf standen die ca. 50 Bullen ziemlich ratlos herum.

Diese Demo war für Kölner Verhältnisse etwas besonderes. Viele Leute, die man schon vergessen hatte und auch neue, die bei dieser Demo dabei waren, kamen auch weiter zu den Veranstaltungen und Treffs des Komitees und machen darin mit. Auch die Angst vor den zu erwartenden Angriffen der Bullen, die Nachrichten über vergleichbare Demos aus anderen Städten war keinesfalls ermutigend (hat sie nicht weich gemacht) man will sogar einige KBWler gesehen haben, die sogar mitgegangen sind.

## Die Veranstaltung mit Rudi Dutschke

Im Komitee war diskutiert worden, daß dies die erste große Gelegenheit war, vor einem liberalen Publikum über Vernichtungshaft und wie man dagegen kämpft zu diskutieren. Über 1 000 Leute, die gesamte Lokalpresse und der WDR war da. Wir hatten eine Resolution von RH/SH und AK und Wandzeitungen vorbereitet. Sofort nach Dutschkes Rede kamen wir zu Wort. Wir versuchten klarzumachen, daß in der augenblicklichen Situation es falsch wäre, eine Diskussion zu führen, was Anarchismus mit Klassenkampf zu tun habe, wie es laut FR der Rudi gesagt haben sollte. Es kommt vielmehr darauf an, einheitlich auf den Liquidierungsversuch eines Teils der Linken zu antworten. Wir versuchten aufzuzeigen, daß nicht bei der RAF der Terror liegt, sondern daß sie Gewalt vorgefunden hat. Und daß es jetzt darauf ankommt, egal ob wir die Politik der RAF gut oder nicht finden, gegen Isolationshaft und Folter zu kämpfen. Und zwar nicht nur in Form von langwierigen Agit-Prop Kampagnen, sondern durch das Durchbrechen des Öffentlichkeitsmonopols der Herrschenden. Das geschieht nicht nur durch Unterschriftensammlung für die Anwälte, sondern durch eine Unterschriftensammlung, die die Unterschreibenden zu wirklichem Eintreten gegen Vernichtungshaft bringt. Z. B. Studenten eines Bereichs gehen zu ihrem Professor und fordern die Diskussion, fordern eine konkrete Stellungnahme, fordern von ihm, in den Knast zu gehen, an einem Folterkongreß teilzunehmen. Am Ende aller unserer Beiträge forderten wir die Versammlung auf, allen Vorbehalten gegen die RAF zum Trotz, über den konkreten Kampf über Isolationsfolter zu reden. Im Hinterkopf schwebte uns eine spontane Demo vor, wie sie ja auch schon nach dem Teach-In einen ganz guten Erfolg gehabt hatte. Dann kam aber alles ganz anders. Denn der Rudi hatte ja auch noch was über Kommunismus-Sozialismus geredet. Und darauf war es wohl den KHG/KBW/KSV/KPD u. ä.-Leuten angekommen, die dann fleißig versuchten, linke Bildungsbürger zur proletarischen Revolution zu bekehren. Und daß da kaum ein Unterschied zwischen CDU/SPD/DGB etc. wäre. Stimmt eigentlich aber leider nützte es niemanden. Außer der Reaktion, denn das Herunterspielen der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und der Gewerkschaft, das Unter-den-Tisch-fallen-lassen des Reformismus, deren linke Vertreter ja gerade im Saal saßen, das maßlos elitäre Auftreten der K-Genossen, das alles hat verhindert, daß die 1 000 „fortschrittlichen Menschen" einen Schritt näher dem Kampf gegen Folter gekommen sind. Wenn es uns aber gelingt, liberale linke Reformisten zu zwingen, Farbe zu bekennen gegen Isolationshaft, werden sie sich mehr an das Lager der revolutionären Linken annähern, als als alle K-Gruppen je mit ihrer objektiven Wahrheitsverbraterei erreichen. Entsprechend dem sektenhaften Verhalten der K-Gruppen war auch die Mehrheit der stillen Zuhörer: Der KHG-Chef wurde voll ausgepfiffen und am Ende sagte ein Mädchen unter starkem Beifall, daß der Verlauf der Veranstaltung und der Diskussionsstil unserer Leninfreunde der Grund sei, sich keiner Organisation anzuschließen. Auf der Veranstaltung gaben wir noch den Termin des Begräbnisses von Holger Meins bekannt, worauf der KBW zu einer eigenen Demo in Köln aufrief.



...wer'n SIE knasten!

## Die Demonstration

Ähnlich war das Verhalten der K-Gruppen in Hamburg: Als der Termin der Demo bekannt war, wurden die Leute informiert und grob abgeschätzt, wer mitfährt. Da aus Hamburg Ort und Zeit der Demo bekannt waren, aber nicht mehr, haben wir uns selbst um nichts weiteres gekümmert (Zeitdruck und Organisationsschwierigkeiten). Auf Veranstaltungen wurden die Informationen weitergegeben (Dutschke, RH-Fest). Es wurde ein Bus bestellt. Am nächsten Morgen standen ca. 100 Kölner (70 Spontis) ziemlich erstaunt am Friedhof. Lautsprecherwagen standen rum, riesige Parteifahnen wurden geschwenkt. Bullen waren kaum zu sehen, aber Presse, Fernsehen und K14 waren eifrig am Filmen.

In relativ geschlossenen Blocks ging man dann auf den Friedhof und scharten sich ums Grab. Ein Pfarrer hielt eine Rede, wofür aber kein Mega bereitgestellt wurde, so daß der Satz „denn sie wissen nicht, was sie tun" ausgebuht wurde, obwohl er anders gemünzt war, als aus dem Zusammenhang gerissen, verstanden wurde. Dann brüllten einige „Rache für Holger Meins" und „Solidarität mit Holger Meins; Solidarität mit der RAF", worauf sich manche sehr komisch ansahen, denn das ganze kam aus dem AO-Block. Als uns das stank, gingen wir zum Ausgang und standen hilflos herum, weil weder keiner wußte, wie's weitergeht. Als die AO auch noch jede Menge Solidaritätsbriefe aus Grönland u. ä. verlas, setzten sich die Spontis an die Spitze des aufgestellten Demonstrationszuges und gingen los. Dann sahen wir aber, daß die Spitze bereits der ML-Block an der nächsten Kreuzung bildete. Zuerst wollten uns die AOler aufhalten und die MLer auch, als wir bei ihnen ankamen. Sie gingen aber doch los, als sie merkten, daß wir sie überholen wollten. Trotzdem verschleppten sie das Tempo, damit die AO nachkommen konnte. Die tauchten auch nach beendeter Selbstbeweihräucherung in einer anderen Straße auf, und wollten sich dann zwischen ML und uns setzen. Das haben wir aber verhindert, indem wir die ML im Laufschritt überholten und uns so an die Spitze setzten. Der Spontiblock ging dann weiter (ca. 1 500 Mann), bis wir merkten, daß die anderen 2 Vereine stehenblieben, um sich von uns abzusetzen. Um das zu verhindern, blieben wir auch stehen. Das ganze wiederholte sich einige Male, mit dem Ergebnis, daß zwischen uns und den Parteien etwa 500 m Abstand blieben. Die Bullen plazierten sich vor, hinter und zwischen den Zug. Die Agitation war so bescheuert, wie der Zug aussah. Außer unseren Parolen und ML-Flugblättern gab es nichts.

Inzwischen hatte das Komitee sich von einem Delegiertenrat der einzelnen Gruppen zu einer eigenen Kraft entwickelt.

Es mobilisierte für die nationale Demo in Hamburg. Als der KBW zu seiner eigenen Demo aufrief, erklärte sich das Komitee bereit, mit den Leuten, die nicht nach Hamburg fahren konnten, an der Kölner Demo teilzunehmen, wenn die Demo offiziell als Demo des Komitees liefe (was bedeutet keine Parteifahnen, nur abgesprochene Parolen, keine KBW-Flugblätter, sondern Flugblätter des Komitees, Name des Komitees auf den Kundgebungen).

Um auch die bürgerliche Öffentlichkeit auf die Demo aufmerksam zu machen, wollten wir einen Sarg mit Plakaten und der Aufschrift „weg mit der Isolationsfolter" und ein Go-In organisieren, worüber die Presse während der Demo benachrichtigt werden sollte. Wegen Zeitmangel (wir hatten 1/2 Tag Zeit) bildeten wir einen Ausschuß, der die Organisation in die Hand nehmen sollte. Diese Gruppe beschloß, den Sarg auf einer Kundgebung vor einer Kirche zu verbrennen und während der Kundgebung ein Go-In in der Kirche zu machen und Pfarrer dazu zu bringen, eine Resolution der „Christen für den Sozialismus" gegen Isolationshaft zu unterzeichnen. Bis zu Beginn der Demo war auch alles organisiert.

Auf der Demo sah aber alles anders aus. Entgegen unseren Abmachungen verteilte der KBW eigene Flugblätter, obwohl Komiteeflugblätter vorhanden waren. Der Leiter des Ortsgruppe Köln des KBW sagte uns, daß der Demonstrationsweg nicht in der Nähe der Kirche vorbeiging, unsere geplante Aktion also undurchführbar sei. Schließlich waren wir etwa 200 Mann, von denen die meisten besser nach Hamburg gefahren wären. Es waren fast nur Mitglieder des KBW, ein paar KPDler und 50 Spontis. Auf der Demo wurden Parolen wie Freiheit für alle politischen Gefangenen gebrüllt, was eine Zumutung für unsere Genossen von der RH war, die in jahrelanger Knastarbeit erfahren hatten, wie falsch es ist, die „politischen" von den anderen Häftlingen abzusondern. Als unsere Genossen andere Parolen brüllten, kam jemand mit einem Megaphon und übertönte uns. Auf den Sarg zu warten, hielt der KBW nicht für notwendig. Er kam mit einigen Minuten Verspätung an. Mit einigen Leuten, die noch auf dem Sammelplatz waren, wurde ein Platz ausgemacht, wo der Demonstrationszug auf ihn warten sollte. Es wurde nicht gewartet. Daß die dafür verantwortlichen auch im KBW waren, braucht kaum noch gesagt zu werden. Schließlich stellte sich noch heraus, daß der Demonstrationszug doch dicht an der Kirche vorbeizog; man hatte uns also angelogen. Am nächsten Tag hatte der KBW erreicht, was er wollte: In der Zeitung erschien auf den hinteren Seiten eine kleine Notiz, daß 200 Mitglieder des KBW eine Demonstration gemacht hätten.







Ich muß hier RAUS!

Am Zielpunkt der Demo verteilten wir uns auf dem Platz und warteten, was nun kommen würde. Es kam die absolute Zurschaustellung der K-Gruppen, die in der Parole „Vorwärts mit der KPD/ML" gipfelte. Die Kundgebung hatte nur den Zweck, den eigenen Parteinamen herauszustreichen. Ein paar Hamburger und Frankfurter Genossen zogen dann noch zum Hamburger U-Gefängnis. Aus Zeitgründen und da uns die Aktion nicht klar war, hatten wir uns gegen eine Teilnahme entschieden und machten uns ziemlich belämmert auf den Heimweg.

Wo die Arbeiterführer des KBW waren, dürfte der aufmerksame Leser wissen: Sie hatten in Hamburg wie in allen anderen Städten (siehe Bericht Köln) aus Solidaritätsgründen zu einer eigenen Demo um 17.00 Uhr aufgerufen. Hoffentlich haben nicht nur wir gelernt, was von den K-Gruppen und deren massenfeindliche Politik zu halten ist.

In Köln plant das Komitee gegen die Isolationsfolter ein Tribunal über Isolationshaft, auf dem wir Aussagen vom Justizministerium mit beweisbaren Fakten aus den Knästen konfrontieren wollen. Auf dem Tribunal werden viele bekannte Persönlichkeiten kommen, so daß es von der Presse nicht verschwiegen werden kann.

Neben der Tatsache, daß seit Langem endlich sich die Kölner Spontis zu einer kontinuierlichen und halbwegs erfolgreichen Arbeit, die noch über die Kampagnen zur Isolationsfolter hinaus Auswirkungen haben wird, zusammengefunden haben, sind die Ereignisse in Köln wichtig, weil sie ein Beispiel für die falsche Politik des KBW ist. Schon am Sonntag abend, als sich das Komitee gerade gebildet hatte, ließ der KBW durchblicken, er messe dem Tod des Genossen Holger Meins keine allzu große Bedeutung zu, wie es die anderen Gruppen täten, und glaube nicht, daß aus diesem Anlaß eine breite Bewegung unter der Linken stattfinde. Selbstverständlich werde er aber in seinen Betriebszeitungen auf dieses Thema eingehen und an der Uni Flugblätter verteilen.

Was dann geschah, warf diese Einschätzung allerdings über den Haufen: In der BRD demonstrierten 30 000 Menschen gegen Isolationsfolter und für Solidarität mit den Gefangenen. In Köln gab es seit langem das erste Mal ein großes Teach-In an der Uni. Es war also genau das Gegenteil der Voraussagen des KBW eingetroffen.

Damit war klar, daß sich der KBW an den Aktionen beteiligen mußte, um seinem Avantgarde-Anspruch gerecht zu werden. Allerdings konnte er nicht in den bestehenden Komitees mitarbeiten, weil er dann nicht seine Parolen und Einschätzungen durchsetzen hätte können und weil er sich durch bloße Mitarbeit nicht als Gruppe hätte profilieren können. Im Gegenteil, er mußte die Arbeit der Komitees sogar unterlaufen.

(Fortsetzung, nächste Seite)

**Ach, übrigens:**

Die Januarnummer der WWA soll schwerpunktmäßig über die Problematik der JUGENDARBEITSLOSIGKEIT und KRISE gehen.

Wenn Ihr zu diesem Problem Material habt (z.B. Erfahrungsberichte, Analysen oder so), dann schickt sie uns doch!

Möglichst natürlich noch in diesem Jahr ... an:
WWA c/o SC
6 FRANKFURT/M.
Postfach 4202

(Fortsetzung

So versprach er, uns Megaphone zur Verfügung zu stellen, damit wir an der Uni für das Teach-In mobilisieren können, gab sie uns aber nicht. Er wollte am Dienstag Komiteeflugblätter an der Uni verteilen, war aber plötzlich personell nicht in der Lage (die KHG hat über 50 Mann!). Auf nationaler Ebene beschloß er, von seinen Ortsgruppen unabhängig von den bestehenden und arbeitenden Komitees Demonstrationen unter dem Motto „Der Hungerstreik ist gerecht" durchzuführen. Den Mitgliedern der KBW-Organisationen wurde untersagt, an den Komitees mitzuarbeiten, es sei denn als offizielle Vertreter der KBW-Gruppen. In Köln wurde ein Genosse u. a. deshalb aus dem KBW/AJB ausgeschlossen, weil er sich nicht an diesen Beschluß hielt.

Die Kölner Gruppe beschloß am Freitag, als der Termin der natioanlen Demo schon bekannt war, eine Demo in Köln durchzuführen. Als wir auf der Dutschke-Veranstaltung den Termin der nationalen Demo bekanntgaben, forderte ein Vertreter des KBW auf zu der Demo in Köln zu gehen. Die Demo war von vornherein als KBW-Demo geplant. Bei der Gim als einzige Gruppe wurde angefragt, ob sie an den Demonstrationen teilnehmen wolle, nicht etwa, ob sie bereit sei, zusammen mit dem KBW als Veranstalter aufzutreten. Auf der Komiteesitzung behauptete der KBW-Vertreter in Abwesenheit der Gim, diese habe der Demonstration zugestimmt, was sich später als schlichte Lüge erwies. Die Gim hatte erklärt, Ziel der Mobilisierung sei für sie die nationale Demo. An der Kölner Demo beteilige sie sich nur mit den Genossen, die nicht nach Hamburg könnten. Als das Komitee als Veranstalter ebenfalls mit einigen Genossen teilnehmen wollte, erreichte es der KBW durch mehrfaches Durchbrechen von Abmachungen und Lügen, daß einige Spontis an der Demo teilnahmen und sie trotzdem wie eine KBW-Demo wirkte. Der KBW schreckt also zur Durchsetzung seines Führungsanspruches nicht vor spalterischen Aktionen und Lug und Trug zurück.

Einige Genossen des AK

# SOLIDARITÄT aus Nord-Irland...

Soeben erfahren wir von der Ermordung eines Hungerstreikenden in einem westdeutschen Gefängnis. – Nicht, daß uns in Irland solche Schandtaten des Imperialismus unbekannt wären, aber für die neueste deutsche Geschichte sind sie bemerkenswert, weil sie offen an die Tradition des Faschismus anknüpfen. Das Ereignis beweist zunächst, daß die internationale Befreiungsbewegung eine Kraft geworden ist, die nicht länger geleugnet werden kann, weswegen die Imperialisten aller Länder aus darangehen, gegenseitig ihre Maßnahmen der Repression einander anzugleichen.

Zum anderen aber auch täuscht nichts darüber hinweg, daß in solchen Geschehnissen sich auch unsere momentane Niederlage abzeichnet.

Als wir in diesem Jahr solidarisch für unsere Hungerstreikenden Marion und Dolours Price und auch für Michael Gaughan kämpften, der dann doch ermordet wurde, haben wir uns geschworen, aus solchen Niederlagen unseren Sieg zu machen, indem wir geduldig, unermüdlich und diszipliniert den offensiven Kampf gegen den britischen Imperialismus vorangetrieben haben. Vor wenigen Wochen hatten wir einen solchen großartigen Sieg: die Konzentrationslager und Gefängnisse von LONG KESH standen in Falmmen und drückten weithin sichtbar aus, daß Unterdrückung uns niemals wird bezwingen können.

Wenn wir **zusammen** kämpfen, dann ist ausgemacht, daß eines Tages **alle KZs** auf der Welt, alle Folter und Barbarei zu Asche verbrennen werden.

**Freiheit und Stärke!**

Die Soldaten der Irisch-Republikanischen Armee Belfast Brigade




Die Durchsuchungen von mindestens 26 Objekten (Wohnungen und Häuser) wurden mit folgenden polizeistaatlichen Methoden durchgeführt: mindestens 40 vorübergehend festgenommen.

Die Einsatzkommandos bestanden zu einem Teil aus Zivilpolizisten und zum anderen aus uniformierten Polizisten aus ganz Hessen. Die Einsätze wurden geleitet von Beamten des Landeskriminalamtes oder des Bundeskriminalamtes. Die Ausrüstung sowohl der zivilen als auch uniformierten Polizei entsprach einer militärischen Aktion. Mit Pickel, Brecheisen, Tränengas, gezogenen Maschinenpistolen, schußsicheren Westen, Handschellen, drangen sie in die Wohnungen ein. Die Türen wurden zum Teil aufgebrochen und die Bewohner aus ihren Betten gerissen. In einer Wohnung in der Falkstraße traf die Polizei niemanden an, da sich das Ehepaar schon bei der Arbeit befand. Die Polizei schlug die Tür ein, drang in die Wohnung ein und richtete dort eine ziemliche Verwüstung an. Nachbarn, die durch den Lärm aufmerksam geworden waren und sahen, wie die Polizei Gegenstände beschlagnahmten (u. a. Ausweise), verlangten eine Liste der beschlagnahmten Gegenstände. Ihnen wurde dies verweigert. Die Bewohner der Wohnung erfuhren lediglich durch einen Anruf der Polizei davon, daß sie den Paß demnächst wieder haben können.




In einer Wohnung in der Körnerwiese öffnete auf Klopfen hin ein Mädchen die Tür, es war 6 Uhr morgens. Fünf Zivilpolizisten drangen in oben angeführter Ausrüstung ein. Da das Mädchen an einen Überfall glaubte, begann sie sofort zu schreien, um die anderen Hausbewohner aufmerksam zu machen. Sie bekam sofort einen Schuß aus der Tränengaspistole in die Augen, und da sie weiterschrie, wurde sie mit Handschellen an den Kühlschrank gefesselt. Ihr wurde gedroht, daß wenn sie ein paar Minuten länger geschrien hätte, man scharf geschossen hätte.

In einer Wohnung in der Heidestraße schliefen in einem Zimmer zwei vierjährige Kinder. Dem Vater wurde verweigert, zu den Kindern zu gehen. Stattdessen fragten Beamte in Zivil und Uniform die Kinder aus. Sie fragte . die Kinder, wie alt sie seien, was der Vater so machen würde, wen sie sonst im Haus noch kennen würden und was die so machen würden. Als bei einer Durchsuchung in der Bergerstraße das Telefon klingelte, ging ein Polizist dran und sagte, ja, hier ist Wolfgang, wer bist du, gibt mir mal deine Nummer, ich ruf zurück. Durch solche Methoden sollen soviel wie möglich Leute erfaßt werden.

In einer Wohnung in der Uhlandstraße wurde eine hochschwangeren Frau die Pistole vor den Bauch gehalten.

Nach unseren Untersuchungen wurden die Einsätze so durchgeführt, daß nicht nur die Bewohner der Häuser etwas davon erfuhren, sondern die ganze Straße diesen Einsatz mitkriegte. Die Straßen wurden teilweise mit Polizeifahrzeugen abgesperrt, parkende Autos kontrolliert usw. Diese Maßnahmen erregten natürlich die besondere Neugierde der Bewohner, die aus den Fenstern guckten. Eine Diskriminierung und Isolierung der Betroffenen wird mit Sicherheit eine Folge davon sein. In einzelnen Fällen sind Kündigungen der Wohnungen zu erwarten. In der Heidestraße, (übrigens kein KPD-Büro wie die Rundschau schreibt) erhielten die Bewohner schon die Aufforderung, das Haus bis zum 30.11. zu räumen. Die Informationen in der Presse, daß die Durchsuchungen hauptsächlich besetzte Häuser betrifft, ist falsch. Tatsache ist, daß der größere Teil ganz normale Wohnhäuser sind. Verschiedenen Betroffenen wurde nicht erlaubt, ihre Arbeitsstellen anzurufen, bei anderen wieder rief die Polizei selber an oder ging sogar mit hin. Die Folge davon sind Untersuchungen des Arbeitgebers über die Vorgänge.

Diese bundesweite Razzia nach den sogenannten Anarchisten wird jetzt von der Bundesregierung als voller Erfolg dargestellt. Die gesamte Presse in der BRD lobt die Aktion mit Hinweisen [illegible]ahlen über die beschlagnahmten Gegenstände: „600 kg Sprengstoff, Lastwagenladungen voll Schrifttum, literweise Chloroform zur Betäubung, Dum-Dum-Geschosse".

Nach unseren Untersuchungen und in den Fällen, in denen die Polizei Beschlagnahmelisten ausgestellt hat, sieht das allerdings ganz anders aus: In Frankfurt a. M. wurde eine Gaspistole sichergestellt, bei der die Besitzerin allerdings die Herkunft nachweisen konnte, für ein sichergestelltes Luftgewehr war eine Genehmigung vorhanden. Sprengstoff und Waffen wurden in keinem Fall sichergestellt. Die „Lastwagenladungen voll Schrifttum" haben folgenden Inhalt: Unterrichtseinheiten von Lehrern, Dienstpläne von Arbeitsstellen, Notizbücher, Telefonverzeichnisse, Tagebücher, Ausweise (allerdings diejenigen der Betroffenen), Fotos von Freunden, Flugblätter, Plakate und Broschüren, die zur Zeit noch in der BRD offiziell in Buchhandlungen und an Straßenecken zu erhalten sind. Unterlagen über die Arbeit von Leuten, die offiziell als Sozialhelfer in Gefängnissen tätig waren. Chloroform wurde bei einem Arzt sichergestellt usw. usw. . . . Alles Sachen also, die auf keinen Fall Beweise sind, daß die Betroffenen in irgendeiner Art und Weise Anarchisten sind, oder diese unterstützen.

Die bundesweite Razzia hatte auch in erster Linie einen anderen Grund: Die Einschüchterung der Solidarität der Linken mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen. Die Isolierung dieser Gefangenen soll noch verstärkt werden. Es soll sich künftig jeder überlegen, ob er zum Beispiel ein Päckchen oder Brief in die Gefängnisse schickt, weil ihm dann ja vorgeworfen werden kann, Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein oder diese zu unterstützen.

Das zweite Ziel ist die Solidarisierung der Bürger mit dem Staat. Wenn die Presse schreibt, daß mit dieser Aktion dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger gedient wird, so ist zu sagen, daß die Unsicherheit von der Unsicherheit der Arbeitsplätze, der Geldentwertung usw. geprägt ist und nicht von der Angst vor einer anarchistischen Bewegung. ●




## ... aus Spanien...

Die baskische revolutionäre sozialistische Organisation zur nationalen Befreiung Euskadi ta Askatasuna (ETA) solidarisiert sich mit dem Kampf, den die politischen Gefangenen in Deutschland seit dem 13. September gegen die Sonderbehandlung und Vernichtungshaft führen und wirft den Verantwortlichen vor, daß sie die politischen Gefangenen eher vor Auszehrung sterben lassen, als ihnen in den Gefängnissen die minimalen Bedingungen für jede menschliche Existenz zu gewähren.

Es ist noch nicht lange her, daß 150 baskische politische Gefangene einen Hungerstreik beendet haben für die Verbesserung der Verhältnisse in den Kerkern des Francoregimes. Wer hätte zu sagen gewagt, daß man in einem Land, das sich demokratisch nennt und durch die Erfahrung des Faschismus hindurchgegangen ist, jemanden sterben läßt für ein menschlicheres Dasein im Kerker?

Der Tod des Kämpfers der RAF, Holger Meins, ist ein Beweis mehr dafür, daß die Oligarchie in schwierigen Situationen nicht davor zurückschreckt, faschistische Methoden anzuwenden.

Es ist daher klar, daß wir, die Unterdrückten, alle in eindeutiger Solidarität den Kampf führen müssen, so wie er dem jeweiligen Volk entspricht, um gemeinsam ein Ende zu machen mit dem imperialistischen Kapitalismus, um eine Gesellschaft ohne Klassen zu schaffen.

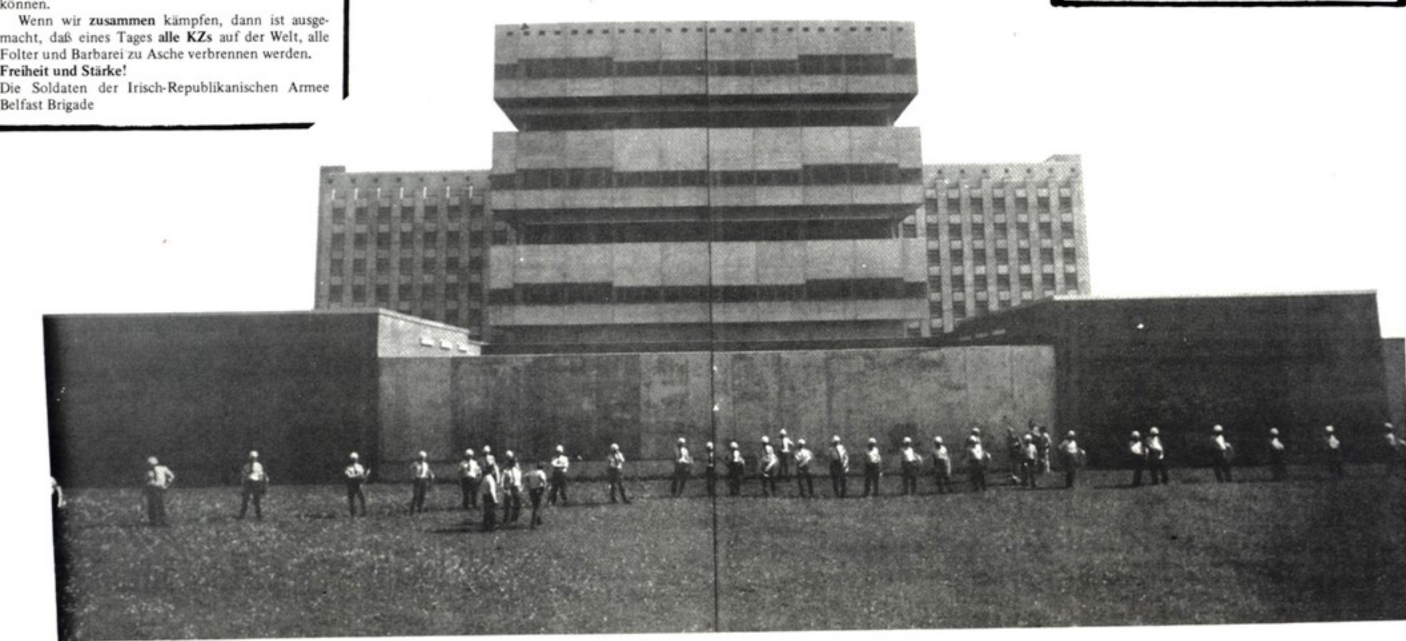
Es leben die kämpferische Solidarität der Völker im Kampf für ihre Unabhängigkeit und den Sozialismus!

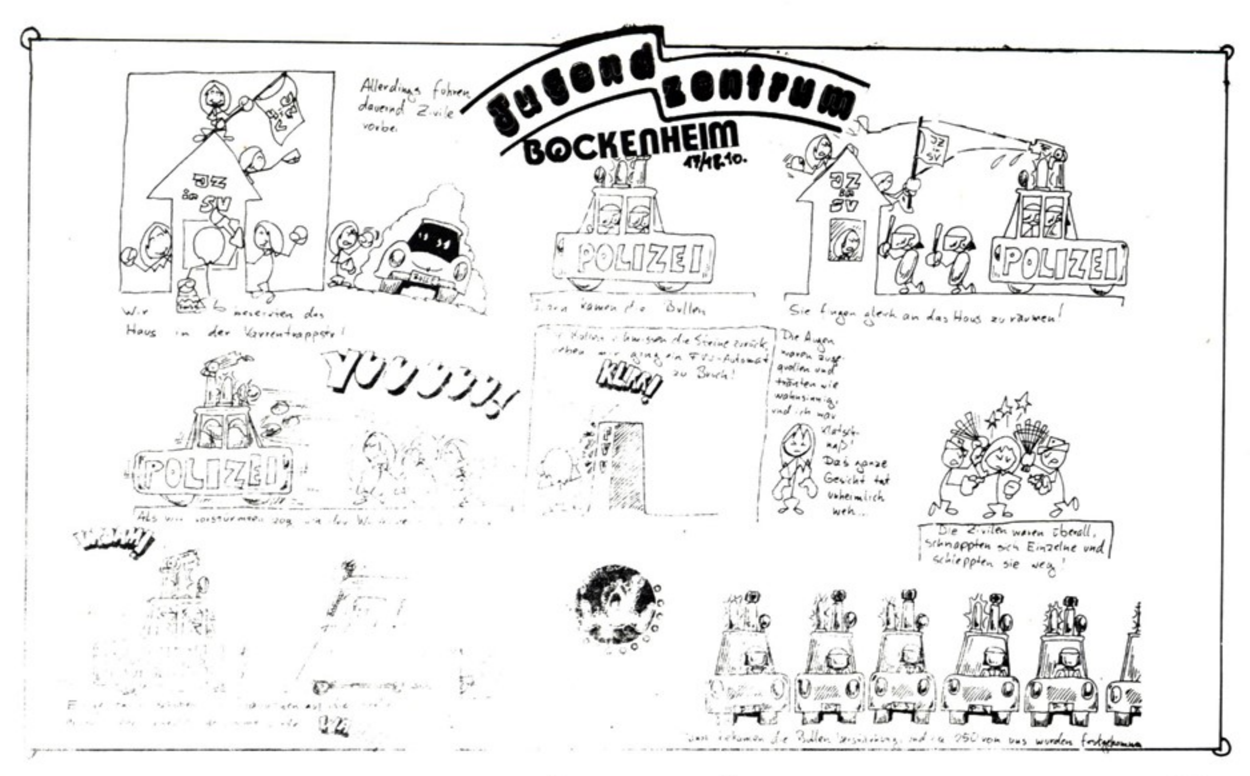
Euskadi ta Askatasuna

## ... aus Afrika

Als Mitglied des PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaos und der Kap Verdischen Inseln) drücke ich meine Empörung über die Ermordung des Genossen Holger Meins aus und versichere meine Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen.

Für die PAIGC






# Ist die Jugendzentrumsbewegung kaputt ??

*– Diskussionsthesen –*

**Genossen**, glaubt nicht, daß es sich bei diesem Artikel um 'was Abgeschlossenes handelt. Bewußt habe ich einige Gedanken hingeschrieben, die euch provozieren sollen, die Schnauze aufzumachen, Kommunikation unter uns zu schaffen, die Jugendzentrumsbewegung positiv einzuschätzen und vor allem die WWA auch zu **gebrauchen**, nicht als Zeitung, in der fertige politische Einschätzungen abgedruckt werden sollen, sondern als Zeitung, deren Funktion immer noch darin besteht, den Diskussions**prozeß** innerhalb der Sponti-Linken aufzunehmen.

Wie bekannt, erschienen in vielen WWA's immer diese jauchzigen Berichte über Hausbesetzungen und gelungene Aktionen. Das war alles ganz schön und gut, sozusagen motivierend für andere Initiativgruppen in der BRD, entweder das gleiche zu machen oder wenigstens mit der begonnenen Arbeit nicht aufzustecken.

Was überhaupt nicht geschrieben worden ist: die Schwierigkeiten der Bewegung, d. h. Bullenräumung, Kaputtgehen vieler Initiativgruppen. Aber doch bekommen wir durch irgendwelche Informationskanäle Kenntnis davon, daß 'mal wieder dies und jenes im Arsch gegangen ist. In der WWA hat man davon wenig lesen können. Die einzelnen lokalen Initiativgruppen machen sich **isoliert** Gedanken über politische Perspektiven der Jugendzentrumsbewegung und stehen z. T. hilflos dem Wust von Interpretationsmöglichkeiten gegenüber.

**Die Avantgarden**

Dieser Artikel wendet sich an die Genossen ‚Avantgarden', die Typen, die die Jugendzentrumsbewegung als Mittel zur Agitation und Weiterführung des latenten Widerstandswillens von Jugendlichen gegen die Institutionen begreifen. Wir haben erkannt, daß man an dieser Bewegung nicht vorbeilaufen kann, daß die Bedürfnisse nach Autonomie durch praktische Kämpfe eine politische Dimension angenommen haben, die voranzutreiben sind. Wir beziehen uns auf solche Aktionsformen, die sich gegen die konkrete Repression richten, auf der Ebene außerhalb des Betriebs, der Schule usw.

**Aktionsbeispiel**

Stadt ohne Jugendhaus – Initiativen und Erfolge in Berlin und anderswo – Konstituierung einer Initiative – Flugblätter – Presse – Ton-Steine-Scherben – Agitation überall – Vergrößerung der Initiativgruppe – Spontis – SDAJ – DKP – JUSO – Spaltung – Ultimatum an die Stadt – permanente Agitation abgewartet – Sprengung der Stadtverordnetenversammlung – Öffenlichkeitsarbeit – keine Reaktion der Stadt – Suche nach geeignetem Haus – Agitationsfest, Informationstände – Demonstration – immer noch keine Reaktion der Stadt – Demonstration mit anschließender Hausbesetzung – militante Auseinandersetzung mit Bullen durch Unzahl von vorher unbekannten Jugendlichen – Verhandlungen mit der Stadt massenhaft – die Stadt entlarvt sich für jederman sichtbar als unfähig – Hausversammlungen, gemeinsame kollektive Erfahrungen, Diskussionen, Arbeit im Haus – Haus soll geräumt werden, gemeinsame Verbarrikadierung – Haus wird schließlich auch geräumt – unsere Hilflosigkeit – und dann ist die Bewegung im Arsch. Scheiße!

**Konsum – Konsum**

Während dieser ganzen Aktivitäten haben wir tagtäglich versucht, von der Ebene des Konsums wegzukommen, was sich ansatzweise darstellt in: Aufbau einer Lehrlingsgruppe, Knastgruppe, Schülergruppe usw. Das alles klappte nicht oder steckt noch in großen Schwierigkeiten. Wir sind nicht in der Lage, einfach so eine Perspektive anzugeben von Lehrlingsarbeit (als Beispiel) ausgehend von einem besetzten Haus oder anders ergatterten Haus. Unser politische Einschätzung geht davon aus, diese radikalisierte Bewegung auch auf den Betrieb zu beziehen. Aber wir unternehmen keinerlei Aktivitäten, im Betrieb was zu machen. Wir sitzen dem Automatismus auf: Diese Bewegung löst sich von der Einseitigkeit des Widerstandes im Überbau in dem Maße ab, wie sie Arbeit und Freizeit als Einheit begreift, wie sie konkrete Machtfragen im Betrieb zu stellen vermag.

Natürlich sind wir absorbiert durch organisatorische Schwierigkeiten, die das Leben im Jugendhaus mit sich bringt, durch die Angst, geräumt zu werden, durch den Gedanken, wenn auch z. T. deformierten Bedürfnisse der Jugendlichen – und das ist Moped, Kiffen, Putz gegen Autoritäten, Bumsen, laute Musik, Reparieren usw. – akzeptieren zu müssen. Also abwarten, bis so ein Haus funktionstüchtig wird!

Wie wir jetzt wissen, läuft der Prozeß von selbstverwaltetem Jugendhaus zu Betrieb nicht automatisch und von selbst ab. Erkämpfte Jugendhäuser laufen Gefahr, institutionalisiert zu werden; Verein wird gegründet und ähnliches. Was bei 'rauskommt, liegt auf der Hand: praktisch erkämpfte Autonomie geht verloren, Kommerzialisierung setzt sich durch, d. h. tendenzielle Angleichung mit üblichen Jugendhäusern, Konsumschuppen.

**Gegen die Institutionen**

Es erscheint in der momentanen Situation sehr wichtig, zu offensiven Einschätzungen zu kommen. Mit Analyse der Scheiße allein kannst du nichts anfangen, wenn du dich den Konsequenzen entziehst, und das geht tagtäglich über die Bühne: Die Genossen hauen einfach ab, wenn das Haus nicht zu halten ist, wenn es reformistisch gefressen wird, wenn die Jugendlichen sich untereinander kloppen, wenn gekifft wird, wenn total konsumiert wird und vor allem: wenn sich **keine revolutionären Perspektiven** erkennen lassen.

Wir haben die Jugendzentrumsbewegung begriffen als Möglichkeit der Agitation und Druckausübung gegen die Institutionen. Wir verhalten uns zur Notwendigkeit der Organisierung und Kontinuität nicht; es geht uns um das Kampfziel ausschließlich. Diese Einseitigkeit gilt es zu klären. Diese Diskrepanz zwischen Ziel und Organisierung zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Sponti-Politik.

Davon ausgehend, daß wir als Spontis immer ein politisches Interesse hatten und haben, Putz zu machen, spüren wir bei dieser Jugendzentrumsbewegung die ungeheure politische Explosivität und vor allem diese Leichtigkeit, mit denen sich Jugendliche aller Klassenschichten in illegale Aktionen miteinbeziehen. Wo hatte es so 'was schon 'mal in den letzten Jahren für uns erfahrbar in der BRD gegeben, sieht man von der Studentenbewegung ab? Widerstand ist zwar nötig, aber, wo er dann **möglich** und von einer ganzen Bewegung massenhaft getragen wird, da fängt es an spannend zu werden, da kommen die Schweine ins Schleudern und können sich viel schlechter durch Repression dagegen wehren.

**Widerstand dort, wo er sich „lohnt"**

Und das alles läuft zu einer Zeit, in der militante Streikbewegungen stattfanden ... Viele Jugendliche kommen aus dem Betriebsbereich und machen dort nichts, irgendwie komisch? Während unserer Arbeit in Jugendzentren erfahren wir immer und immer wieder die Aufgesetztheit, Probleme aus dem Betrieb im Haus organisierter und kollektiv zu diskutieren, um Handlungen **im** Betrieb zu kommen. Die Typen verspüren keinen Bock; sie sind mit dem Haus ihrer nie gekannten Kommunikation und Kollektivität, ihrem Machtgefühl gegenüber der Institution beschäftigt.

Schaut man sich das alles näher an, dann wird's nicht mehr so komisch, dann geht's hier darum, daß die Typen keine festmachbaren und lohnenswerten oder erfolgsversprechenden politischen Widerstandsperspektiven im Betrieb sehen. Hier steht das Jugendzentrum als Mittel der Rache und Wut gegen all die andere Scheiße, gegen die man sich wehren will, aber nicht kann.

Solange der Widerstand im Betrieb nicht eine Dimension angenommen hat, der für die einzelnen Jugendlichen zur Identifikation führen kann, solange wird das politische Leben im Jugendzentrum mit dieser Trennung von Freizeit und Arbeit nicht klar kommen. Und die Unterentwickeltheit der Klassenauseinandersetzungen ist doch nun wirklich nicht unsere Schuld.

**Was nun?**

Es dreht sich alles um Alternativen. Was machen wir jetzt? Wir wissen, daß Jugendliche immer mehr politischen Widerstand leisten – siehe Häuserkampf, siehe Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen. Mit dem krampfhaften Versuch, diese Freizeitisolation auf ein politisches Niveau zu heben, kommen wir auch nicht weiter; das verstärkt nur unseren Frust. Bestehende Arbeit in existierenden Jugendzentren aufgeben, ist auch verkehrt. So lange warten, bis 'was läuft und automatisch eine Jugendzentrumsbewegung neuer Qualität am Horizont aufzieht, kann doch wohl nicht ernst gemeint sein.

**Perspektiven**

Die eingesetzte Diskussion über die Reorganisierung, über die Frage der Militanz in der Spontibewegung wird notwendig auch in diese Diskussion mit eingehen müssen. Heute können wir nicht mehr irgendwelche verkürzten Strategien aus dem Ärmel schütteln als eine lokale Gruppe. Wir haben viel zu viel Erfahrungen gemacht mit unserer Politik, Massenbedürfnisse zwar aufzugreifen, jedoch ihnen einen stabilen organisatorischen Rahmen zu geben, haben wir nicht erreicht. Daß die Jugendzentrumsbewegung diese ungeheure Dynamik in sich birgt, durch Militanz erfolgreich zu sein, hat nicht nur dazu geführt, daß wir uns als Sponti-Linke miteinbezogen haben, sondern auch dazu, daß hier Jugendliche aller Klassenschichten eine Perspektive sehen. **Insofern relativiert** sich die Kritik an der Freizeiteinseitigkeit der Jugendzentrumsbewegung, weil trotz alledem die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit nicht zu erreichen ist, in dem man so ungebrochen andere politische Bereiche der kapitalistischen Lebensorganisation einbeziehen kann. (Betriebsgruppe installieren z. B.)

Die Jugendzentrumsbewegung steht für eine erfolgreiche linksradikale Intervention: Der Reformismus hatte keine standfeste ideologische Basis, die Bewegung wuchs ihm förmlich über den Kopf. Die Forderungen nach Selbstverwaltung, nach Autonomie drückte sich in nie gekanntem Maße aus.

Die politisch-praktische Durchsetzung der Forderungen wurde teilweise mit größter Militanz angegangen. Diese o. g. wesentlichen politischen Dimensionen führten freilich noch nicht dazu, den Kampf siegreich zu Ende zu führen. Heute haben wir es mit der ökonomischen Krise zu tun, die ganz wesentlichen Einfluß auf die Arbeiterjugendlichen in den Jugendzentren hat – Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit. Gedanken machen!

Wenn einige Genossen davon sprechen, die Jugendzentrumsbewegung ginge kaputt, wenn sie nicht ihre Isolation aufhebt, dann kann das nur die Konsequenz haben, erfolgreiche Kampfperspektiven auf allen gesellschaftlichen Ebenen aufzureißen. In Ansätzen haben wir das schon angegeben: Der kollektive Widerstand gegen die Institutionen – wesentlicher Bestandteil der Jugendzentrumsbewegung – vermittelte vielen die Möglichkeit der Durchsetzung radikaler Bedürfnisse. Jetzt geht es darum, diese Perspektiven auf andere Bereiche auszuweiten, weil sich gezeigt hat, daß die Jugendzentrumsbewegung zu verkommen droht mit internen Problemen. Dieses hier geforderte Öffnen nach außen weist den Weg zu anderen Gruppen: Stadtteil, Betrieb, Frauen, Emigranten etc. Vorerst werden sich erst'mal die Genossen aus den Initiativgruppen der BRD auseinandersetzen müssen, denn mit dem Öffnen nach außen ist das leichter gesagt als getan. Wir werden den **organisatorischen Vereinheitlichungsprozeß** zum einen der lokalen Initiativgruppen, zum anderen der nationalen Initiativgruppen vorantreiben müssen: **nationale Treffs**.

Zudem brauchen wir die WWA als **nationales Kommunikationsmittel**, in dem wir Analysen unserer vorangegangenen und momentanen Arbeit absetzen können.

Wir brauchen Informationen von denjenigen Kämpfen, deren Ausmaß, politische Identifikation und Erfolge schon antizipieren.

Wir brauchen den Kontakt zu anderen politischen Gruppen:

**Bitte schreibt Eure Meinung dazu!!**

**Macht Terminvorschläge, damit man sich treffen kann!!!**

**Schickt Material usw.**

Alles an die WWA-Adresse: WIR WOLLEN ALLES C/O, PF 4202, Frankfurt a. M. 1

Ein Frankfurter Sponti-Genosse mit heißem Draht zur Jugendzentrumsbewegung!

*Spontaneisten, stellt Euch auf Eure Füße!*

*Wir kommen voran.....* *




# KÖLN: Erfahrungen mit der Stadtteilarbeit

Vor gut anderthalb Jahren entstand in Köln durch Zusammenschluß zweier Betriebslehrlingsgruppen eine Jugendzentrumsinitiative, zu der dann auch noch einige Genossen aus Ehrenfeld stoßen. In den Lehrlingsgruppen arbeiteten schon z. T. seit 3 Jahren einige AK-Genossen. Die Initiativgruppe hat sich zwar aufgelöst, doch einige aus dem Stadtteil versuchen jetzt wieder eine Arbeit hier anzufangen. Aus dem Zusammenhang unserer Erfahrungsaufarbeitung ist auch dieser Artikel entstanden. Er ist vorläufiges Ergebnis einiger an der Initiative beteiligter Ehrenfelder Akler.

Zu Ehrenfeld:
Ehrenfeld ist ein Viertel, das unmittelbar an den Stadtkern Kölns anschließt. Es ist eins der wenigen Arbeiterviertel, die nach dem Krieg in der alten Form erhalten geblieben sind. Erst in den letzten Jahren, wo sich Verfall breit macht (die Häuser gehen kaputt, es werden Trabantenstädte am Rande Kölns gebaut, es entstanden sog. „Vergnügungszentren", hauen viele Jugendliche und junge Leute, soweit sie das Geld dazu haben, ab. Sie gehen in die Diskotheken im Stadtzentrum, die zwar teuer, dafür aber „modern und proper" sind. Der Rest sammelt sich in Mopedcliquen oder trifft sich in den Parks oder geht halt in die OTs (das sind „Offene Türen", Jugendheime von der Stadt eingerichtet und z. T. von der Kirche getragen).

Es gibt im Verhältnis auch wenig junge Familien, weil die, wo es eben möglich ist, aus Ehrenfeld heraus (ganz gemäß den Städteplanern) in die „Neuen Städte" ziehen, die rund um Köln liegen. Die, die hier bleiben, das sind meistens eingesessene Ehrenfelder, sehen zu, wie das Viertel langsam verrottet. Sie sind z. T. auch froh, wenn sie neuere Wohnungen von der Stadt zugewiesen bekommen, da der Zustand vieler Häuser unheimlich beschissen ist (1/3 der Wohnungen ist ohne Toilette in der Wohnung, noch mehr ohne Bad). Auf der anderen Seite sehen sie selber, daß sie aus ihrem Lebenszusammenhang herausgerissen werden. Der Prozeß der Sanierung wird aber von der Stadt nur sehr langsam vollzogen, da sie einerseits kein Geld hat, andererseits aber auch weiß, daß eine kapitalistische Sanierung, (wie z. B. im Frankfurter Westend mit Spekulationen etc.) hier schwer möglich wäre. Denn die Bevölkerung ist ohnehin traditionell der Stadt gegenüber sehr mißtrauisch und würde sich wahrscheinlich nicht zu knapp dagegen wehren. Diese Gesichtspunkte aber hatten wir damals nur zum geringen Teil drauf.

### Über die Gruppe

Die Gruppe entstand als Initiative zur Schaffung von Räumen, in denen man sich treffen kann, Feten feiern, Termine machen etc. Einige, und das waren vor allem die, die aus dem AK Zusammenhang kamen, wollten nicht nur Räume, sondern auch politische Arbeit im Stadtteil machen. Diese Leute wohnten auch schon einige Zeit in Ehrenfeld und hatten von daher ein gewisses Verständnis für die Probleme des Stadtteils.

### Vordiskussion

Es wurde bald schon klar, daß wir nicht in der Lage waren, alleine Räume zu erkämpfen. Wir wollten ein Zentrum von und für Jugendliche des Stadtteils. Dabei gingen wir davon aus, daß die von uns geäußerten Bedürfnisse sich mindestens zum Teil mit denen der Jugendlichen des Stadtteils decken würden. Ansonsten wurde relativ wenig vordiskutiert. Wir wollten erst mal mehr Leute werden. Weiterhin sollten sich die Forderungen für das Jugendzentrum während der „Kämpfe" entwickeln. Die Vorstellungen über das, was in dem Jugendzentrum gemacht werden sollte, ging über den üblichen Rahmen nicht hinaus. Der erste Schritt war zu untersuchen, was die Ehrenfelder Jugendlichen wollten. Darum gingen wir in eine der OTs in Ehrenfeld.

### In der OT

Wir gingen in das Jugendheim und versuchten Kontakt mit den Jugendlichen zu bekommen. Wir traten als Gruppe auf, die die Forderung nach einem SVJZ in die OT reinträgt.

Mit der Masse der Jugendlichen kamen wir erst überhaupt nicht in Kontakt. Erstens weil wir es kaum versuchten und zweitens, weil wir in der Hauptsache mit den Managern der OT diskutierten. Das waren Jugendliche, die „im Namen" aller und im Sinne der Pfaffen die monatlichen Feten organisierten. Es gab auch noch andere, die ihre Abende in diesem Jh. mit Musikhören etc. verbrachten. Mit denen liefen zwar Diskussionen, aber ihr Interesse selbst an der OT war nicht stark.

Um die Masse der Jugendlichen zu erreichen, bereiteten wir einen Redebeitrag auf einer Samstagabenddiscothek vor. Wir erhofften uns von dieser Bekanntmachung der JZI eine Aktivierung über den kleinen Kreis, den wir erreicht hatten hinaus. Das klappte natürlich nicht. Jugendliche, die wir aus Betrieb und Berufsschule her kannten, fanden die „Idee" gut, konnten aber sonst nicht viel damit anfangen. Wir konnten ihnen nicht vermitteln, was ein Jugendzentrum konkret bedeutet. Nach dieser Fete bekamen die Obermaker der OT Angst, und wir bekamen danach in der OT keinen Raum mehr.

Nach dem Rausschmiß wandten wir uns von der OT ganz ab, weil sich bei uns langsam die Erkenntnis durchsetzte, daß es in Ehrenfeld nicht so ein massives Bedürfnis für Jugendlichen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gibt, daß sie aktiv dafür eintreten. Zum Zeitpunkt, als wir aus der OT heraus waren, „entdeckten" wir eine Kneipe, wo wir uns in einem Hinterzimmer regelmäßig treffen konnten. In der Kneipe versammelten sich jetzt die eigentliche Jugendzentrumsinitiative und Leute, die wir in diesem Zusammenhang aus unserem Stadtteil kannten. Durch die veränderte Zusammensetzung der Gruppe und die Erfahrung in der Og, setzte sich bei uns die Meinung durch, daß die gemeinsamen Aktivitäten auf ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum gerichtet werden müßten. Denn viele von uns waren älter als die 15 Lehrlinge, die überhaupt als einzige Interesse für das SVJZ gezeigt hatten. Dieses Zentrum sollte die Möglichkeit bieten, uns zu helfen, unsere Arbeit besser zu organisieren und der Bevölkerung in Ehrenfeld zu helfen, ihre Interessen durchzusetzen. (Dabei schwebte uns ein Konzept der Selbstorganisation vor.)

Bei den Diskussionen über das, was wir nun genau wollten, stellte sich heraus, daß es drei Interessenschwerpunkte gab: 1. Jugendprobleme, 2. Betriebsprobleme, 3. Stadtteilprobleme. Die einzelnen Punkte waren zwar auch genauer unterteilt worden, aber die drei Schwerpunkte irgendwie zu verbinden, war nicht möglich. Es bildeten sich zwei Richtungen heraus. Die einen wollten nach wie vor sich nach der Arbeit mit den Lehrlingen treffen und Freizeit machen und über den Betrieb diskutieren. Die anderen wollten ein Zentrum, wo möglichst viele Gruppen der Bevölkerung mitarbeiten konnten. Auf der anderen Seite versuchten wir, mit den Leuten aus der Kneipe und aus der Gegend in Kontakt zu kommen.

Geh ich ins Selbstverwaltete Jugendzentrum?

... na- ... Kampf gegen die „Straße" ein positiver Moment, nämlich das Interesse der Eltern für die Bedürfnisse ihrer Kinder zu wecken.

Die Zusammenarbeit mit den Lehrern der Vorbereitungsklassen unserer Kinder war aus zwei Gründen sehr schwierig. Einerseits stehen die Lehrer alle unter dem Druck der Konsulate, andererseits schafften wir es kräftemäßig nicht, neben dem Projekt einen intensiven Kontakt zu den Lehrern herzustellen, abgesehen von ein paar Besuchen in den Schulen.

### Verhältnis Türken - Deutsche

Das Verhältnis ist geprägt durch ökonomische Ausbeutung, Spaltung in den Betrieben und damit auch den Rassismus. Auf der einen Seite der relative ... der deutschen Arbeiter – die Konsumge

Wir schafften es sogar, positiv akezptiert zu werden, als Leute, die in Ehrenfeld was verändern wollen. Hauptsächlich lief das aber auch über einzelne Genossen, die zeitweise ihre zweite Heimat in den Kneipen Ehrenfelds fanden. Wir versuchten, über Feten, die wir in der Kneipe organisierten, politisch unsere verschiedenen Inhalte und Vorstellungen zu diskutieren. Das sollte der erste Schritt nach außen sein.

Die erste Fete war ein Reinfall. Das lag in der Hauptsache an der mangelnden Vorbereitung, zum anderen daran, daß plötzlich Leute aus der Linken Kölner Flipper-scene ankamen und eine Insider Fete veranstalten konnten. Aber das war noch zu verkraften.

Die zweite Fete bereiteten wir besser vor. Diese Fete war ein ziemlicher Erfolg, weil Diskussionen mit den Leuten aus der Kneipe entstanden, wie man ein Zentrum vielleicht bekommen könnte. Und überhaupt fanden die Leute die Fete mit ihrer Tombola für die Kasse ziemlich lustig. Unsere Schwierigkeit, nämlich daß zwei verschiedene Tendenzen in der Gruppe waren, wurde dadurch kurzfristig überdeckt. Bei unseren Diskussionen in der Kneipe stießen wir früh auf das Problem der Sanierung Ehrenfelds. Wir entdeckten alte Pläne aus dem Jahre 65, die eine vollständige Neuordnung dieses Gebiets vorsah. Da hier eine Menge Häuser leerstehen und wir von konkreten Abbruchplänen wußten, kamen wir schnell zu dem Schluß, in Ehrenfeld stünde vielleicht eine Flächensanierung an. Sofort definierten wir unser zu erringendes Zentrum auf diese überhaupt nicht klare Angelegenheiten hin. Einige Wochen forschten wir nach den neuesten Plänen der Stadt. Doch leider war in dieser Hinsicht nichts aufzutreiben, und wir mußten feststellen, daß in Ehrenfeld schon seit längerem die Flächensanierung zu den Akten gelegt worden war, weil die Stadt kein Geld hat, kamen wir zur Punktsanierung, über die wir aber uns noch weniger Informationen haben besorgen können, und wo wir Gerüchten hinterherliefen, von denen wir heute z. T. immer noch nicht wissen, ob sie wahr sind.

F., das ist eine Form der Sanierung, wo die Stadt ansässigen Firmen Grundstücke überläßt zwecks Betriebserweiterung, dafür einige Auflagen macht (z. B. für Höhe und Beschaffenheit des Geb.). Es gibt einige Projekte in Ehrenfeld, wo das gelaufen ist oder (zumindest den Gerüchten nach) noch laufen soll. Wir fanden also nichts „Spektakuläres", mit dem wir uns an die Bevölkerung hätten wenden können. Die Diskussionen in den Kneipen liefen zwar weiter, aber immer losgelöst von den möglichen Aktionen im Stadtteil. Statt dessen diskutierten wir das Zentrum immer mehr nur technisch. D. h. anstatt zu untersuchen, wo konkret bei Leuten im Viertel Voraussetzungen für die Beteiligung an unserem Projekt gegeben waren, diskutierten wir finanzielle und organisatorische Fragen, die außerdem sowieso noch nicht auf der Tagesordnung standen. Die Spaltung der Gruppe in mindestens zwei Lager fing an, sich abzuzeichnen. Die einen beschränkten sich zunehmend auf sich selbst. Sie wollten erst mal was anmieten und dann weitersehen. Den anderen schwebte immer noch die Idee im Kopf, mit den Leuten im Stadtteil zusammen eine Art Kommunikationszentrum aufzubauen. Oder das Zentrum wenigstens so anzulegen, daß man eine Verbindung mit der Bevölkerung hätte absehen können. Innerhalb dieser Diskussionen, die dann größtenteils nur noch über den Anspruch „so und so ein Zentrum" zu haben liefen, machten sich dann auch die größten und lähmendsten Hackereien in der Gruppe fest.

Das Obergenossentum fand wieder mal seine brillantesten Erscheinungsformen, es redeten wenige, die glaubten den Durchblick zu haben, (das waren wohl auch die, die am meisten mit den Leuten aus der Kneipe gelabert hatten) und die anderen saßen rum und hörten schon fast gar nicht mehr zu. Es machte sich eine ziemliche Frustration breit, die noch unterstützt wurde durch eine von uns organisierte Fete in der Kneipe, die die Situation in der Gruppe deutlich machte. Es waren nämlich kaum Leute da, und das ganze endete in einem totalen Besäufnis. Danach blieben die Leute weg, und als der Sommerurlaub vorbei war, war nichts mehr.

Wir waren nicht mehr in der Lage, aus dieser Krise herauszukommen, politisch zu diskutieren, viel weniger an die Öffentlichkeit zu diskutieren, wo unsere Arbeit erst richtig angefangen hätte.

Einige Genossen aus Ehrenfeld versuchten individuell noch mit den Leuten aus den Kneipen zu diskutieren. Als Gruppe werden wir höchstens noch von den Leuten verstanden, denen wir uns als Gruppe vermittelt haben, nämlich den Leuten aus der Kneipe. Das war ein Paradebeispiel für „Sponti-Politik" in dem Sinne, daß die theoretischen Diskussionen erst dann einsetzen, als der Zug abgefahren ist. Der Zug ist in Köln-Ehrenfehld noch nicht abgefahren, weil wir dabei sind, so Stückchen für Stückchen Konsequenzen aus unseren Erfahrungen zu diskutieren. In der Zwischenzeit haben wir hier „gelebt" und versuchten, so bestimmte „Linke Grundwerte" wie, sich gegenseitig helfen, Nachbarschaft, Ausländerproblem usw. zu vermitteln. Und mit nun ein bißchen mehr Einsicht in die Zusammenhänge von Sponti-Politik (sprich Theorie) schaffen wir es vielleicht, in einem Jahr oder vielleicht auch noch früher, wieder eine kollektive Stadtteilarbeit zu machen.

Viele von uns hatten zwar ein Verständnis davon, wie „korrekte Massenarbeit" auszusehen hätte, aber in der Praxis und mit unseren persönlich-politischen Schwierigkeiten sind wir dadurch kein Stück weiter gekommen.

Einige Genossen des AK





# Vom Vorgartenwettbewerb zur MASSENGUERILLA!



Wir beziehen uns auf den Artikel 'Kritische Anmerkung zur ABG' in der WIR WOLLEN ALLES Nr. 21, letzte Seite (abgedruckt aus dem Wohnungskampfbuch des Häuserrates).

Zu der Entstehung dieses Abschnittes über die ABG in diesem Buch: Die abgedruckten Papiere sind Arbeitspapiere der Stadtteilgruppe Bockenheim vom November 1973. Was uns an der Veröffentlichung stört, ist:

1. Daß diese Papiere den Stand der Diskussion von vor einem Jahr wiedergeben; es wäre sinnvoller gewesen, wenn unsere neueren Einschätzungen abgedruckt worden wären.

2. Hätten wir von der Veröffentlichung unserer Papiere gewußt, hätte es sich für die Häuserratsgenossen erübrigt, einen derartigen, dümmlichen Kommentar dranzuklatschen.

Da die Diskussion vorher nicht gelaufen ist, müssen wir sie jetzt nachholen.

Der Artikel faßt in wünschenswerter Klarheit einige der ältesten und schwerwiegendsten Fehler der Häuserratspolitik zusammen! Es ist ein Fehler, den Verlauf des ABG-Konfliktes quasi objektiv auf die Zersplittertheit des kapitalistischen Lebenszusammenhanges zurückzuführen. „**Die** kapitalistische Arbeitsteilung zwingt **die** arbeitende Bevölkerung **von vornherein**, ihre eigentlichen Interessen an spezielle Funktionsträger zu deligieren, denn die Zeit, die ihnen außerhalb der Arbeit noch bleibt, benötigen sie voll, um ihre lebenswichtigen Probleme zu lösen." Dieser Satz ist allenfalls die furchtbar allgemeine Beschreibung eines Phänomens, dem wir uns in der jetzigen historischen Situation in jeder praktisch-politischen Arbeit stellen müssen. Falsch wird die Aussage durch ihre unhistorische Verallgemeinerung. Wenn unsere Genossen Autoren Kritik an der Politik der STGB üben wollen, dürfen sie nicht zu so falschen Verallgemeinerungen greifen. Es wäre richtiger zu überlegen, ob man nicht, während die Bewegung hoch auf ihrem Höhepunkt war, Mittel wie Go-ins, Demonstrationen und andere Massenaktionen hätte mehr vorschlagen sollen. Denn es ging ja um die Durchsetzung einer materiellen Forderung. Die Frage der Institutionalisierung des Konflikts (Mieterrat) hätte zu anderer Zeit und auf der Grundlage von Erfolgen diskutiert werden können. Allerdings muß dazu gesagt werden, daß es wohl auch objektive Grenzen für die Radikalisierung des Konflikts gab (die Mieter machten zum ersten Mal kollektive Erfahrungen im Kampf gegen die ABG).

Zur „allgemeinen Mieterarbeit": Es ging im ABG-Kampf in erster Linie um die Rücknahme der Mieterhöhung. Der Mieterrat hatte zunächst nicht die Aufgabe und die Absicht, allgemeine Mieterpolitik zu machen. Dafür fehlte auch wirklich jede Basis. Die Idee zu einer langfristigen politischen Arbeit mit den ABG-Mietern wurde von uns zaghaft eingebracht und z. T. auch im Mieterrat diskutiert (vorangetrieben vor allem durch die Initiative der Jusos für einen Internationalen Mieterbund). Die Masse der Mieter ist nicht weggeblieben, weil sie sich um andere „lebenswichtige Probleme" kümmern mußten. Die Mieterhöhung traf viele Rentner existenziell. Sie blieben weg, weil wir uns falsch auf die Anfangsphase der Mietbewegung bezogen haben (s. unsere Einschätzung im Artikel vorher).

Falsch ist vor allem auch die Einschätzung der Genossen über die jetzige Situation des Mieterrates. „Der Kampf gegen die Mieterhöhung wird nach dem verlorenen Prozeß jetzt zwangsläufig andere Formen annehmen müssen oder resigniert in sich selbst zusammenbrechen." Das klingt so, als wollten die Autoren das reformistische Bewußtsein der ABG-Mieter heraus- und die Strategie revolutionärer Gewalt hereinzwingen. Diese Einschätzung folgt aus der falschen Situationsbeschreibung über die Lage der Bürgerinitiativen allgemein. Für Bürgerinitiativen stellt sich nicht die Alternative, unterzugehen oder mit den Linken zu siegen. Fortgeschrittene Bürgerinitiativen wie z. B. Nordhorn, Bleichstraße entwickeln sich entlang der gemachten Erfahrungen weiter, eben auch über die Erfahrung mit militanten Aktionen.

Der Entstehungsgrund für Bürgerinitiativen ist nicht so sehr die Zerstörung ihrer Reformillusion, sondern die tatsächliche materielle Verschlechterung in bestimmten Bereichen. Das sollten die Linken endlich mal kapieren. Die Perspektive für den Mieterrat kann nicht sein, sich in der linken Scene einzuordnen. Da die Bewegung unter den ABG-Mietern nicht mehr existiert, hat der Mieterrat auch keine Funktion mehr und arbeitet folgerichtig nicht mehr. Total falsch ist es, wenn uns die Genossen den Aufbau alternativer Lebensformen als Ausweg aus der jetzigen Situation anbieten. Das klingt wie friedliche, sozialistische Inseln in einer schlimmen, kapitalistischen Welt. Es wird gar nicht mehr deutlich, daß alternative Lebensformen sich in bestimmten historischen Situationen notwendigerweise in den Kämpfen entwickeln. Aber in dem Artikel klingt es so, als sei in der jetzigen Situation die Veränderung der Lebenszusammenhänge eine notwendige Voraussetzung der Weiterführung der Kämpfe.

Wenn man die Scene als die alternative Lebensform der Bürger ansieht, kann es allerdings sehr leicht zu so überheblichen Einschätzungen über das „reformistische" Bewußtsein der Mieter kommen. Das ist eine wirklichkeitsfremde, arrogante Haltung den Mietern gegenüber, weil nicht an die konkreten Kampfschritte der Mieter gebunden. Man könnte eher bei den Genossen Autoren reformistisches Bewußtsein vermuten, wenn sie Stadtteilfeste und Vorgartenwettbewerbe der Mietervereine (DKP) als realistische Alternative oder gar als Entwicklung eines proletarischen Lebenszusammenhangs verstehen. Das friedfertige Konzept einer „Systemüberwindung" steht dabei in merkwürdigem Gegensatz zu dem blutrünstigen Konzept einer Stadtteilguerilla, das gegen Ende des Artikels auftaucht.

Die verallgemeinernde und unhistorische Machart des Artikels produziert überhaupt am laufenden Band widersprüchliche Thesen. Was soll die tolle Ableitung des Rätesystems aus der russischen Revolution, wenn doch klar ist, daß die damalige Situation mit der heutigen nichts zu tun hat? Wenn nicht festgestellt wird, daß der ABG-Konflikt begrenzt war, kann man nicht plötzlich fordern, mit den Mietern zusammen aus dieser Situation heraus neue Lebensformen zu entwickeln!

Der Gipfel ist es aber, gerade die linke Scene als Alternative anbieten zu wollen. Es ist keine politische Strategie, wenn man die Scene als Keimzelle des Sozialismus anpreist. Einmal steht diese Idealisierung der Situation in der Scene im krassen Gegensatz zu der Isolation der Genossen, die nicht mehr den Anforderungen der Scene entsprechen oder entsprechen können, weil sie z. B. nicht mehr soviel Zeit haben, zu allen Terminen hinzurennen. (Alles Ausdruck auch der Entstehungsgeschichte dieser Ansprüche im Rahmen der Studentenkämpfe.) Der Anspruch der Revolutionierung der Beziehungen in den gesellschaftlichen Kämpfen leidet unter dem Liberalismus oder auch dem Chauvinismus der Genossen. Grundlage von beidem ist die relativ priviligierte Situation als Studenten, in der wir uns befinden. Unser Ziel kann es nicht sein, uns unabhängig vom System zu machen, uns auf Inseln zurückzuziehen und von dort aus den Kampf zu führen.

Elitärer geht es kaum mehr, wenn man auch noch diese, aus gesellschaftlichen Privilegien entstandene Scene den Bürgern als einzige konkrete (!) Alternative (!!) und Grundlage (!!!) für ihren politischen Kampf dargestellt wird.

!!!Öffnen wir uns, und alles, alles wird gut!!!



ABG-Gruppe/Bockenheim

# Einschätzung des ABG-Konflikts

Um die folgende Einschätzung des ABG-Konflikts nachvollziehen zu können, ist es sinnvoll, die Vorgeschichte im Trikont-Häuserkampf-Buch zu lesen.

Der ABG-Konflikt in Kürze: Am 1. 1. 1973 forderte die Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen (zu 95 % in Händen des SPD-Magistrats) von ihren 10 000 Altbaumietern am 1. 1. 1974 die Zustimmung zu einer Mieterhöhung von bis zu 50 %. Auf mehreren Stadtteilversammlungen wurden Mieterräte gewählt. Gefordert wurde vor allem die sofortige Rücknahme der Mieterhöhung und Vornahme längst fälliger Reparaturarbeiten. Gegen 1 500 Mieter wurde geklagt. Die ersten Prozesse vor dem Amtsgericht wurden von den Mietern gewonnen. In zweiter Instanz wurde ein Urteil gegen die Mieter gefällt, das für den gesamten gemeinnützigen Wohnungsbau negative Auswirkungen haben wird.

**Von den besetzten Häusern zur Stadtteilarbeit**

Unser Ansatz von kontinuierlicher Massenpolitik im Stadtteil war geprägt von den politisch begrenzten Aktionen im Häuserkampf. Es war uns ungefähr zwei Jahren, als wir mit Stadtteilarbeit begannen, klar, daß der Ablauf des typischen Häuserkonflikts zwar quantitativ wiederholbar, aber dadurch keine qualitative Weiterentwicklung möglich war. Wir sahen die Begrenztheit von immer wieder neuen **Kampagnen**, die sich insgesamt nicht in einer kontinuierlichen Arbeit, dann auch organisatorisch niederschlugen, sondern immer wieder einen Neubeginn der Aktivitäten beinhalten. Es waren Kampagnen, die sich als sozialen Träger – die ausländischen Arbeiter einmal ausgenommen – ausschließlich auf Studenten und Schüler stützten und die in ihrer Agitation an die „Frankfurter Bevölkerung" gerichtet waren. Das Ziel war nicht die Zusammenarbeit mit einer konkreten, begrenzten, auch klassenanalytisch bestimmbaren Personengruppe, sondern das einseitige Sichwenden an die von hohen Mieten usw. Betroffenen.

Der Häuserrat war in der besten Phase des Kampfes Avantgarde einer politischen Bewegung, aber er war nicht einfach Teil einer Bewegung des Volkes. Schwierigkeiten ergaben sich für den Häuserrat aber dadurch, daß er diese Initiativfunktion, seine wirkliche Rolle, immer verleugnet hat und so zwischen seinen und den Bedürfnissen der betroffenen Bürger keinen Unterschied machen konnte. Mit dieser Politik wollten wir brechen, wir wollten nicht „irgendwie" in den Stadtteil Flugblätter werfen, sondern an einem bestimmten Konflikt mit einer begrenzten Personengruppe zusammenarbeiten und dann diesen Konflikt ausweiten auf andere Themen – durchaus mit der Zielrichtung auf Stadtpolitik, dann aber mit einer bestimmten Basis zusammen.

Die praktische Realisierung dieser Vorstellungen sah dann allerdings etwas anders aus. Wir haben gezögert, neue Aktivitäten anzufangen (Praxisangst) und sind dann quasi auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Wir haben die Mieterarbeit bei der ABG nicht systematisch ausgewählt, sondern haben in einem aktuellen Konflikt interveniert, als wir sahen, daß hier einerseits eine größere Anzahl von Mietern war, die sich aktivieren wollten und die andererseits in einen scharfen Gegensatz zum regierenden Reformismus geraten waren. Die Frage blieb jedoch, ob unsere über eineinhalbjährige Arbeit bei der ABG NICHT SELBST NOCH VON EINEM Kampagnedenken geprägt und ob nicht insofern der ABG-Konflikt – für uns – nicht eine sehr lange Kampagne war.

Wir wollten weiterhin Erfahrungen mit deutschen Mietern, mit deutschen Arbeitern, Angestellten und Rentnern usw. im Wohnbereich machen. Denn es gab bisher nur Erfahrungen mit ausländischen Arbeitern in den Mietstreikhäusern.

Für eine Intervention in diesem Bereich hat sich gezeigt, daß wesentlich bessere Ausgangsbedingungen bestehen, als etwa zur Zeit, als der Rote Gallus bei einer Mieterhöhung bei der Hellerhof AG vor fünf Jahren einstieg.

In diesem Zusammenhang ist weiter zu betonen, daß im Mietkonflikt bei ABG und Hellerhof sich zum erstenmal seit langer Zeit tausende von deutschen Mietern gewehrt und zum erstenmal (wieder) persönliche Erfahrungen in einem Kampf gemacht haben, der sich tendenziell gegen die regierende Sozialdemokratie wandte. Das ist zu berücksichtigen, wenn wir immer wieder hervorheben, wie relativ wenig der ganze Konflikt war.

**Unsere Initiativfunktion**

Die politische Initiative bei der ABG zu ergreifen, war richtig. Solange wir auf Mieterversammlungen präsent waren, konnten wir unmittelbaren Einfluß ausüben, nachdem die Mieterversammlungen nur noch selten stattfanden, blieb uns nur die Einflußnahme hauptsächlich über Flugblätter. Weil wir dann keinen massenhaften Kontakt zu den Mietern mehr hatten, waren wir gezwungen, diese politische Initiativfunktion (im Sinne einer Bestimmung der Richtung, in der der Kampf der Mieter weiter zu entwickeln ist) nur noch recht abstrakt wahrzunehmen: indem wir tausende von Flugblättern in die Stadtteile warfen. Zwar konnten wir über einige wenige Mieter, die wir inzwischen über den Mieterrat, über Hausbesuche und Versammlungen kennengelernt hatten, die Reaktion der Mieter auf die Einwurfaktionen mitbekommen. Das Verhältnis zu der Masse der Mieter blieb aber trotzdem relativ abstrakt, d. h. genau auf der Ebene des Konflikts 10 000 Mieter gegen ABG und Stadt. Diese Einwürfe hatten zwar sicher einen Informationseffekt und waren zu besonders wichtigen Zeitpunkten (z. B. nach den Prozessen) als solche wohl richtig. Die Beziehung aber zwischen uns und den Mietern (linken Studenten – deutschen Arbeitern und Rentnern) war zu unklar, als daß unsere Kontakte zu ihnen (etwa bei Hausbesuchen und Standaktionen) mehr sein konnte als für uns eine Art „politisches Stimmungsbarometer".

Für uns hat diese Art der Initiative so ausgesehen, daß wir stundenlang Flugblätter in den ABG-Wohnblöcken verteilt haben.

Für die Mieter wäre es richtiger gewesen, so früh wie möglich **mit** den Mietern zusammen die Aktivitäten zu unternehmen, aber niemals alleine, ohne sie. Es drückt bereits einen Fehler in jeder Initative aus, wenn sie längere Zeit nur von einer kleinen Gruppe getragen wird und nicht auch zu einem großen Teil von den Leuten, die man ansprechen will. Später haben zwar eine kleinere Anzahl von Mietern mitverteilt, aber grundsätzlich hat sich an dem Problem der mangelnden Beteiligung der Mieter nichts geändert. Der umgekehrte Fehler – wie er bei den Subjektivisten zu finden ist – wäre allerdings gewesen, dann eine Politik zu machen, die nur noch über persönliche Beziehungen mit Individuen aus einem Stadtteil läuft. Das Medium Flugblatt, das wir nicht taktisch einsetzen konnten, weil es sich für uns später als die einzige Möglichkeit darstellte, überhaupt mit der Masse der Mieter in Kontakt zu kommen, wäre dann völlig ausgeschlossen gewesen.

Unsere Arbeit hemmte am Anfang auch, daß wir mit einer Art 'Nullpunkt-Bewußtsein' die Arbeit begannen; wir sahen die objektiven Faktoren (10 000 Mieter, bis zu 50 % Mieterhöhung), wir sahen den Konflikt aber nicht aus der Betroffenheit der Mieter heraus. Was wir erst nach Versammlungen, zahlreichen Hausbesuchen usw. kennenlernten, war das 'historische Bewußtsein' der Mieter: ihre Ansichten entwickelten sich aufgrund über 20jähriger Erfahrungen mit der ABG. Erst als ein Moment innerhalb dieses Prozesses ist es erklärlich, daß jetzt – nach 20 Jahren – soviele Mieter sagen: „Schluß jetzt!" Sie sahen die Mieterhöhungen ja nicht nur als die Preissteigerungen insgesamt; deshalb ging es ihnen 'aus Prinzip' darum, sich nicht alles gefallen zu lassen.

Dazu kamen Schwierigkeiten beim Zusammentreffen von linken Studenten und deutschen Rentnern. Das Problem stellte sich dabei nicht auf der Ebene der äußeren Erscheinung, sondern eher in der Weise, daß wir nicht wußten, wie wir uns verhalten sollten: wir standen an der Haustür Menschen gegenüber, die wesentlich älter waren und die sich in ganz anderen Familien- und Lebensstrukturen befanden. Unsere Unsicherheit äußerte sich zum einen darin, daß wir die Leute mit Informationen über die ABG voll schwätzten, andererseits aber nicht darauf reagieren konnten, wenn sie uns mit ihren alltäglichen Problemen konfrontierten.

Es bleibt festzuhalten, daß wir bei unserer Tätigkeit im ABG-Konflikt ständig vor Augen hatten, d. h. wir konnten in jeder Phase ziemlich genau angeben, in welchem Verhältnis unsere Initiative zur Masse der Mieter und zum Mieterrat stand. Daß wir das Problem nicht lösen konnten, ist eine andere Sache. Ein Fortschritt in der Verbindung von Initiative und Massenbewegung hätte sich wohl nur abzeichnen können, wenn es uns gelungen wäre, mit einer größeren Anzahl von Mietern zusammenzuarbeiten. Dazu wäre es notwendig gewesen, schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt – denn das ist auch eine Frage des Zeitpunktes – intensiver gezielter mit jenen Mietern in Kontakt zu kommen, die mit ihrem Erscheinen bei den Mieterversammlungen ihr Interesse gezeigt hatten.

Wir wollen einerseits die Bedeutung unserer Intervention nicht überschätzen, aber ohne eine Initiative von außen – sei es von den Jusos, sei es von uns – hätte sich bei den Mietern nichts außer ein paar Briefen an die ABG getan. Andererseits, eine Intervention, die kein materielles Bedürfnis bei den Mietern aufgreift oder die die Richtung der möglichen Aktivitäten nicht angibt, erreicht nichts, verpufft. Das haben unsere etwas zaghaften Versuche in Sachen Mietermitbestimmung und Reparaturen gezeigt.

(Die nächste Seite kommt bestimmt!)

### Das Verhalten der Mieter



Der größte Teil der Mieter war nur passiv: Sie unterschrieben die Zustimmung zur Mieterhöhung nicht. Aber etwas anderes taten sie auch nicht. Unsere organisatorischen Vorschläge waren für sie womöglich nicht sinnvoll bzw. wurden als für sie nicht realisierbar abgelehnt. Dem Bedürfnis einer kleineren Anzahl von Mietern, die auf Versammlungen kamen, nach einer organisatorischen Sicherheit (Verein) konnten und wollten wir nicht nachkommen. Die meisten Mieter waren unsicher, sie wußten nicht so recht, wie man sich wehren soll und kann; sie wollten, daß jemand für sie die Angelegenheit in die Hand nimmt.

Deshalb auch der öfters geäußerte Wunsch, einen Verein zu gründen. Wir haben diesen Wunsch nicht unterstützt, weil wir glaubten, daß ein Verein die vorherrschende Struktur unter den Mietern bestätigen würde: auf der einen Seite die Masse der passiven Mieter, deren Aktivität sich im Beitrag zahlen und gelegentlichen Besuch von Mitgliederversammlungen erschöpfen würde, auf der anderen Seite eine kleine Anzahl aktiver Mieter (der potentielle Vorstand), die im besten Fall den Verein, die Mieter und den Konflikt fest in der Hand hätten.

Von uns vorgeschlagene Alternativen (Häuserversammlungen, gewählte Delegierte auf Block- und Stadtteilebene) scheiterten daran, daß für die große Mehrheit der Mieter die politische Notwendigkeit solcher Maßnahmen nicht einsichtig war – ausgenommen die kleine Anzahl von Mietern, die längere Zeit im Mieterrat mitgearbeitet haben. Mit anderen Handlungsperspektiven (außer dem Mieterrat) konnten wir nicht aufwarten. Auch ein Kaffeeklatsch für und mit den Mietern hätte uns dabei nicht weitergeholfen.

Durch das Fehlen weiterer Aktionsperspektiven konnten wir der Fixierung der Mieter auf die Prozesse nichts entgegensetzen. Bei unseren Versuchen, die Begrenztheit des ABG-Mietkonfliks zu überwinden und allgemeinere Probleme, wie etwa die Funktion des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf Mieterversammlungen einzubringen, stießen wir meist auf eine recht unwillige Reaktion der Mieter. („Laßt doch die in Bonn, wir sind hier mit unserem **Miet**problem.") Unsere Schwierigkeit bestand darin, daß eine Ausweitung auf weitere politische Zusammenhänge nur argumentativ möglich, andererseits dringend notwendig war, da sonst unsere Kritik an der SPD leicht mißverstanden und in eine reine Personenkritik abrutschen konnte.

### Die Mietervertreter

Die Mietervertreter zu wählen und nicht vordringlich größere Aktionen der Mieter anzuregen, war ein Fehler, den wir zu spät erkannten. Die Schwierigkeiten dabei waren, daß es Vorschläge zu solchen Aktionen von Seiten der Mieter praktisch gar nicht gab und daß die Mieterräte die einzig Aktiven waren. Wir hatten sie eigentlich als die ‚Aktivisten' verstanden und die demokratische Legitimation nicht für so wichtig gehalten. **Gewählt**, weil die Mieter darauf drangen und sich sonst niemand aktivierte. Die Wahl war relativ zufällig; gewählt wurde, wer am meisten auf Versammlungen den Mund aufmachte, da sich die Mieter auf Stadtteilebene untereinander wenig kannten. Die Wahl von Vertretern kam den Vorstellungen vieler Mieter entgegen, die Arbeit zu delegieren. Austauschbar sind dabei die Personen, an die delegiert wird: Vereinsvorstand, Advokat, Mieterrat, Jusos oder Studenten.

Besser als einzelne Mietervertreter wären aktive Mieterkollektive in den Stadtteilen gewesen. Es ist möglich, daß wir durch den Vorschlag, Mieterräte zu wählen, die Entstehung solcher Kollektive negativ beeinflußt haben. Es kam die Vorstellung auf, daß die Aktiven – nämlich die an das imperative Mandat der Mieterversammlung gebundenen Mieterräte – fähig sein sollten, nach außen aufzutreten – sei es öffentlich in Mieterversammlungen, sei es in Verhandlungen mit der ABG. Denn es war der Beschluß von den ersten Mieterversammlungen, mit der ABG in Verhandlungen zu treten, ohne dabei allerdings irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die Perspektive des Konflikts lag also für die Mieter vorwiegend in Verhandlungen und später in Prozessen; nicht aber in ihren eigenen Händen, in der eigenen Aktivierung und der der Nachbarn.

Wir haben die Wahl der Mieterräte allerdings unterstützt, da wir so hofften, verbindlich mit einem Stamm von Mietern zusammenarbeiten zu können, die ganz sicher auch in Zukunft aktiv sein würden und nicht bei der ersten besten Gelegenheit abspringen würden.

Als Mieterräte wurden hauptsächlich Frauen gewählt, berufstätige Frauen (mit qualifizierten Berufen) und Hausfrauen, und nur wenige Männer (ältere Arbeiter und Rentner). Möglicherweise steht dahinter die Vorstellung, daß die Männer fürs Geldanschaffen zuständig sind, die Frauen fürs Mietezahlen. Die Mieterräte sahen ihre Funktion darin, die Rücknahme der Mieterhöhung durchzusetzen; daß sie diesen begrenzten Konflikt durchaus in seinem weiteren politischen Zusammenhang begriffen (insgesamt steigende Preise und Mieten) erfuhren wir bei Kneipengesprächen, zunächst jedenfalls nicht auf Sitzungen des Mieterrates. Die weitgehende Beschränkung auf den Mietkonflikt begründeten die Mieterräte damit, daß das beschränkte Bewußtsein der Mieter diese Einengung notwendig mache und das Eingehen auf weitere Zusammenhänge, etwa die Wohnungssituation in ganz Frankfurt, verhindern würde.

Andererseits war es – wenn wir die Initiative ergriffen – durchaus möglich, über die politische Bedeutung der Auseinandersetzungen um den Kettenhofweg und den Fordstreik reden. Die Folgen davon waren: das Auftreten einer Mieterrätin beim Kettenhofwegtribunal und eine Solidaritätsadresse an die streikenden Fordarbeiter.

Allgemein kann gesagt werden: aufgrund der beinahe ausschließlich mittelständischen Klassenzusammensetzung des Mieterrates und unserer eigenen Herkunft als Studenten wurden neu hinzukommende proletarische Mieter, die sich aktivieren wollten, abgeschreckt. Sie konnten sich verbal nicht so gut ausdrücken, traten unsicherer auf und wollten sich praktisch betätigen und nicht nur reden. Darauf konnten wir jedoch, obwohl wir es teilweise merkten, nicht eingehen, da uns praktische Handlungsalternativen fehlten. Daher waren wir diesen Mietern gegenüber ziemlich hilflos.

### Juristenfixierung und unser Verhalten

Der Genosse A wurde von Anfang an – auch von uns – systematisch als Autorität aufgebaut und aufs hohe Sachzwangroß gesetzt: „Er weiß uns Mietern zu helfen, auf ihn dürfen wir trauen." Die Mieter wollten eine Autorität, einen festen Punkt, an den sie sich klammern können, am besten einen Fachmann, der weiß, wo's lang geht. Dahinter stand eine klare Fixierung auf den ‚juristischen Weg', gegen die Mieterhöhung vorzugehen. Wir sind dem entgegengekommen, da wir uns dagegen nicht zu verhalten wußten. Das hilflose Gegenargument, man müsse doch auch die politische Seite des Konflikts sehen, änderte daran wenig. Das Problem der Juristenfixierung nahm allerdings in dem Maße zu, wie konkrete Kampfschritte nicht mehr möglich schienen. Wir haben uns aus Angst, klar Stellung nehmen zu müssen, hinter dem Juristentum und den Mietern selbst (die müssen zu Wort kommen!) versteckt.

Doch auch wenn wir mit unserer politischen Linie, die durch die Arbeit des Häuserrates in Frankfurt gekennzeichnet war, nicht herausrückten, so war doch – unausgesprochen – sehr schnell bei den Mietern klar, daß wir ‚irgendwie' Linke sind. Das heißt eine Versteckhaltung, die darauf hofft, auf jeden Fall antikommunistischen Vorurteilen entgehen zu können, schlägt fehl. Das Zurückhalten mit den eigenen politsichen Vorstellungen hat sich bei uns auch so geäußert, daß gesagt wurde, auf Versammlungen müssen ja die Mieter zu Wort kommen, wir müssen uns absichtlich zurückhalten, um ja die Aktivitäten der Mieter nicht einzuschränken, eine groteske Haltung angesichts der Passivität und Unsicherheit so vieler Mieter.

### Die Mieter und die Jusos (Aktivreformisten)

Die Aktivitäten der Mieter beschränkten sich nach anfänglichen, nicht unwichtigen Initiativen auf gelegentlichen Besuch eines Juso-Vertreters im Mieterrat. Daß die Jusos gleichwohl versuchten, den Konflikt publizistisch auszuschlachten, um ihre innerparteiliche Position zu stärken, ist bekannt und entspricht exakt ihrer Doppelstrategie. Auf eine Aktivierung der Mieter waren die Jusos nicht aus, nachdem sie innerparteiliche Positionen errungen hatten. Trotzdem hatten und haben sie große Sympathien in der Mieterschaft. Wir schätzen das so ein:

Die Verantwortlichen bei der ABG und damit führende Sozialdemokraten in Frankfurt sind bei einer großen Anzahl von Mietern, die traditionell SPD wählen, diskreditiert. Wir sprechen nicht zufällig von einer ‚großen Anzahl' von Mietern: es macht unsere Unfähigkeit deutlich genauer zu bestimmen, welche Breiten die Enttäuschung über die regierende SPD-Spitze in Frankfurt angenommen hat. Die Jusos stellen sich – für die Mieter – in einer solchen Situation als Alternative zur regierenden SPD dar. Sie haben einen radikalen Anspruch und halten sich an den Rahmen der Legalität. Legalität und Passivität sind die tragenden Elemente der Sympathien für die Jusos. (Passivität insoweit, als die Lösung der Konflikte nicht von den Betroffenen erkämpft wird, sondern letztlich auf dem parlamentarischen Weg gefunden wird.)

Für uns war die Situation nicht selten frustrierend: wir arbeiten mit den Mietern an der Basis zusammen, und die Sympathien der Mieter wendet sich mit denen zu, die praktisch arbeiten, sondern den mit Presseerklärungen Politik machenden Jusos. Wir haben uns freilich über Monate hinaus in unserem praktischen Verhalten nicht von den Jusos unterschieden und keine eindeutige Stellungnahme unserer politischen Position abgegeben. Dies hatte seine Ursache sowohl in unserer strategischen Unsicherheit als auch darin, daß wir unsere Radikalität in unserer Arbeit und nicht in Worten ausdrücken wollten. Bis zu einem Punkt, an dem die Mieterbewegung jedoch notwendig über Juso-Positionen hinausging, hat sich der Konflikt nicht entwickelt. Die Folge davon war, daß sich die Mieter nicht den politischen Vorstellungen derer annäherten, mit denen sie persönlich zusammenarbeiteten, nämlich uns, sondern den Vorstellungen der Jusos.

### Zu unserer politischen Position

Wenn es in der WIR WOLLEN ALLES 13/14 heißt, ein wesentlicher Erfolg des Häuserkampfs sei die „konkrete Massenarbeit" gewesen und dabei habe der Häuserrat „nie als Bürgergewerkschaft, sondern immer als revolutionäre Organisation" gearbeitet und sei als solche „akzeptiert" worden, so können wir jedenfalls dazu nur sagen: wir haben zwar konkrete Massenarbeit gemacht, aber als „revolutionäre Organisation" haben wir uns den Massen der Mieter nie dargestellt – womöglich noch nicht einmal verstanden – noch wurden wir von den Mietern als solche angesehen. Die Mieterräte, mit denen wir längere Zeit zusammengearbeitet haben, kannten unsere politische Einstellung genauer.

Umso mehr kritisieren wir, wenn in der Einschätzung des Frankfurter Wohnungskampfes in der WIR WOLLEN ALLES 13/14 Feststellungen auf **die Arbeit der Stadtteilgruppen verallgemeinert** werden, die nur auf den Kampf um die besetzten Häuser zutreffen mögen. Deshalb können wir auch der – in bekannter Weise – triumphalistisch-großspurigen These vom „revolutionären Massenorganismus" (Häuserrat) nicht zustimmen. Wir haben in unserer konkreten Massenarbeit mit den deutschen Mietern andere Erfahrungen gemacht als die, die in der WWA-Einschätzung angegeben werden. Daß der Häuserrat als „revolutionäre Organisation" und „linksradikaler Massenorganismus" bei den Mietern „akzeptiert" wurde, haben wir ebensowenig feststellen können wie die Behauptung, daß der Häuserkampf deshalb so attraktiv gewesen sei, weil er gewaltsame Auseinandersetzungen nicht gescheut habe. Die Mieter, mit denen wir zusammengearbeitet haben, waren zwar mit den Opfern der Wohnraumzerstörung solidarisch, hatten aber erhebliche Schwierigkeiten, gewaltsame Auseinandersetzungen bei Hausbesetzungen usw. gutzuheißen.

Sowohl der Häuserrat als auch wir waren Organisationen mit allgemein politischem Anspruch, was aber beim Stand der Klassenauseinandersetzungen in Frankfurt ausschließt, sich bruchlos „eins" mit den kämpfenden Bürgergruppen zu setzen. Wir halten es für falsch, Bürgergruppen, die konkrete Kämpfe durchstehen, für die eigene Organisation vereinnahmen zu wollen oder aber – und das ist das Gegenteil – auf seinen allgemein politischen Anspruch zu verzichten und in solchen Bürgergruppen einfach als „selbst betroffener" Mieter usw. unterzutauchen.

Für den Häuserrat hat sich dieses Problem der Trennung von Organisation und Massenbewegung nie gestellt, weil der Häuserrat sich auf eine Bewegung stützen konnte, die aus Linken bestand, d. h. bei denen von vornherein ein allgemeiner, politischer Anspruch vorauszusetzen war. Wir halten es für falsch, jene Teile der Bevölkerung, die passiv mit dem Häuserkampf sympathisierten, in Teile der Häuserkampf-Bewegung umzumünzen, da sie weder hier noch in ihrem eigenen Bereich Aktivitäten entfaltet haben und somit politisch faßbar geworden wären.

Es stimmt, daß wir den umgekehrten Fehler gemacht und uns den Mietern gegenüber opportunistisch verhalten haben, indem wir nicht von vornherein gesagt haben, daß wir mit dem Häuserrat zusammenarbeiten. Aber hinter dieser politischen Unsicherheit und der daraus folgenden Versteckhaltung steht auch ein reales Problem, daß jedenfalls bei den Arbeiterschichten, mit denen wir zusammengearbeitet haben – und das sind zum großen Teil SPD-Wähler – von vornherein abgeblitzt wären, wenn wir zu dem konkreten Konflikt nicht vermittelt und deshalb abstrakt unseren revolutionären Standpunkt in die Gegend posaunt hätten. Wir wollten, daß die Mieter in der konkreten Zusammenarbeit mit uns in einem Konflikt, bei dem sie selbst ein klares Interesse haben, praktisch erfahren, wofür und wogegen wir uns einsetzen und aufgrund dieser Erfahrung mit uns auch einschätzen können, was es heißt, wenn wir uns „Kommunisten" nennen. Weil der ABG-Konflikt aber so wenig entwickelt war, daß er weitergehende politische Fragestellungen, etwa das Problem der Gewalt nicht aufwarf und die praktischen Differenzen zu den Jusos erst nach ein paar Monaten sichtbar wurden, haben wir uns mit der Darstellung unserer politischen Position auch so schwer getan.

Diese Schwierigkeiten werden noch dadurch gesteigert, daß wir als Gruppe äußerst unsicher waren, weil wir weder einen klaren allgemein-politischen Konsens noch einen Konsens über Grundsätze von Stadtteilarbeit hatten. Wenn daher in der WWA 13/14 gesagt wird: „Es soll hier nicht über die Schlampigkeit unserer Arbeit, über die mangelnde Kontinuität, über die Schwierigkeiten unserer Massenarbeit weggetäuscht werden", dann verdeckt dieses selbstkritisch tuende Geschwätz gerade unsere konkreten Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Mietern und unsere politisch-organisatorischen Mängel, die dann nur zur Diskontinuität und Orientierungslosigkeit der Arbeit der Stadtteilgruppen führen. Es verhindert, daß genau auf der selbstkritisch angeschnittenen Ebene Konsequenzen gezogen werden, indem man generös zugibt, es gäbe da politisch-organisatorische Mängel.

Für die Zukunft ist jedenfalls klar, daß wir ohne die Ausarbeitung allgemeinerer politischer Vorstellungen (einer strategischen ‚Linie') und damit ersten Anzeichen von organisatorischer Verfestigung und Kontinuität wieder in den bisherigen Opportunismus verfallen. Dies ist nicht die einzige Bedingung hierfür, aber eine notwendige.

Aus der Einschätzung heraus, daß bisher das Verhältnis zwischen revolutionärer Organisation und Massenbewegung selten irgendwo ‚richtig' gelöst wurde, überhaupt sich das Problem der politischen Organisation nicht zu stellen, ist auf längere Zeit hin selbstzerstörerisch, weil man die jeweils gewonnenen Erfahrungen nicht weiterverwertet und verallgemeinert und als gemeinsamen Ausgangspunkt für künftige Arbeit betrachtet, sondern – auch organisatorisch jedesmal von vorn anfängt, so als hätte man noch gar keine Erfahrungen gemacht. Dies politische Sich-Dumm-Stellen war sicher auch ein Grund dafür, warum unsere Stadtteilgruppe kaputt gegangen ist. Genossen, die neu hinzukamen, kamen in einen bunt zusammengewürfelten Haufen, in eine lockere Gemeinschaft von Leuten, die alle nichts wußten oder jedenfalls so taten (vgl. die Situation im April 73 nach dem Kettenhofweg). Hier rächt es sich, daß man sich nie bemühte, einen Konsens über bestimmte politische Grundvorstellungen, auch was Stadtteilarbeit betrifft, zu erarbeiten. Das absichtliche Sich-hilflos-Stellen, die Verdrängung des Organisationsproblems, das ein inhaltliches Problem ist, führt langfristig überhaupt zur Unfähigkeit, politisch agieren zu können. Was übrig bleibt, sind ein paar besonders hartnäckige Gestalten, die in einem überdurchschnittlichen Maß fähig sind, weiter zu werkeln und zu wurschteln, ohne dabei kaputtzugehen.

Der Häuserrat und die Stadtteilgruppen waren gerade nicht „organisierte Gegenmacht" (WWA 13/14), sondern vage, politisch-athmosphärisch bestimmte „Gegenmacht", die von der Wohnungskampf**bewegung** aus- und mit dieser auf- und abging. Daher die mangelnde Kontinuität, und Organisation schon gar nicht.

ABG-Gruppe Bockenheim






# „Hippie-Okul"
# Ein Schulprojekt mit Türkenkindern
## Das Haus Gräfstr. 45

Das Mietstreikhaus Gräfstr. 45 ist nur eines von vielen Emigrantenhäusern in Frankfurt. Seit Beginn des Mietstreiks im Oktober 1972 hat sich bis Ende unseres Projekts im Haus nichts grundlegend geändert. Bis Juni 1974 wohnten in dem vierstöckigen Haus rund 120 Türken; davon allein 70 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Die Zimmer wurden einzeln vermietet, so daß bis zu acht oder neun Personen in einem Zimmer ‚leben'. 20–25 Personen drängen sich um einen Wasserhahn, ebenso gibt es nur eine Toilette pro Stockwerk. Das Treppenhaus ist an manchen Stellen so zerstört, daß man durchbrechen kann.

Diese katastrophale Situation – bei Mieten zwischen 220 und 450 DM pro Zimmer – führte dazu, daß einige Bewohner Kontakt zur Stadtteilgruppe Bockenheim aufnahmen. Sie hatten von Bekannten von den anderen Mietstreiks erfahren und baten vor allem um juristische Hilfe. Seit dem 6. 11. 1972, dem Zeitpunkt der Anzeige gegen den Besitzer, Abutaleb Chassabei, wegen Mietwucher, zahlen die Bewohner keine Miete mehr; da sie gleichzeitig keine Strom- und Wasserrechnung mehr bezahlen, wurde beides häufiger abgestellt.

### Die Vordiskussion für das Schulprojekt

Das Schulprojekt entstand im September 1973 zunächst in den Köpfen einiger Genossen der Emigrantengruppe. Ausgangspunkt der Diskussion waren der Mietstreik in der Gräfstr. 45 und der Frust der dort arbeitenden Genossen über den bisherigen Verlauf des Mietstreiks.

Die Rolle der Genossen gegenüber den türkischen Emigranten wurde in der Diskussion immer als „Hippie-Rolle" umschrieben. Aus der Sicht der türkischen Emigranten war praktisch jeder Genosse, der sich um sie kümmerte, zunächst einmal ein Hippie: halt jemand, der nicht arbeitet, sich aber trotzdem über Wasser hält, ein Hippie: halt jemand, der nicht arbeitet, sich aber trotzdem über Wasser hält, ein Auto fährt und 'ne Freundin hat, mit der er nicht einmal verheiratet ist. Das kann eben nur ein Hippie – Lebenskünstler – sein.

Diese unsere Hippie-Rolle meint einerseits den grundsätzlichen Widerspruch Arbeiter - Student, Emigrant - Deutscher, arm - reich und damit ein Stück Rassismus. Wie Rassismus entsteht, darüber steht einiges bei F. Fanon: „Die Verdammten dieser Erde". Voraussetzung für den Rassismus bei Türken ist das Zusammenspiel zwischen Kolonisiertenstatus und Islam daheim in Anatolien bzw. in den Slums von Istanbul und Ankara. Aus diesen Gebieten kommen die meisten türkischen Emigranten in die Ghettos der Städte der BRD – wo Kolonisiertenstatus, Rassismus, Hoffnungslosigkeit und Ergebenheit in ihr Schicksal nach wie vor ihr Bewußtsein prägen. Jeder, der mit türkischen Emigranten arbeitet, wird zwangsläufig damit konfrontiert. Äußerungen, wie nachfolgend aus der Tageszeitung „Milliyet", kann man sinngemäß auch aus Emigrantenmund hören: „Die jugendfrischen Gehirne werden von der Erziehung und Schulbildung der fremden Länder bearbeitet. Außerdem bleiben die Kinder unter dem direkten Einfluß der christlichen Religion, was nicht immer zu verhindern ist. Diese Sorte von Kindern sind möglicherweise für die türkische Nation verlorene Werte."

DieHippie-Rolle von uns Genossen ist jedoch ambivalent. Der Rassismus der Emigranten verbindet sich mit dem Wunsch, einen Ausweg aus ihrem Elend zu finden. Die Genossen werden daher für die unterschiedlichsten Zwecke funktionalisiert: Juristische Beratung, Prozeßführung, zur Ausländerpolizei und zum Arbeitsamt gehen und immer wieder Formulare ausfüllen – sprich individuelle Sozialarbeit. Diese Situation haben wir in mehrfacher Hinsicht problematisiert. Den multinationalen Kampf im Kopf und die Formulare zum Ausfüllen in der Hand – hier lag die Ursache unseres Frusts. Von den Emigranten zum Mädchen für alles funktionalisiert, war das beidseitige Objektverhältnis scheinbar für alle Ewigkeit zementiert.

Die Diskussion über die Aufhebung dieser Funktionalisierung führte schließlich zu unterschiedlichen Position in der Emigrantengruppe. Ein Teil der Gruppe wollte auf ein Emigrantenzentrum im Stadtteil hinarbeiten und setzte als Vorstufe dazu den „sozialen Tag". Einmal in der Woche sollten die Emigranten sich außerhalb des Hauses mit anderen Türken treffen, um Probleme wie Strom- und Wasserrechnungen usw. zusammen mit den „sachverständigen" Genossen zu besprechen. Der andere Teil der Gruppe kritisierte, daß damit das Objektverhältnis keineswegs aufgehoben würde, was sich schließlich auch dadurch bestätigte, daß die Türken nicht zum sozialen Tag erschienen. Sie vertrauten darauf, daß die Genossen wie eh und je zu ihnen kommen würden.

Wir hatten dem sozialen Tag allerdings nicht viel entgegenzusetzen, außer der vagen Vorstellung an einem Punkt die Probleme der Emigranten zu teilen, denproletarischen Lebenszusammenhang zu erfassen – eben über ein Schulprojekt mit den Kindern, was auch von den Eltern gewünscht wurde. Diese beiden Positionen waren nicht zu vereinbaren, von daher suchten wir uns andere Genossen, die an einer Projektarbeit interessiert waren.

### Die Projekt-Gruppe

Wir fingen im Januar 1974 mit zehn deutschen und türkischen Genossen an. Wie sich im Laufe des Projekts herausstellte, war für einen Teil der Gruppe das Projekt ein erster emanzipativer Schritt aus der privaten und studentischen Isolation, die finden. Die Genossen werden daher für die unterschiedlichsten Zwecke funktionalisiert: Form von Stadtteilarbeit (Flugblattverteilen, Stände, Feste) satt und wollte das theoretische Wissen um die proletarische Existenz durch praktisches Voneinanderlernen ersetzen. Der vage, allgemeine Konsens war etwa folgender:

1. Wir wollen keine Sozialarbeiter sein, die den Emigrantenkindern aus Mitleid und sozialer Verantwortung ‚Gutes tun' wollen.

2. Didaktisch hatten wir lediglich vage Ideen, die man unter dem Stichwort „Am Erfahrungsbereich der Kinder ansetzen und anhand von Erlebtem und Konflikten Sprache lernen" zusammenfassen kann.

Didaktisches und Alphabetisierungsmaterial gab es praktisch nicht, wenn man von den Konzepten Paolo Freires und den Kritiken daran absieht. Wir mußten praktisch bei Null anfangen und uns im Rahmen der Untersuchungs- und Projektarbeit eine Didaktik zusammenbasteln. Pädagogisch wollten wir die Lehrer-Schüler-Rolle aufheben, da wir uns nur einen dialektischen Lernprozeß vorstellen konnten.

Zu sagen ist, daß selbst diese groben Zielvorstellungen nie genauer in der Gesamtgruppe diskutiert wurden. Die Vorbereitungstermine dienten eigentlich nur dazu, pragmatisch den Lernstoff für die Schulstunden zu fixieren. Als schließlich dieser Lernstoff und die typische Schulsituation kritisiert wurden, war eine Einigung kaum mehr möglich. Die Ursache dafür lag wohl in dem fehlenden emotionalen Zusammenhang (wir trafen uns alle eigentlich nur zu den projektgebundenen Terminen), nur ein Teil der Gruppe hatte einen Zusammenhang zu Stadtteilgruppen oder der Scene, so daß politisch unterschiedliche Vorstellungen nicht mehr ausgetragen werden konnten.

### Verlauf des Projekts

1. Arbeitsblatt-Didaktik

Gleich zu Anfang artikulierten die Kinder ihren Wunsch, lesen und schreiben zu lernen. Wir teilten sie in zwei Gruppen, die Analphabeten- und die Schülergruppe (nachdem eine Teilung nach Freundschaften oder Alter innerhalb des Rahmens der Arbeitsblattdidaktik nicht funktionierte). Die Gruppen wurden nach Wissensstand gebildet, d. h. die Kinder lernten in einem anderen als ihrem Lebenszusammenhang.

Wir arbeiteten mit beiden Gruppen an Arbeitsblättern. Für die Schülergruppe erstellten wir Geschichten mit Themen wie: Zigeuner, Abbruch der Bockenheimer-Schumannstr., Dorf in Anatolien usw. Der Fehler dabei war: wir machten die vermuteten Probleme, Bedürfnisse und Erfahrungen der Kinder zum Gegenstand des Unterrichts. Wir schrieben die Geschichten und Arbeitsblätter für die Schülergruppen. Die Geschichten waren die verqueren, von Intellektuellen verarbeiteten Abziehbilder des Lebens der Kinder, trotzdem boten sie als solche oft Anlaß zur Diskussion.

Ähnlich sah es in der Analphabetengruppe aus. Einige Worte, die die Kinder lernten, beinhalteten Erfahrungen für sie, so z. B. ev, anne (Haus, Mutter). Doch z. B. das Wort ‚fabrika' blieb ihnen fremd. Sie konnten das Wort nicht mit selbstgemachten Erfahrungen in Verbindung bringen. Das Wissen aller Linken, daß das Leben der Kinder geprägt wird von dem Arbeitsverhältnis der Eltern, nutzt da gar nichts.

In dieser Zeit des Lernens waren wir die Lehrer, wir machten die Arbeitsblätter und – mit didaktischen Tricks – lernten die Kinder einigermaßen. Das bekannte Subjekt-Objekt- bzw. Lehrer-Schüler-Verhältnis wurde damit inhaltlich und formell realisiert.

Wir hatten uns verfangen in unserer widersprüchlichen Funktion. Einerseits wollten wir den Kindern notwendige Qualifikationen wie Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen, andererseits aber ihren Lebenszusammenhang auf den Begriff bringen und Widerstandspotential organisieren. Doch wir hatten gelernt, daß der Lernvorgang an Abziehbildern des Lebens durch eine Form „exemplarischen Lernens" ersetzen mußten. Diese neue Didaktik sollte Lösungsmöglichkeiten für Problemsituationen offenhalten, kollektives Bewußtsein fördern und dadurch auch das Lehrer-Schüler-Verhältnis aufknacken.

### Exemplarisches Lernen

Auch die Zeit des Lernens über Arbeitsblätter war durchzogen von kollektiven Erfahrungen (Emigrantenfeste, Schwarzfahren in der Straßenbahn, Einschulung, Spaziergänge etc.). Diese Erfahrungen und die Kritik an der Arbeitsblattdidaktik waren die Basis für die Idee des exemplarischen Lernens in Aktionen (Beteiligung an der 1. Mai-Demo mit eigener Forderung nach einem Kindergarten, Besichtigung des Westend-Villenviertels etc.). Bei diesen Aktionen erfuhren wir konkret etwas vomLeben der Kinder als z. B. eine Hausbesitzerin mit Wasserschlauch und Polizeidrohung versuchte, uns von der Gartenmauer zu vertreiben, oder der Kioskbesitzer uns die Klappe vor der Nase zuschlug: „Ich verkaufe nichts an Italiener!". Die Kinder merkten an unserem Verhalten, daß wir nicht Polizeifunktionen bei ihnen einnahmen, sondern daß wir sie verteidigten. Aus Aktionen waren gemeinsame Erlebnisse geworden, die ein gutes emotionales Verhältnis zwischen den Kindern und uns hervorgebracht hatten.

### Unser Lernbegriff

In den Diskussionen der Projektgruppe, besonders gegen Ende des Projekts, ergab sich ein (nicht von allen akzeptierter) Lernbegriff. Lernen kann nur sinnvoll sein, wenn es den Lebens- und Erfahrungsbereich der Kinder und die darin enthaltenen Konfliktsituationen zum Inhalt hat. Wir, die Studenten, müssen also versuchen, das Leben der Kinder kennenzulernen. Dabei ist es zwar wichtig, aber keinesfalls ausreichend, die allgemeine Situation und Perspektivlosigkeit von Emigranten zu kennen. Wichtigster Teil im Leben der Kinder ist ihre Familien-, Straßen-, Wohn- und Schulsituation. In die können wir uns zum Teil mit den Kindern begeben und mit ihnen dort Erfahrungen machen. Nach unseren Aktionen mit den Kindern ergaben sich oft Diskussionen, die uns ermöglichten, auch die anderen Bereiche ansatzweise kennenzulernen.

Was wir im Projekt nicht geschafft haben, ist die Umsetzung der gemeinsam gemachten Erfahrungen in Lernstoff, d. h. in Worte, die mit gemeinsamen Erfahrungen in Verbindung gebracht und damit gelernt werden können, in Geschichten, die vielleicht auch von den Kindern selbst geschrieben werden, in Rollenspiele, in denen wir kollektive Verhaltensweisen z. B. gegenüber dem Kioskbesitzer üben, um sie dann auf jeden Fall auch praktisch anzuwenden (im Gegensatz zur Verwendung von Rollenspielen in Schulen).

### Das Verhältnis von außerschulischem Projekt und Schule

Angesichts der katastrophalen Situation in den Vorbereitungsklassen für Emigrantenkinder waren wir uns nicht ganz klar darüber, ob wir die Kinder, die noch nicht zur Schule gingen, einschulen sollten oder nicht. Wir haben schließlich bei den Eltern auf diese Einschulung hingearbeitet, weil wir es für notwendig erachteten, die Straßensituation der Kinder über einen Kampf von Eltern und Kindern für das „Recht auf Bildung" zu beheben. Selbst wenn die Schule die Emigrantenkinder ideologisch, d. h. nationalistisch beeinflußt, so liegt doch im Kampf gegen die „Straße" ein positiver Moment, nämlich das Interesse der Eltern für die Bedürfnisse ihrer Kinder zu wecken.

Die Zusammenarbeit mit den Lehrern der Vorbereitungsklassen unserer Kinder war aus zwei Gründen sehr schwierig. Einerseits stehen die Lehrer alle unter dem Druck der Konsulate, andererseits schafften wir es kräftemäßig nicht, neben dem Projekt einen intensiven Kontakt zu den Lehrern herzustellen, abgesehen von ein paar Besuchen in den Schulen.

### Verhältnis Türken - Deutsche

Das Verhältnis ist geprägt durch ökonomische Ausbeutung, Spaltung in den Betrieben und damit auch den Rassismus. Auf der einen Seite der relative Wohlstand der deutschen Arbeiter – die Konsumgesellschaft –, auf der anderen Seiten wirtschaftliche Stagnation und Elend der Türken. Die Deutschen sprechen von Kanaken, Zigeunern und Messerstechern. F. Fanon: „Man stellt mit Bitterkeit, aber immer wachsam fest, sie wollen unseren Platz einnehmen!", auf der anderen Seite die Tatsache, daß jeder Kolonisierte, und das sind die Türken, davon träumen, „sich auf dem Platz des Kolonialherren niederzulassen".

Auffallend ist die brutale Aggressivität der türkischen Kinder. Eine Aggressivität, die sich meist nicht gegen die Unterdrücker wendet, sondern zuerst gegen die anderen türkischen Kinder. Man beißt, boxt und reißt sich die Haare aus. Konkrete Ursachen für alle Aggressionen sind natürlich die Wohnverhältnisse, der fehlende Platz zum Spielen, die durch Emigration und Arbeit bedingte Änderung der Familienstruktur und der Haß, der ihnen auf der Straße entgegengebracht wird. Türkische Kinder, die kein Wort Deutsch verstehen, beherrschen sämtliche deutsche Schimpfworte, die sie als erstes von den deutschen Nachbarn und Passanten hören. Sie verstehen den aggressiven Unterton und benutzen die Worte gegen jeden Deutschen, was wiederum Beschimpfung und Haß zur Folge hat.

Uns war klar, daß dieser latente Rassismus ökonomische Ursachen hat und sich nur bedingt durch ‚Erziehung' ändern läßt. Wir versuchten innerhalb des Projekts einen Bezug zu deutschen Kindern herzustellen, d. h. als Fernziel wollten wir auch deutsche Kinder in das Projekt integrieren. Dadurch, daß wir nach einiger Zeit die einzigen emotionalen Bezugspersonen der Kinder waren, hätten uns die deutschen Kinder den Türken ‚weggenommen'. Daher verschoben wir dieses Vorhaben.

### Zum Problem der multinationalen Erziehung

Wir verstehen die multinationale Erziehungnicht als Bedingung, sondern als Ergebnis einer längeren Arbeit mit Emigrantenkindern und -eltern. Momentan steht ihr der Rassismus und die Spaltung der Arbeiter in verschiedene Nationalitäten entgegen.

### Unser Verhältnis zu den Kindern

Objektiv gesehen, gehören wir als Studenten zu den Nutznießern des Elends der Emigranten. Konkret sieht das so aus: In der Gräfstr. 45 gibt es für 20–25 Emigranten einen Kaltwasserhahn, in der Uni gegenüber ist es selbstverständlich, daß es in jeder Toilette warmes und kaltes Wasser gibt. Die Gräfstr. wird mühsam mit Kanonenöfen beheizt, in der Uni gibt es natürlich eine Zentralheizung. Kinder von Studenten werden in der Uni-Kita pädagogisch betreut, die Türkenkinder spielen auf der Straße.

Lange Zeit waren wir für die Kinder halt auch Hippies wie die Uni-Studenten, die täglich an ihnen vorbeiflanieren. Wir waren nett zu ihnen, teilten Erfahrungen und Probleme mit ihnen und allmählich merkten sie, daß wir sie gern hatten. Die ersten emotionalen Kontakte stellten sich zwischen Genossinnen und den älteren Mädchen her. Zu den Jungen lief der nähere Kontakt über Boxen, Ringen usw. Körperliche Kraft war faszinierend für sie. Auch nach Ende des Projekts besteht der emotionale Kontakt zu den Kindern, sie besuchen uns häufig. Die Frage nach der Fortsetzung der Schule bringt uns immer wieder in Verlegenheit.

### Das Ende des Projekts

Wir hörten im Sommer 1974 mi dem Projekt auf. Gründe hierfür waren zum einen die beschriebene Situation in der Projektgruppe. Zum anderen gingen die Mietprozesse in der Gräfstr. bis auf einen verloren und die meisten Familien zogen, z. T. wegen der ausstehenden Rechnungen (14.000 DM für Strom etc.), in einen anderen Stadtteil Frankfurts oder gingen zurück in die Türkei. Die endlosen, immer wiederkehrenden Diskussionen mit den Türken um die Zahlung der gemeinsamen Rechnungen hatten zu keinem Ergebnis geführt, die Familien waren nach wie vor deswegen zerstritten.

Jetzt Anfang Dezember, ist das Haus bis auf drei Familien von den Bullen geräumt worden. Die Zimmer wurden unbewohnbar gemacht. Der Mietstreik hatte die Individualisierung der Probleme der Türken nicht aufgehoben, auch in einem letzten Kraftakt war keine gemeinsame Diskussion um die Verteidigung mit allen Betroffenen, auch aus anderen Häusern, mehr zu erreichen.

Die Probleme der studentischen Intervention bei Emigrantenkindern sind auch für uns noch ungeklärt.

Wir haben unsere Examensarbeit über dieses Projekt geschrieben. Falls Ihr Interesse daran habt, schreibt uns:


H. Schäfer, 6 Ffm, Weberstr. 20
D. Reinig, 6 Ffm., Adalbertstr. 6






Falls es jemand noch nicht wußte:







*Um den folgenden Leserbrief, den wir aus dokumentarischen Gründen abdrucken, gab es einen Konflikt. Der Brief ging uns von unbekannten Genossen (als Reaktion auf den „Brief an die Genossen vom 2. Juni" - Nr. 17) zu, wir druckten ihn aus inhaltlichen Gründen nicht ab. Prinzipiell können – und wollen – wir nicht alle Stellungnahmen, die uns zugeschickt werden, abdrucken. Unser Fehler war, daß wir bei dieser Entscheidung nicht realisiert haben, daß die in dem Brief zum Ausdruck kommende Position auch einer Tendenz in unseren Gruppen entspricht, mit der man sich direkt auseinandersetzen muß. Die Autoren des Briefes verbreiteten vor einiger Zeit das unten abgedruckte Flugblatt, das an einige Gruppen und Buchläden verschickt wurde, mit dem harten Vorwurf der Manipulation, der Unterdrückung und der Entstellung. Diesen Vorwurf weisen wir zurück, weil er den Entscheidungsprozeß, der zum Nicht-Abdruck führte, falsch darstellt. Aus der Reaktion verschiedener Kollektive auf dieses Flugblatt aber haben wir bemerkt, daß wir einen Fehler im Umgang mit anderen Meinungen gemacht haben. Inhaltlich haben wir uns mit den im Brief angeschnittenen Fragen in der WIR WOLLEN ALLES Nr. 21 auseinandergesetzt. Wir halten die dort entwickelte Position immer noch für politisch richtiger und weiterführender als die Position dieses Briefes. Die Diskussion über diese Fragen wird ohnehin weitergehen müssen, sie wird sich hoffentlich angemessener in der WIR WOLLEN ALLES spiegeln können.*

*Die nationale Redaktion*

## Ist „Wir Wollen Alles" noch zu retten?

*Wir haben vor Monaten der „Wir Wollen Alles" einen Leserbrief geschickt, der die Redaktionspolitik angreift und ihr den Vorwurf macht, die Auseinandersetzung um Ansätze revolutionärer Strategie, die die Frage des gewaltsamen Kampfes praktisch zu beantworten sucht, abzuwürgen, zumindest aber fatal zu kanalisieren.*
*Diese Kritik hat sich bestätigt.*

*Die Redaktion des RK ist mit diesem Leserbrief umgesprungen, wie die bürgerliche Presse und anderen Medien mit Kommuniques und Erklärungen der revolutionären Linken umspringen. Diese Pressevorbeugepolitik funktioniert immer gleich:*
*– Um zu begründen, warum unsere Stellungnahme nicht im Klartext abedruckt worden ist, wird eine Reihe von Leserbriefen herbeigelogen. Dem Leser soll so suggeriert werden, die Redaktion müsse sortieren und könne nur pauschal auf die Waschkörbe voller Zuschriften antworten. („ Die Redaktion des Spiegel behält sich vor, die Leserbriefe zu kürzen.") Entweder Ihr hört mit Eurem Gejammer über die mangelnde Resonanz von WWA auf, oder Ihr setzt Euch mit der Resonanz auseinander, auch wenn sie Euch nicht paßt. Wir werden Euch zu letzterem zwingen, weil wir das für politisch richtig halten.*
*– Um den Abdruck des Leserbriefes hat es zwischen den Redaktionsgruppen Putz gegeben. Die Redaktion des RK hat dabei die anderen ausgetrickst. Der Abdruck in der Nr. 20 (zum MIR) ist von ihr mit dem Hinweis verhindert worden, die Nr. 21 werde eine zur Strategie revolutionärer Militanz in der BRD (längst überfällig und wieder nicht zustandegebracht) – klar, da würde er besser hineinpassen. Wir haben auch den Abdruck in Nr. 21 nicht durchgesetzt, sondern uns einen Artikel vor die Nase setzen lassen, der so allgemein optimale politische Bedingungen beschwört,daß es die Frage über den Konstituierungsprozeß und Bedingungen des gewaltsamen Kampfes nicht vorantreibt, sondern abblockt.*
*– Aus unserer dreiseitigen Stellungnahme werden 8 Sätze herausgefiltert, alles andere wesentliche (wesentlich deshalb, weil es eine Grundlage für die Diskussion um revolutionäre Militanz darstellt) wird dem Leser vorenthalten. Dann wird in einem 4-Spalten-Artikel die Position der RK-Redaktion entwickelt, in der unser Diskussionsansatz mit verwurstet wird, d. h. wesentliche Teile wörtlich abgeschrieben werden, als RK-Position verkauft werden, halt nur einem anderen Zusammenhang als dem von uns gemeinten.*

*Der Leser hat absolut keine Möglichkeit zu entscheiden, ob das die richtigen Antworten auf die richtigen Fragestellungen sind. Das ist die klassische Manipulation einer Diskussion. Außer das der Leser haargenauso verarscht wird, wie er täglich von Bild bis FR verarscht wird, wird ein für die revolutionäre Linke lebenswichtiger Diskussionsprozeß abgewürgt. Wenn das Selbstverständnis Eurer Organisation (RK) als Nabel der revolutionären Linken der Hintergrund dafür ist, daß Ihr Euch Gruppen, Ansätzen, Diskussionen gegenüber, die einen weitergehenden Bezugsrahmen suchen, als Zensoren aufspielt, dann gilt es dieses Selbstverständnis so schnell wie möglich zu zerstören - einfach, weil es bremst.*
*Im folgenden daher der vollständige Text unseres Leserbriefes:*

## MILITANZ ALS DEKORATION!

Liebe Genossen!

In Nr. 17 von WWA wird ausführlich über Aktivitäten des Chile-Komitees in West-Berlin während der Fußballweltmeisterschaften berichtet – vom Flugblattverteilen bis zur Aktion auf dem Spielfeld. Die Genossen haben sich dabei der verschiedensten Mittel bedient, um den Kampf gegen den Faschismus in Chile zu unterstützen.

Sie verschweigen uns allerdings den Anschlag auf das chilenische Konsulat, der ebenfalls in dieser Zeit stattgefunden hat; sie haben keine Meinung dazu, nicht einmal in einem Nebensatz. Auch die Redaktion der WWA wie auch andere linke Zeitungen haben diese Aktion totgeschwiegen.

In der gleichen Nummer wurde dagegen ein Brief an den „2.Juni" abgedruckt, der auch von Genossen, „die in der Chile-Solidaritätsbewegung arbeiten", unterzeichnet wurde. Dieser Brief geht davon aus, daß Sprengstoff und Knarre 2 Mittel unter 100 des politischen Kampfes sind. Abgesehen davon, daß die für den Klassenkampf entscheidende Frage der Militanz und revolutionären Gewalt nicht als eine unter 100 behandelt werden kann, stimmt es einfach nicht, daß Sprengstoff und Knarre für die Genossen, die diesen Briefgeschrieben haben, auch nur 2 von 100 Mitteln sind.

Während bis vor einiger Zeit das Verhältnis der Linken zu solchen Aktionen weitgehend eindeutig war, nämlich ablehnend, wird diese Frage offensichtlich heute ausgeblendet. Ausgeblendet heißt: Alle sind für den bewaffneten Kampf, ohne daß dies die geringste Konsequenz für die tägliche Praxis hätte. Der Allgemeinheitsgrad der Zustimmung, und das heißt der Grad der Unverbindlichkeit, ist bei den Linken so groß, daß er jede Diskussion über das Wie und Wann unterdrückt. Anders ist es nicht zu erklären, daß ein erfolgreicher und politisch nützlicher Anschlag, wie der in Berlin, der in einem engen und unmittelbaren Verhältnis zu einer politischen Bewegung steht, einfach nicht zur Kenntnis genommen wird und nach 2 Minuten vergessen ist. An anderen Aktionen mit ausschließlich demonstrativem Charakter - die Fahne auf dem Spielfeld - kann man sich offensichtlich wochenlang berauschen.

Diese Kritik bezieht sich nicht nur auf die Genossen aus dem Chile-Komitee. In der vorhergehenden Nummer (Nr. 16, Seite 12) schreibt das RK-Redaktionskollektiv in Antwort auf einen Leserbrief, „daß es unter der Arbeiterklasse der BRD wohl,nirgends Solidaritätsaktionen für die chilenischen Arbeiter und Bauern gab, lediglich (und das ist ungeheuer wichtig!) einige Solidaritätsresolutionen und Geldsammlungen".

Waren die Anschläge auf ITT in Berlin und Nürnberg, auf chilenische Konsulate und Botschaften usw., die in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern durchgeführt wurden, kein „proletarischer Internationalismus"? Liegt der erst dann vor, wenn mindestens eine Belegschaft, ein Betriebsrat, ein Gewerkschaftsvorstand, eine Aktion unterstützen? Wird das Geld für „Waffen für Chile" mit der Auflage gesammelt, daß diese Waffen hier nicht losgehen?

Mit der Diskrepanz zwischen der Propaganda der Gruppen und ihrer realen Politik schlagen sich die Roten Brigaden offensichtlich auch im gelobten Land des europäischen Klassenkampfes herum: „Trotz der Definitionen, die sie sich selbst zulegen, gedeiht in Wirklichkeit in ihrem Innern eine starke neopazifistische Strömung . . . Und wir glauben, daß diese Strömung im geeigneten Moment eine starke Opposition gegen den bewaffneten Kampf des Proletariats bilden wird." (Interview mit den Roten Brigaden vom 19.5.1974)

Während die Berliner Genossen die Gewalt so wenig im Kopf haben, daß sie eine solche Aktion einfach „vergessen", geht die WWA ansonsten einen anderen Weg. Da stößt man immer wieder auf Anarchistenfreaks, die mit einer Tik-Tik-Bombe durch die Zeilen wetzen, auf schlaue Sprüche zum Thema und markigen Knarren. Die Knarren sind meist in Chile- und anderen Artikeln zu finden, die Männchen bei „deutschen Verhältnissen". Diese Männlein sind Ausdruck von Spott und Resignation zugleich. Wie das nämlich mit der Tik-Tik-Bombe gehen soll, erfährt man nicht. Allenfalls in Nebensätzen wird mal über die „Arroganz der RAF" gedeutelt, ist die Rede darüber, daß es so nicht ginge. Aber wie kann es gehen? Wie sollen wir das klären können, wenn nicht einmal die wenigen Versuche gewaltsamen Kampfes dargestellt werden? Die Militanz der WWA ist in weiten Teilen nur Dekoration.

Es ist erstaunlich, wie sehr sich nach dem Putsch in Chile mit Ausnahme der DKP fast alle Fraktionen der Linken bis hin zu Teilen der Jusos auf den MIR beziehen und auch einige ihrer Parolen nachbeten, ohne die reale Konzeption des Kampfes, die der MIR vertritt, wahrzunehmen. „Aus Chile lernen" – in der WWA immer in großen Lettern geschrieben– heißt doch auch, in Diskussion um die Position des MIR einzutreten. Die Genossen aus dem Berliner Chile-Komitee, die den Brief an den „2.Juni" unterschrieben, können sich doch wohl kaum auf diese Politik beziehen. Mit ihrer eigenartigen Theorie der 100 Mittel, die zur Entwicklung der Volksmacht beitragen sollen, verschließen sie sich vor den Lehren des chilenischen schwarzen Septembers und den blutigen Niederlagen anderer revolutionärer Bewegungen. Luis Cerda, der europäische Vertreter des MIR, hat in einem Gespräch mit Liberation ausgeführt: „Aber der bewaffnete Kampf ist für uns nicht eine Kampfform unter anderem, eine Form, die die Massenbewegung annehmen kann oder nicht, er ist die allgemeine Form, die die Massenbewegung zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Entwicklung und der Entwicklung der Widersprüche zwischen ihr und den herrschenden Klassen im Inneren und im Ausland annimmt." Diese Entwicklung kommt nicht ohne Vorbereitung, sie kommt nicht einfach von selbst, sie wird von der Linken mit herbeigeführt.

In der gemeinsamen Erklärung vom MIR (Chile), Tupamaros (Uruguay), Revolutionärer Volksarmee (Argentinien), Nationaler Befreiungsarmee (Bolivien), die in der WWA ebenfalls nicht abgedruckt wurde, obwohl sie eines der wichtigsten Dokumente revolutionären Kampfes ist, steht zu lesen: „Die Antwort muß klar sein und darf nicht anders lauten, als daß der bewaffnete Kampf der Hauptfaktor zur Politisierung, Agitation und schließlich zur Vernichtung des Feindes ist, der einzige Weg zum Sieg. Das soll nicht heißen, daß nicht alle möglichen Formen der Organisation und des Kampfes genutzt werden: legale und solche im Untergrund, gewaltlose und gewaltsame, ökonomische und politische, alle aufgehoben im BEWAFFNETEN KAMPF, in Übereinstimmung mit den Besonderheiten der jeweiligen Region und des Landes."

In zweierlei Hinsicht sind diese Äußerungen für uns befolgenswert. Einmal für den konkreten Fall der Chile-Solidaritätsbewegung. Wir bestreiten nicht die Funktion der Arbeit der Chile-Komitees, und wir haben uns unheimlich über die Aktion im Olympia-Stadion gefreut. Wenn aber die Aufklärung, die Resolutionen, die Diskussion am Arbeitsplatz, in der Schule, Uni, Kneipe, das Geldsammeln, die Unterstützung und Versorgung von chilenischen Emigranten nicht auch eine offensive Erweiterung durch Angriffe auf Institutionen und Personen erfährt, die den Faschismus in Chile unterstützen oder repräsentieren, dann bleiben unsere Empörung, unser Protest, letztlich hilf- und wirklungslos. Es geht jedenfalls nicht an, den gewaltsamen Teil des Widerstandes dem MIR oder den Chilenen allein zu überlassen.

Das soll nicht heißen, daß sich jeder einzelne unter Druck gesetzt fühlt, bewaffnete Aktionen zu unternehmen. Mindestens aber gilt, daß Anschläge wie der der „Revolutionären Zelle" auf das chilenische Konsulat oder die Anschläge der gleichen Gruppe auf ITT-Unternehmen in Berlin und Nürnberg propagandistisch aufgegriffen und in der Massenarbeit popularisiert werden müssen. Natürlich können auch eine Reihe von wirksamen und lustigen Aktionen von jedem einzelnen gemacht weroen: den Botschafter anrufen, Bombenalarm machen, Parolen malen, Fenster einschmeißen, Konzerte und andere zu erwartende Auftritte der chilenischen Faschisten verhindern usw.

Zweitens müssen wir Konsequenzen für die allgemeine politische Arbeit ziehen. Es geht überhaupt nicht um die Notwendigkeit und Bedeutung der Massenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Frage ist vielmehr, was für einen Charakter die Massenarbeit hat, und ob sie langfristig in eine Perspektive des revolutionären bewaffneten Kampfes einmündet und die Ansätze dazu propagiert. Allen Interventionen – ob Kampf um Jugendzentren, Häuserbesetzungen, Widerstand und Sabotage im Betrieb, Auseinandersetzungen in der Uni usw. – ist gemeinsam, daß, wenn sie erfolgreich sein sollen, sie notwendig illegale und gewaltsame Bestandteile haben müssen. Genau dies aber muß geklärt sein, sonst warten nur blutige Niederlagen.

WAS WOLLT IHR DENN ZU WEIHNACHTEN?
WIR WOLLEN ALLES!!

| Spenden Okt. 74 | | Spenden Nov. 74 | |
|---|---|---|---|
| 3,00 | V. Aurich | 8,00 | Ffm |
| 38,00 | H. Neuburg | 100,00 | U. Ffm |
| 30,00 | K. Ffm | 10,00 | Heidelberg |
| 100,00 | U. Ffm | 600,00 | Hamburg |
| 3,00 | L. Freiburg | 30,00 | Köln |
| 6,00 | Schl. Arbo | 6,00 | Großenrade |
| 6,00 | D. Freiburg | 6,00 | Berin |
| 40,00 | Nordegr Ffm | 15,50 | Neuburg |
| 12,00 | T. Hamburg | 20,00 | Hausen |
| 8,00 | Kriens | 8,00 | Berlin |
| 8,00 | Biebertal | 30,00 | Kiel |
| 6,00 | München | 6,00 | Heidleberg |
| 6,00 | Wiesbaden | | |
| 38,00 | aus 521 | | |

*WIR HABEN UNS VERTAN:*
*In der WWA 22 druckten wir den Artikel 'Fordarbeiter verschenkt 18.000 DM' nach. Er stammt nicht aus dem Kölner Stadtanzeiger, wie wir schrieben, das ist ein rechtsleberales Blatt, er ist aus dem 'KÖLNER VOLKSBLATT', einer Stadtzeitung in Köln ('Bürgerinitiativen informieren') entnommen.*

*'Carlo Sponti', undogmatisch-linke illustrierte Zeitung aus Heidelberg, beschäftigt sich in der neusten Ausgabe (Nr. 7) unter anderem kritisch mit der Frauengruppen-Bewegung. Die Nr. 5 (KBW-Kritik) liegt neu gedruckt in der 2. Auflage vor. Bestellung bei Carlo Sponti, 69 Heidelberg, Schloßwolfsbrunnenweg 18a.*
*Bitte pro Exemplar 50 Pfg zuzgl. Porto (5o Pfg. für jedes weitere Exemplar 10 Pfg) in Briefmarken beilegen.*

*BEFREIUNG - anarchistische Zeitung, seit 27 Jahren! Wir berichten über Modelle der Selbstverwaltung und Selbstorganisation. Informationen und Berichte von Klassenkämpfen im In- und Ausland. Theorie und Diskussion!*
*Redaktionsanschrift: Befreiung, 5 Köln 1, Moltkestr.27*
*Einzelpreis 50Pfg*

*INFORMATION - DISKUSSION - KRITIK*
*Broschürenreihe des Karin Kramer Verlag, 1 Berlin 44, Morusstr. 28.*
*August 74: Theorie der Revolution, kritische Auseinandersetzung mit den Theorien von Mattick, Rabehl, Lenk u.a.; Karl Marx - Ein Theoretiker des Anarchismus? von M. Rubel. Kritische Auseinandersetzung mit den Frühschriften von Karl Marx sowie den Thesen von Rubel.*
*Sept. 74: Stadtteilarbeit - Theorie und Praxis des Reproduktionsbereichs. Informationen und Dokumentationen über die Stadtteilarbeit. Frauen in der Revolution - Kämpfe und Erfahrungen, dargestellt von Vera Figner, Emma Goldmann u.a.*

*Die Bonner Sponti Genossen veröffentlichen hier ihre Kontaktadresse und hoffen, möglichst viele andere zu erreichen, die dort auch politisch arbeiten (wollen):*

Gaby Weber
53 Bonn-Lengsdorf
Josefstr. 8

# Eine Erklärung




Seit dem heldenhaften Tod von Miguel Enriquez machten die chilenischen Radiostationen, Zeitungen und Fernsehsender, die von der Junta kontrolliert werden, eine Kampagne, um Demoralisierung und Unsicherheit in den Reihen des Widerstands zu verbreiten. Die imperialistisch kontrollierten Nachrichtenagenturen setzten dem nichts entgegen; sie ließen es zu, daß verschiedene Versionen über den Kampf und Tod von Miguel Enriquez entstanden, indem sie versicherten, daß der Rest der Genossen, die mit dem gefallenen Führer zusammen waren, drauf und dran waren, gefangen genommen zu werden.

Offensichtlich war das Hauptziel der Kampagne, die auf widersprüchliche Information aus ist, das Bild von einem MIR entstehen zu lassen, der vernichtet ist und sich auf wilder Flucht befindet. Genau das ist bekannt als Nazipropaganda: Lügen, lügen, bis etwas haften bleibt. Die chilenische Presse verbreitete durch ihre Presseorgane, daß A. P. Allende, den sie zum „natürlichen Nachfolger" von Miguel Enriquez machten, sich verwundet und verhaftet in einem Militärhospital befände; Stunden später befand sich P. Allende, „schwer verletzt" kurz davor, in die Hände der repressiven Kräfte zu fallen.

Eilig veröffentlichte die Junta, als Pascal Allende und andere Führer des MIR nicht gefallen sind, wie sie es ständig angekündigt hatte, daß wegen des Tods von Enriquez 107 Personen in die italienische Botschaft geflüchtet sind, unter ihnen Humberto Sotomayor, der jetzt zum „Nachfolger von Entriquez" gemacht wurde (Pascal Allende erwähnen sie nicht). D. h. nach der Junta ist der MIR nach dem Tod seines Führers zusammen mit seinem „neuen Generalsekretär" eiligst außer Landes geflüchtet.

Der Realität kam es zu, die Erklärungen der Junta der Lächerlichkeit preiszugeben. Die Agentur ANSA, die die italienische Botschaft am Samstag, den 15. Oktober besichtigte, deckte auf, daß von den berüchtigten 107 Asylsuchenden die überwiegende Mehrheit sich schon vorher dort aufhielt. Von den „gefährlichen 107 Extremisten" waren 30 Kinder unter 10 jahren, und der Rest war überwiegend Frauen von Widerstandskämpfern, die sich vorher auf ausdrückliche Anweisungen asyliert haben, um nicht als Geisel in die Hände der Militärs zu fallen.

Gemäß des Korrespondenten von ANSA, der sich die diplomatische Niederlassung angesehen hat, suchten fast alle Asylsuchenden Zuflucht auf dem Gelände der italienischen Botschaft, nachdem sie bis Mitte September bei den Vereinigten Nationen Schutz gefunden hatten; diese Zufluchtsstätte hatten sie verlassen, nachdem sie „sich sicher waren, daß sie an die Militärs ausgeliefert würden"; sie fügten hinzu, daß man am vergangenen 23. September wirklich eine Razzia an diesem Platz durchgeführt hat.

Die Verlogenheit der von ihr eingeleiteten Kampagne wurde ganz klar, wo die Junta mit explizit falschen Nachrichten versuchte, den „Zerfall" des MIR aufzuzeigen, z. B. behauptete die Junta verschiedentlich, daß Mathias Unez, „ein wichtiger Führer des MIR", (so in den Cables de Latin und UPI vm 12. Okt.) sich unter den „neuen" Asylsuchenden befinde. Mathias Nunez ist kein Militanter des MIR, er ist vielmehr ein ehemaliger Abgeordneter der PS (sozialistische Partei) von Melipilla, er hat sich vor etlichen Monaten in Mexiko niedergelassen.

Die Diktatur versucht immer wieder den heldenhaften Tod von Miguel Enriquez dafür zu benutzen, Demoralisierung und Verwirrung in den Reihen der Widerstandskämpfer und des Volkes zu säen. Wir haben gesehen, wie sie mit Lügen und Verleumdungen die Schläge gegen den Widerstand zu vergrößern suchte. Sie vermittelten das falsche Bild, daß die gesamte Leitung des MIR vernichtet worden sei, und wollen damit beweisen, daß sie diese Organisation zerstört haben.

Genau das will uns die Diktatur und die internationale bürgerliche Presse glauben machen. Trotz der eingeleiteten Kampagnen kann man jedoch sagen, daß der MIR und der Widerstand heute gestärkter ist als je zuvor. Mehr noch, man kann öffentlich sagen, daß der MIR seit Monaten den aktiven Widerstand begonnen hat, mit der Unterstützung von tausenden von Widerstandkomitees, die sich tagtäglich vervielfachen und Arbeiter, Bauern, Pobladoras, Intellektuelle und Christdemokraten mit einbeziehen.

In Santiago wurden in den letzten Tagen mehr als 40 000 Flugblätter verteilt, die das Volk zum Kampf gegen die Diktatur aufriefen.

Tausende von Exemplaren der Zeitschrift „El rebelde" (offizielles Organ des MIR) zirkulierten sowie die Erklärungen der Widerstandskomitees, die Briefmarken, die Postkarten, Parolen etc.

Mit großer Begeisterung und Erfolg wurden ebenfalls neue Kampfformen begonnen (aufgezeigt in einem Kommunique des MIR im Inland), die bewaffnete Propaganda, Aktionen zur Ablenkung des repressiven Apparats, die einfache Sabotage auf Massenebene.

Das alles weiß die Diktatur. Aber sie verschweigt und leugnet es mit Hilfe der kontrollierten Presse. Sie verschweigt und leugnet auch die Verluste, die sie in den letzten Monaten eingesteckt hat; z. B. verschweigt sie, daß der Tod von Miguel Enriquez die Repression 200 Tote und Verletzte gekostet hat; z. B. verschweigt sie, daß sie um den Führer des MIR töten zu können, 2 000 Männer der Repression hatte aufbieten müssen, die von Kanonen und Panzer bis zu Hubschraubern und Flugzeugen alles benutzten.

Wenn die Diktatur irgendeinen Beweis nötig hätte, um zu wissen, daß der Widerstand im Untergrund lebt, findet sie ihn an jenem Samstag, am 5. Oktober um 11.30 Uhr morgens, als zufällig bei einer routinemäßigen Säuberungsaktion in der Gemeinde San Miguel, in einem Haus in der Straße Santa fe genau das Haus lag, in dem sich der revolutionäre Führer Miguel Enriquez aufhielt.

Die militärischen Patrouillien, die den Ort aufstöberten, wurden mit einem Kugelhagel zurückgehalten. Sie mußten das Haus ständiger unter Beschuß halten. Sie verstärkten den Ring um das Gebiet und bombardierten das Haus von Hubschraubern aus. Das ganze Kontingent der Luftwaffenschule plus einer Spezialeinheit der Luftwaffe, verstärkt durch ganze Einheiten des Heeres und Teile des Geheimdienstes beteiligten sich an dem Ring.

An der Verteidigung des Hauses beteiligten sich ein Dutzend Militante des MIR mit angeeigneten Waffen. Gemäß Quellen des Widerstands war die hauptsächtliche Sorge der Kämpfer des MIR, den Führern, die sich dort getroffen hatten, im Feuerschutz den Rückzug zu ermöglichen. Im Feuerhagel schafften sie es, einen Spalt zu öffnen. Miguel Enriquez schoß mit seiner MP „AK" und versuchte, zusammen mit einer Gruppe von Genossen, sich auf der Flanke, die ein bebautes Terrain bot, zurückzuziehen. Er wurde vom Feuerhagel des Feindes tödlich getroffen. Die Gruppe, die das Haus auf der Vorderseite verteidigte, schoß weitere 2 Stunden; es gelang ihr aber, den Ring zu durchbrechen und mehr als 200 Verluste, Tote oder Verletzt bei den Streitkräften der Repress ion, zurückzulassen.

Pinochet und das hohe Offizierskorps sollten vor Scham rot werden angesichts des Musterbeispiels, das die Militanten des MIR im Kampf gaben.

Die Selbstverständlichkeit von der „militärischen Ehre" bei den chilenischen Gorillas reicht nicht weiter als bis zu ihrem „Mut", ihren Untergebenen zu befehlen, unbewaffnete Arbeiter und Bauern zu töten.

Durch die Art zu kämpfen und zu sterben hat Miguel Enriquez auch auf diesem Gebiet dem hohen Offizierskorps in Chile gezeigt, daß sich die revolutionären Führer auf dem Schlachtfeld zu schlagen wissen, daß sie es wissen, auch gegen die vernichtende Übermacht der Streitkräfte bis zum letzten Atemzug Widerstand zu leisten und siegreich zu sterben.

Was bleibt, ist zu zeigen, daß Miguel seine Nachfolger und seine Partei in der harten Schule des Kampfes gegen die Volksfeinde auszubilden verstand. Die Parole „EL MIR no se rinde " (Der MIR ergibt sich nicht) ist die Parole der Militanten des MIR und der Widerstandskämpfer, und die wirklichen Chilenen haben sie in ihrer Praxis gebilligt.

Vor wenigen Tagen wurde eine Patrouillie der Bereitschaftspolizei (Carabineros) mit Schüssen aus MPs aufgehalten, als sie versuchten, ein ländliches Haus in der Gegend von San Carlos, 400 km südlich von Santiago, zu durchsuchen. Die Informationen fügen hinzu, daß die Patrouill e von 7 Männern zu Pferd durch das Feuer der Militanten des Widerstands ausgelöscht wurde. Die Presseorgane der Diktatur sprechen vom Tod von den Feldwebeln Hugo Munoz und Demetric Sepulveda und unterlassen die Namen der restlichen fünf, die auch außer Gefecht gesetzt wurden. Aus Rache ermordete die Repression unter Foltern eine Bauersfrau aus der Umgebung; danach verkündete sie, daß sie zu einer Gruppe von Guerilleros gehörte, die sich „den ordentlichen Streitkräften gegenüberstellte".

Am 13. Oktober erlitten Einheiten der Luftwaffe Niederlagen (die Zahl der Toten und Verletzten ist nicht bestimmt), als sie sich einer Gruppe von Militanten des Widerstands gegenüberstellten, die sich im Barrio Alto (ein Stadtviertel) in Santiago in einem Haus versammelt hatten. Die Abendzeitung „El Tercero" mußte bekennen, daß die Repression es nicht schaffte, einen der „Subversiven" zu verhaften, die der Nachricht über den „Fund" von klassischem Waffenarsenal gegeben wurde, der den Häusern immer angedichtet wird, die das Ziel von vandalenartigen Hausdurchsuchungen der repressiven Kräfte der Diktatur sind.

Am 3. Oktober berichteten die internationalen Presseagenturen, daß ein „bedeutender Führer des MIR", namens Felipe Flores in Santiago festgenommen wurde. Die Regime abhängigen Zeitungen verschwiegen es jedoch, denn sie können nicht zugeben, daß Flores allein 3 Heeresoffiziere niederschießen und etliche Angehörige der Leibwache des Ministers für Bergbau verletzen konnte.

Diese Tatsachen beweisen, daß die Diktatur es nötig hat, viel Getöse zu machen, wenn sie einen Widerstandskämpfer gefangen nimmt, um gegenüber der öffentlichen Meinung für die Niederlagen, die sie eingesteckt hat, eine Antwort zu finden. Sie müssen das Bild vermitteln, daß der Widerstand zerstört ist, und daß die Reihen der Repression weiterhin intakt sind. Trotz der umbarmherzigen Offensive der Repression, hat das Volk gewußt zu antworten, indem sich in den Widerstandskomitees des Volkes in den Fabriken, Poblaciones auf den Ländereien, in den Schulen organisieren, um den Volksfeinden einen erbarmungslosen Kampf zu liefern. ●



MIGUEL ENRIQUEZ - Gefallen im Widerstandskampf

M.I.R. Sonderausgabe 11/74

**Pressebulletin**
**Bewegung der Revolutionären Linken Chiles**

*Anklage*

Am 26. September wurde in Santiago de Chile in ihrer Wohnung die Lehrerin Lumi Videla Moya von der SIFA (Geheimdienst der chilenischen Luftwaffe) verhaftet. Sie ist 26 Jahre alt, hat ein Kind und ist verheiratet mit Sergio Perez, einem führenden Mitglied des M.I.R. (Bewegung der Revolutionären Linken), bekannt als „Chico Pérez". Frau Videla wurde zuerst zur Luftfahrschule der chilenischen Luftwaffe gebracht und dort vom Chef der SIFA persönlich gefoltert, dem Kommandeur Yan, der bei seinen Untergebenen als „der Wahnsinnige" bekannt ist. Fast 20 Stunden lang versuchte man durch physischen Druck den Aufenthaltsort ihres Mannes aus ihr herauszupressen. Dann wurde sie zum Gebäude der DINA gebracht (calle Londres 38), der zentralen Unterdrückungsorganisation, geführt von dem früheren Gestapo-Mann Rauffs. In den Räumen der DINA wurde sie weiter verhört und gefoltert. Als das ergebnislos blieb, ging man dazu über, vor ihren Augen ihren kleinen Sohn Dagoberto Emiliano (6 Jahre alt) mit elektrischen Stromstößen zu foltern. So zwangen sie Lumi Videla, den Aufenthaltsort ihres Mannes preiszugeben.

Sergio Pérez wurde am 28. September verhaftet und wird bis heute dort von der Außenwelt isoliert, in einem Raum ohne Licht gefangen gehalten und gefoltert.

Am Morgen des 2. November wurde die Leiche von Lumi Videla Moya über die hohe Mauer der italienischen Botschaft in Santiago geworfen, von der Folter völlig verunstaltet. Die Verantwortung für diesen Mord versucht die Militärjunta auf die ca. 200 Asylsuchenden in der italienischen Botschaft abzuschieben.

Diese Provokation und diesen Mord an der Genossin Lumi Vedela Moya klagen wir an.

Wir klagen an die schrecklichen Foltern, die an den Genossen Antonio Villabela, Roberto Moreno, Victor Toro, Dagoberto Pérez, Ricardo Ruz und Sergio Pérez in der Kriegsschule der Luftwaffe von Chile vollzogen worden sind.

Wir rufen alle Solidaritätskräfte auf, sich zu mobilisieren, um das Leben der gefangenen Genossen zu retten.

Verantwortlich: Monika Maurer
**Sonderkonto:**
Postscheckamt München
Kto. Nr. 2995 11–807

**Kehrt vor Eurer eigenen Tür!!!**

*Der folgende Text stand am 21. November dieses Jahres in der chilenischen Opus dei-Zeitung „Que pasa", die ein Propagandaorgan des faschistischen Regimes ist:*

„Etliche Länder, deren Geschichte bis in die jüngste Zeit vom Totalitarismus, von politischem Kolonialismus, vom ökonomischen Imperialismus und von modernen Formen des Sklavenhandels charakterisiert ist, sollten sich nicht herausnehmen, über Chile ein Urteil zu fällen."

General Pinochet ging mit diesen harten Worten – am 14. während einer Radio- und TV-Rede – mit der riesengroßen Überheblichkeit zu Gericht, mit der sich gewisse Länder um die Menschenrechte in Chile kümmern . . ., wo sie doch selbst ähnlichen oder größeren Mißbrauch, deren sie Chile beschuldigen, jüngst getrieben haben oder heute noch treiben.

Selbstverständlich ist das eine Sache, die in keiner Diskussion in der von der Sowjetunion beherrschten Welt zugelassen wird. Aber die Geschichte des Westens und die der lateinamerikanischen Länder ist genauso wenig frei von solchem Mißbrauch. Gerade sie pflegen die Verbrechen zu begehen bei der Repression gegen die Extremisten, die Linke und die Rechte. Die erbarmungsloseste Folter war die gebräuchlichste Waffe im Kampf der französischen Geheimpolizei gegen die OAS, die Organisation von ehemaligen Kämpfern in Algerien, die den „Verrat" von De Gaulle mit seiner Ermordung rächen wollte. ( . . . )

Das beweist nur, daß es schwierig ist, die Extremisten, ohne in Auswüchse zu verfallen, zu unterdrücken. Gerade weil sie Meister der Exzesse sind und deshalb ein ebenso grausames Zurückschlagen provozieren.

Wir sagen das bestimmt nicht, um irgendwelche Auswüchse zu rechtfertigen – weder von den Extremisten noch gegen sie – sondern damit die Länder, die uns unter Zurschaustellung von soviel Rechtschaffenheit verurteilt haben, einmal selbst in den Spiegel schauen.

Es beginnt schon mit der BRD (einer der Kritiker Chiles in der UNO). In den dortigen Gefängnissen ist gerade (am 9. November) infolge eines Hungerstreiks Holger Meins gestorben, einer der Führer der berühmten linksextremistischen Gruppe Baader (nach ihrem Gründer Andreas Baader) /Meinhof. Meins war 32 Jahre alt, wird seit Juni 72 in Untersuchungshaft gefangen gehalten und **sein Prozeß sollte nach weiteren 6 Monaten beginnen . . . 36 Monate nach seiner Verhaftung.** Stimmt das mit den Menschenrechten überein, daß jemand 36 Monate **in Gefängnis** darauf warten muß, vor Gericht gestellt zu werden, wo entschieden wird, ob er schuldig oder unschuldig ist?

## Der Gedanke der Reaktion

Beobachter in Rom sind davon überzeugt, **daß Italien noch in diesesem Herbst in eine schwere Krise geraten wird, die darüber entscheiden dürfte, ob das Land im kommenden Winter eine Volksfrontregierung erhält oder nicht (Kommunisten, Sozialisten, linke Christdemokraten).** Die Bevölkerung wurde hellwach, als zu Beginn der Woche aus Washington Meldungen ins Land kamen, wonach US-Außenminister Kissinger vor Führern des amerikanischen Kongresses die Tätigkeit des Geheimdienstes CIA in Schutz genommen hat: **„Wenn Italien kommunistisch würde, würden alle sagen, man (d. h. der CIA) habe nicht genug getan, um es zu retten."** Jeder Bürger weiß jetzt, daß es praktisch fünf Minuten vor zwölf ist. Die Kommunisten und die Sozialisten Italiens haben sofort gegen die ‚Einmischung Kissingers in die inneren Angelegenheiten des Landes' protestiert. Sie sagen, die ‚kommunistische Frage' falle allein in die Kompetenz des italienischen Parlaments und der konstitutionellen Organe Italiens.

Washington muß Italien unter allen Umständen und mit allen Mitteln als Bestandteil der NATO halten: *Nachdem Portugal und Griechenland leichtfertig verlorengegangen sind, wird Italien als vitaler Bestandteil des atlantischen Systems* **verteidigt** *werden.* Das gilt sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten als auch in Bezug auf die militärischen Basen. Würde Washington als Führungsmacht der NATO in Sachen Italien versagen, dann steht dem Kommunismus in Westeuropa Tür und Tor offen. Mit Spanien allein ließe sich die Südflanke des atlantischen Bündnisses nicht mehr verteidigen. Bitte, nehmen Sie einmal einen Atlas zur Hand und sehen Sie selbst, was bleiben würde, wenn in Lissabon, Rom und Athen Linkskräfte an der Regierung sind, die mit Moskau paktieren.

(aus: Informationsdienst des Arzneimittel-Konzerns Thomae (Geigy))

FR

## 200 Straftaten, aber kein Prozeß

NEW YORK, 12. Dezember (ddp). Der 22jährige Daniel Carranza sollte in New York wegen 200 Straftaten vor Gericht gestellt werden, darunter Einbruch, Nötigung, bewaffneter Raub, Brandstiftung, Notzucht und Überfall mit Totschlagsabsicht. Aber das Verfahren wurde eingestellt, noch ehe es vor den Richter kam. Die Polizei bestätigte, daß Carranza für sie in den vergangenen sechs Jahren als Spitzel gearbeitet hat und daher Immunität genießt.

Amerika, du bist uns immer einen Schritt voraus